

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 20. Februar 1862.

Die Abwesenheit der Herren Fabricius und Helfft wird als entschuldigt angenommen.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19. December v. J. ertheilte der Herr Vorsitzende zunächst

I. das Wort an Herrn Bode, welcher den Antrag stellte:

die Versammlung möge bei dem verehrlichen Stadtmagistrate darauf antragen, daß an Fräulein Louise Löbbecke das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen werde.

Der Herr Redner, welcher in einem längeren Vortrage seinen Antrag motivirte, setzte auseinander, daß derselbe nach Inhalt der §§. 15 und 19 der revidirten Städte-Ordnung formell zulässig sei, indem namentlich der letztere, von dem Ehrenbürgerrechte handelnde Paragraph keine Beschränkung hinsichtlich des Geschlechts aufstelle und die Ehrenbürger von allen städtischen Pflichten entbinde, und entwickelte die Verdienste der genannten Dame um die Stadt, insbesondere das Armenwesen, wegen derer eine Anerkennung, wie die beantragte, zu einer dringenden Pflicht der städtischen Behörden geworden sei.

Der Herr Vorsitzende überwies mit dem Bemerken, daß hinsichtlich der Anerkennung der Verdienste des Fräulein Löbbecke um die Stadt wohl Einstimmigkeit in der Versammlung herrschen werde, zur Prüfung der formellen Seite des Antrages denselben der Statuten-Commission zu baldthunlichster Berichterstattung.

Es wurde sodann

II. auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden der von dem Stadtmagistrate beantragte Zuschuß von 25 \mathfrak{g} aus der Stadtcasse zu den Kosten der Auswanderung eines Corrigenden nach Amerika bewilligt, worauf

III. Herr Aronheim eine Anfrage an den Stadtmagistrat hinsichtlich der Auslegung des §. 10 des mit der Gasgesellschaft abgeschlossenen Vertrages richtete. Es seien nämlich darüber Zweifel entstanden, wer die Kosten zu tragen habe, wenn die an einem Hause angebrachten Laternen bei Neubauten abgenommen werden müßten. Nach seiner Ansicht hätte weder die Gesellschaft noch der Eigenthümer eines

solchen Hauses eine rechtliche Verbindlichkeit zur Tragung der durch die Abnahme und Wiederanbringung der Laternen entstehenden Ausgaben, diese seien vielmehr, nach richtiger Auslegung des Vertrages, von der Stadt zu tragen.

Herr Oberbürgermeister Caspari stimmte mit dem Bemerken, daß ein solcher Fall dem Stadtmagistrate noch nicht vorgelegen habe, dieser Auslegung für seine Person bei, womit, da ein Antrag nicht gestellt wurde, die Sache ihre Erledigung fand.

Hierauf berichtete

IV. Herr F ü d e l namens der Finanz-Commission über die mittelst Schreibens des Stadtmagistrats vom 16. September v. J. vorgelegten, über den städtischen Haushalt im Jahre 1860 geführten Rechnungen und beantragte, da Monita nicht gemacht seien, dem Rechnungsführer Decharge zu ertheilen, welchem Antrage die Versammlung ohne Debatte beitrug.

Derselbe referirte namens derselben Commission

V. ferner über ein Magistrats Schreiben vom 31. December v. J., in welchem beantragt wird:

die Remuneration des städtischen Gasbeleuchtungs-Controleurs vom 1. Januar d. J. an auf 6 \mathfrak{R} monatlich festzusetzen, und demselben bei getreuer Pflichterfüllung noch eine außerordentliche Gratification von 10 \mathfrak{R} in Aussicht zu stellen.

Da die Commission mit Rücksicht auf die desfalligen Gutachten des Stadtbau-meisters diesen Antrag befürwortete, so wurde derselbe ohne Weiteres genehmigt.

Herr Reuter bemerkte bei dieser Gelegenheit, daß, wie er gehört habe, die Pflicht des Gascontroleurs bisher darauf beschränkt gewesen sei, zu untersuchen, ob die richtige Anzahl von Gasflammen in der That die vorgeschriebene Zeit brenne; es sei aber wünschenswerth, daß der Dienst desselben auch auf die Prüfung der Größe der Flammen erstreckt werde, weshalb er vorschlage, denselben mit eigends zu diesem Zwecke angefertigten Schablonen zu versehen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärte sich außer Stande, über die Ausführbarkeit dieses Vorschlages sogleich seine Meinung abzugeben, sprach aber seine Bereitwilligkeit aus, die Sache prüfen und eventuell einführen zu lassen, und die Versammlung beschloß, die Bemerkungen des Herrn Reuter dem Stadtmagistrate zur Erwägung und Berücksichtigung zu empfehlen.

Auf eine fernere Anfrage des Herrn Reuter erwiderte der Herr Oberbürgermeister, daß die Angelegenheit wegen der in der Nähe des neuen Theaters einzurichtenden Gaslaternen noch in der Schwebe, und daß aus diesem Grunde die an die Gasgesellschaft monatlich zu zahlende Summe für jetzt noch nicht erhöht worden sei.

VI. Herr Häusler theilte sodann namens derselben Commission aus einem Magistrats Schreiben vom 18. Januar d. J. mit, daß die Kosten der Feier des tausendjährigen Jubiläums der Stadt nach einer aufgestellten und fast vollständigen Uebersicht die Summe von 14,837 \mathfrak{R} 21 \mathfrak{g} 6 \mathfrak{d} betragen haben, mithin das von der Versammlung für das Fest ausgeworfene Maximum nicht erreicht, und daß es möglich gewesen ist, diese bedeutende Ausgabe, ohne das Capital-Vermögen der Stadt anzugreifen, von den laufenden Einnahmen, allerdings mit einiger Verminderung des Betriebsfonds der Stadtcasse, zu bestreiten.

Nach demselben Schreiben haben die Schenkwirthe Holst und Meyer, welche die Beforgung des großen Festessens in der Egidien-Kirche übernommen gehabt, behaupt-

die Hälfte ermäßigt werden solle, wenn sie an ihrem eigentlichen Wohnorte zu Gemeinbezwecken besteuert werden und der betreffenden Commission auf Verlangen über ihre Einnahme-Verhältnisse die zur Beurtheilung der Richtigkeit des geforderten Steuersatzes erforderliche Auskunft geben.«

Nach dem Berichte des Herrn Jüdel hat sich die Majorität der Central-Commission für den principalen Antrag des Stadtmagistrats, also dafür erklärt, daß es, ohne Aufstellung eines bestimmten Principes, bei dem alten Verfahren belassen werde, nach welchem die Steuer in jedem Falle besonders festgesetzt werden soll. Die hiersür anzuführenden Gründe seien im Wesentlichen: daß sich bei dieser Prozedur ernstliche Uebelstände nicht herausgestellt; daß sich die Fremden mit der ihnen gewordenen Behandlung mit wenigen Ausnahmen zufrieden erklärt hätten, weil stets mit Schonung und Billigkeit verfahren sei, und daß, wenn man, wie nach dem neuen Beschlusse der Versammlung erforderlich werden würde, bei den Fremden dasselbe Verfahren wie bei den Gemeindegossen zur Anwendung bringen wollte, zur Ermittlung des wahren Einkommens derselben — über das man ja noch viel weniger Anhaltspunkte habe, als bei Einheimischen — allzu strenge Maaßregeln angewendet werden müßten, welche die Fremden leicht erbittern und von hier fortreiben könnten. Uebrigens beantrage die Majorität noch einen Beschluß dahin, daß in Zukunft eine jede Veranlagung eines Fremden durch die Districts-Commission zur endgiltigen Entscheidung der Central-Commission vorgelegt werden solle, damit hierdurch eine größere Uebereinstimmung herbeigeführt werde.

Die Minorität der Commission — welche allerdings nur aus ihm, dem Berichterstatter selbst, bestehe — beharre dagegen bei dem in der vorigen Sitzung gefaßten Beschlusse und empfehle daher die Annahme des eventuellen Magistrats-Antrages. Der Herr Referent bezog sich bei der Motivirung dieser Ansicht auf die von ihm für dieselbe bereits in der letzten Sitzung vorgebrachten Gründe und fügte noch hinzu, daß eine Ermittlung der wirklichen Höhe des Einkommens bei Beibehaltung des frühern Verfahrens nicht minder erforderlich sein würde, wie bei dem von ihm vorgeschlagenen, mithin der Vorwurf einer voraussichtlich größern Härte bei dem letztern in keiner Weise begründet erscheine.

Bei der Debatte — in der im Wesentlichen die vorstehenden Gründe für und wider vorgetragen wurden — vertraten die Herren Lissebon und Graß den Majoritäts-Antrag, während der Herr Vorsitzende und die Herren Häusler und Aronheim sich für den von der Minorität befürworteten Vorschlag aussprachen.

Herr Oberbürgermeister Caspari bezog sich zwar im Ganzen auf die im Magistratschreiben entwickelten Grundsätze, erklärte aber zugleich, daß der Stadtmagistrat auch mit der Genehmigung des von demselben eventuell gestellten Antrages einverstanden sein werde.

Die Versammlung entschied sich bei der Abstimmung für diesen letztern eventuellen Antrag des Stadtmagistrats, beschloß aber zugleich auf Vorschlag des Herrn Graß, dem fernern Majoritäts-Antrage, wonach in Zukunft die Veranlagung eines Fremden durch die Districts-Commission noch einer Revision in der Central-Commission jedesmal unterworfen werden soll, ihre Zustimmung zu ertheilen.

IX. In einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 7. Februar d. J. wird, in Uebereinstimmung mit der Herzoglichen Bau-Direction beantragt, den frühern Beschluß wegen Chaussirung des zwischen der Martini-Kirche und dem Landschaftlichen Hause belegenen Platzes wieder aufzuheben und statt dessen, unter Zuhilfenahme des

alten Materials, denselben in der Weise umpflastern zu lassen, wie solches kürzlich mit der Breitenstraße und dem Plage an der Thurmseite der Domkirche geschehen sei. Mit dem Bemerkten, daß diese Umpflasterung 608 \mathfrak{f} weniger kosten werde, als die projectirte Chauffirung, und für den wenig benutzten Platz auf eine lange Reihe von Jahren ausreichen werde, beantragte Herr Graß namens der Baudeputation die Zustimmung zu diesem Antrage, jedoch mit dem Zufage:

den Stadtmagistrat zugleich zu ersuchen, auch das Pflaster auf der ganzen Strecke vom Altstadtmarkte bis zur Steinstraße bei dieser Gelegenheit einer Erneuerung unterwerfen zu lassen.

Die Versammlung genehmigte diese Anträge ohne weitere Debatte.

In vertraulicher Sitzung kamen schließlich

X. verschiedene Wohnorts-Angelegenheiten zur Sprache.

N. 2.

Sitzung am 6. März 1862.

1862.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen der Vorsitzende, Herr Land syndicus Desterreich, und die Herren Fabricius, Helfft, Südel und Niemeyer, abwesend ohne Entschuldigung war Herr Kahlert.

Nachdem bei Behinderung des Herrn Vorsitzenden der Stellvertreter desselben, Herr Haeusler, die Sitzung eröffnet hatte, und das Protokoll der Sitzung vom 20. Februar d. J. verlesen und genehmigt war, berichtete

I. Herr Haeusler namens der Statuten-Commission über den in der vorigen Sitzung gestellten Antrag des Herrn Bode wegen Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Fräulein Louise Löbbecke:

Die Commission habe ihre Beurtheilung auf die formelle Seite des Antrages beschränkt und bei der Prüfung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen die Ueberzeugung gewonnen, daß dieselben dem Antrage nicht entgegenständen. Nach der allgemeinen Fassung des §. 19 der revidirten Städte-Ordnung könne man nicht annehmen, daß das Ehrenbürgerrecht einer Beschränkung hinsichtlich des Geschlechtes habe unterworfen werden sollen, oder daß Absicht gewesen sei, Einheimische von dieser Auszeichnung auszuschließen. Die Commission, welche im Uebrigen mit den Motiven des Herrn Bode sich von ganzem Herzen einverstanden erkläre, empfehle daher den Antrag zur Annahme.

Die Versammlung genehmigte hierauf einstimmig und unter Erhebung von ihren Sigen den Bode'schen Antrag in der Fassung:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, in Uebereinstimmung mit den Stadtverordneten an Fräulein Louise Löbbecke das Ehrenbürgerrecht der Stadt zu verleihen.

Der Herr Overbürgermeister Caspari erklärte, daß der Stadtmagistrat, welcher diese Angelegenheit bereits berathen habe, sehr gern auf den Antrag eingehen werde, so ersuchte der Herr Vorsitzende denselben, Fräulein Löbbecke von dem gefaßten Beschlusse in Kenntniß zu setzen.

Hierauf wendete sich die Versammlung zur Berathung von Wohnorts-Angelegenheiten, und erhielt zunächst

II. Herr Aronheim das Wort, um für die betreffende Commission über eine allgemeine Frage der Versammlung Vortrag zu machen.

Wie die Versammlung aus vielen einzelnen Fällen ersehen habe, bestehe leider seit längerer Zeit eine sehr ernstliche Meinungs-Verschiedenheit zwischen dem Stadtmagistrat und den Stadtverordneten hinsichtlich der Ertheilung des Wohnortsrechts an Arbeiter. Der Magistrat habe bekanntlich das Princip aufgestellt, daß bei Handarbeitern, welche nicht Meister seien, abgesehen von sonstigen persönlichen Erfordernissen, zur Erlangung des Wohnortsrechts ein zehnjähriger Aufenthalt in hiesiger Stadt gefordert werden müsse. Ungeachtet die Stadtverordneten die Anerkennung dieses Princips ihrerseits abgelehnt hätten, beharre der Stadtmagistrat doch, und zwar in neuester Zeit mit gesteigerter Hartnäckigkeit, bei demselben, und jede Sitzung dieser Versammlung zeuge von einzelnen hieraus entspringenden Conflicten. Während die Commission und mit ihr die Versammlung alles Gewicht auf die Individualität des einzelnen Falles, auf die Prüfung lege, ob das einzelne Individuum nach aller Kunde, die über dasselbe erlangt werde, eine wünschenswerthe Acquisition für die Commune sei, und auf diese Prüfung die größtmögliche Sorgfalt verwende, mache der Stadtmagistrat durch starres Festhalten an seinem Principe jene Thätigkeit der Commission in den betreffenden Fällen zu einer rein illusorischen. Es sei daher kein Wunder, wenn die Commission, von der Nutzlosigkeit ihrer Arbeiten überzeugt, mit Widerwillen an ihre Berathungen gehe, und die Mitglieder derselben hätten sich entschlossen, aus diesem Grunde ihr Amt niederzulegen, wenn eine Aenderung des Verfahrens des Stadtmagistrats nicht zu erreichen sein sollte.

Die Commission wolle nicht leugnen, daß sich auch für das vom Magistrate beobachtete Verfahren Gründe anführen ließen. Freilich sei die Bezugnahme auf die Analogie mit der gesetzlichen Bestimmung, wonach Dienstboten und in ähnlichen Verhältnissen stehende Personen erst dann ein Recht auf Verleihung des Wohnortsrechts erlangten, wenn sie 10 Jahre lang bei einer und derselben Herrschaft gedient hätten, eine unzutreffende, weil die Verhältnisse nicht dieselben seien, und es sich bei jener gesetzlichen Bestimmung um ein erzwingbares Recht handle, welches nichts gemein habe mit der Frage, ob ein Individuum an sich ein wünschenswerthes Mitglied der Commune sei. Auch ein anderer Grund, welcher von den Gegnern geltend gemacht werde, daß man nämlich diejenigen, denen man das Wohnortsrecht für's Erste nicht ertheilen wolle, meistens ungestört ihrem Erwerbe in der Stadt nachgehen lasse, sei ungenügend; denn es handle sich hier um die Erlangung eines Rechtes, das dem Familienvater weniger seiner selbst, als seiner Familie wegen wünschenswerth und theuer sei, und wer wolle bezweifeln, daß auch dem Arbeiter nicht gleichgültig sei, wenn er fürchten müsse, daß bei seinem Tode seine Familie in eine ferne und entfremdete s. g. Heimath verwiesen werden könne? — Dagegen solle nicht angefochten werden, daß die längere Dauer des Aufenthalts auch ein vorzügliches Kriterium mehr sei behuf der Beurtheilung der Persönlichkeit des Aufzunehmenden. Aber die Commission greife auch nur das starre Festhalten an dem Principe an, welches auch in solchen Fällen beobachtet werde, wo jenes Kriterium durch andere mehr als ersetzt werde. Sei der Arbeiter, welcher 6 Jahre lang bei einem und demselben Arbeitgeber mit guten Zeugnissen seinen Erwerb gefunden, bei sonst gleichen Eigenschaften nicht ebenso zu berücksichtigen, wie der, welcher zwar 10 Jahre hier verweilt, aber seine Stellung fortwährend gewechselt habe? Es sei überflüssig, noch mehr

Beispiele dieser Art anzuführen, weil der Versammlung aus mannigfaltigen Beispielen erinnerlich sein werde, daß jenes Princip in seiner starren Consequenz nicht selten große Härten und Ungerechtigkeiten zur Folge habe. Ja man müsse die Verfahrungsweise des Magistrats selbst als eine an sich ungesegliche bezeichnen; denn schon dadurch, daß der Stadtmagistrat da, wo Beschlüsse nur unter beiderseitiger Uebereinstimmung gefaßt werden könnten, ein Princip unbedingt festhalte, das der andere Factor verworfen habe, greife er auf das Entschiedenste in die Rechtssphäre dieses letztern ein.

Die Commission sehe nun keine andere Möglichkeit vor sich, dem dauernden Zwiespalte mit dem Magistrate zu entgehen, als wenn ein Compromiß erreicht werde. Dies werde gelingen, wenn der Magistrat von seinem Grundsatz, daß ein 10jähriger Aufenthalt erforderlich sei, abgehe und ihn auf einen kürzern, höchstens 5jährigen Zeitraum beschränke. Er empfehle dies im Namen der Commission dem Stadtmagistrate um so mehr, als es doch beiden Theilen wünschenswerth sein werde, endlich dem langen Zwiespalte ein Ende zu machen.

Auf die Frage des Herrn Vorsitzenden: ob die Commission einen bestimmten Antrag gestellt haben wolle? — erwiederte Herr Aronheim: die Commission habe durch seine Bemerkungen den Stadtmagistrat nur auf die Dringlichkeit der Abhilfe aufmerksam machen wollen, und der Herr Vorsitzende erklärte hierauf, daß er unter diesen Umständen eine Debatte nicht eröffnen könne, ertheilte jedoch dem Herrn Overbürgermeister Caspari das Wort zur Erwiderung.

Herr Overbürgermeister bemerkte:

Auch ihm erscheine die Erledigung dieser, im jetzigen Stadium obenein nicht sehr angenehmen, Frage ziemlich schwierig. In früheren Zeiten habe auch der Stadtmagistrat sich immer an die Individualität des bestimmten Falles gehalten. Aber fortwährende Mittheilungen hin und her und häufige Conflicte seien die Folge gewesen, und man habe den Magistrat bei etwaigen Ablehnungen nur zu oft Rücksichtslosigkeit vorgeworfen. Der Magistrat habe dann geglaubt, diesen Zwistigkeiten am Besten durch Aufstellung eines bestimmten Principis steuern zu können; man habe sich dabei an die gleichartigen gesetzlichen Bestimmungen gehalten, obwohl nicht geleugnet werden solle, daß die Verhältnisse keineswegs völlig dieselben seien. Aber die Stadtverordneten hätten die diesseitige Proposition abgelehnt. Ungerecht sei es nun, dem Magistrate vorzuwerfen, daß er dessenungeachtet in den Fällen, wo nicht ganz besondere Umstände vorgelegen, dieses von ihm aufgestellte Erforderniß der 10jährigen Dauer des Aufenthalts aufrecht erhalten habe, und vollends unbegründet, hierin eine Mißachtung der gesetzlichen Rechte der Stadtverordneten zu erblicken. Denn der Magistrat übe auch hier nur das unbestrittene Recht aus, in ihm bedenklich scheinenden Fällen die Aufnahme seinerseits zu verweigern, und daß er als unbedingt nur solche Fälle regel- und principmäßig ansehe, wenn der Bittsteller sich lange genug hier aufhalten, um ausreichende Gelegenheit gegeben zu haben, seine Qualifikation zur unwiderruflichen Aufnahme prüfen zu können, das werde die Commission, welche die Berechtigung dieses Moments ja selbst anerkenne, an sich nicht tadeln können. Es scheine sich daher lediglich darum zu handeln, ob die vom Magistrat verlangte 10jährige Dauer des Aufenthalts nicht eine zu große Beschränkung sei. Der Stadtmagistrat müsse dies aber verneinen, theils mit Rücksicht auf die bereits angeführten analogen gesetzlichen Bestimmungen bei Dienstboten und auf die Verfahrungsweise in anderen, selbst einheimischen, Orten, theils nach den Erfahrungen anderer Länder, z. B. Belgiens, theils aber auch, weil die Gefahr für die

Stadt, namentlich das Armenwesen, bei unbeschränkter Aufnahme fremder Arbeiter nicht so geringfügig sei, wie man anzunehmen scheine. Er wolle nur anführen, daß von der Vermehrung der Einwohnerzahl des Landes seit der letzten Zählung, welche auf 270,000 Einwohner 4 bis 5000 betragen, nicht weniger als 1600 Seelen auf die Stadt Braunschweig mit ihren 40,000 Einwohnern gekommen seien — an sich kein Unglück, wenn nur nicht die größere Zahl den untersten Classen angehörte. Der in dieser Beziehung conservativere Standpunkt des Magistrates rechtfertige sich aber ferner dadurch, daß, während die Versammlung, nachdem sie die Acten geprüft und in die Aufnahme gewilligt, nicht wieder von der Sache zu hören bekomme, der Stadtmagistrat nur zu oft in der Lage sei, die keineswegs wünschenswerthen Folgen vortheilhafter Aufnahme im Detail kennen lernen zu müssen. Hier entlasse der bisherige Dienstherr — welcher in den Voracten eine lange Dauer des gegenseitigen Verhältnisses in Aussicht gestellt — plötzlich den Arbeiter nach seiner Aufnahme; dort verlasse dieser ohne Weiteres seine frühere Stellung und petitionire beim Magistrat um Eröffnung anderweiter Erwerbsquellen; hier stelle sich nachträglich heraus, daß die vortrefflichen Zeugnisse des Aufgenommenen ein wenig unvorsichtig ausgestellt, dort, daß aus Gutmüthigkeit etwas über Verdienst gelobt sei; auch sei der eine Arbeitgeber ein strengerer, der andere ein milderer Beurtheiler. So sei es dann nach solchen, täglich sich wiederholenden Erfahrungen dem Magistrat nicht zu verargen, wenn er als wesentlichstes Moment bei der Verleihung des Wohnortsrechts eine längere Dauer untadelhaften Wandels und gesicherter Arbeitsfähigkeit betone und die von der Commission vorgeschlagenen 5 Jahre als hinreichend nicht bezeichnen könne. Wohl sei es ferner wünschenswerth auch für den gewöhnlichen Arbeiter, über die demnächstige Zukunft seiner Familie — welche in solchen Fällen allerdings mit von ihrem Wohnorte abhängig sein möge — durch Erlangung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt eine gewisse Sicherheit zu erlangen; aber bei aller Achtung der menschlichen Rechte und des Barmherzigkeits der arbeitenden Classen habe die städtische Behörde doch vor Allem die Interessen der Commune zu berücksichtigen; auch werde die Versammlung dem Stadtmagistrate nicht vorwerfen können, in dieser Beziehung sich gegen die Gesetze der Menschlichkeit verstoßen zu haben, umsoweniger, als in der Abweisung des Aufzunehmenden vor Ablauf der principmäßigen 10 Jahre ja nicht die Verbannung aus unsrer Stadt, sondern in der Regel nur ein Aufschub seiner Aufnahme zu finden sei.

Wie sehr hiernach der Stadtmagistrat im Ganzen bei der von ihm bisher befolgten Praxis zu beharren wünsche, so sei er doch keineswegs abgeneigt, der Auffassung der Commission und der Versammlung jede mögliche Concession zu gewähren, und hoffe er, daß bei Gelegenheit einer der Versammlung sobald als thunlich zu machenden einschlägigen Mittheilung eine Einigung werde erreicht werden können, zumal die Commission, wie es scheine, nunmehr nicht abgeneigt sei, selbst sich für die Ziehung einer bestimmten Gränze in der betreffenden Beziehung zu erklären.

Nachdem Herr Aronheim noch die Berichtigung ausgesprochen hatte, daß die Commission keineswegs jetzt principmäßig für die Ziehung einer solchen festen Gränze sich entschieden habe, sondern nur um des lieben Friedens willen nicht abgeneigt sei, eine solche selbst gegen ihren eigenen Grundsatz zu befürworten, ging die Versammlung in vertraulicher Sitzung zur Berathung der einzelnen eingegangenen Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts über.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 10. April 1862.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen:

die Herren Fabricius, Flagge, Helfft, Kahlert, Kellner, Meyer
und Uhde.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protocolls der Sitzung vom 6. März
d. J. berichtete zunächst

I. Herr Fiedel namens der Finanz-Commission über ein Magistratschreiben
vom 24. März d. J., die Verlegung der Nachrichterei nach dem Galgenberge be-
treffend. Inhalts desselben ist nach vielfachen Beschwerden der Anlieger und Ver-
handlungen endlich am 7. September v. J. mit dem Abdeckereibesitzer Unverzagt ein
Uebereinkommen dahin getroffen, daß derselbe seinen ganzen Geschäftsbetrieb auf sein
Grundstück am Galgenberge verlegt und die Abdeckerei- und Nachrichterei-Gerechtig-
keit auf dasselbe übertragen läßt, gegen Zahlung einer Entschädigung von 800 \mathfrak{f} ,
wozu die Stadt 500 \mathfrak{f} , die Staatscasse 200 \mathfrak{f} und die Anlieger 100 \mathfrak{f} bei-
tragen. Das Schreiben beantragt nun, nachdem die Umschreibung der Gerechtigkeit
jetzt erfolgt sei, die Auszahlung jener 500 \mathfrak{f} aus der Stadtcasse zu genehmigen.

Da die Commission in der Erwägung, daß das beanspruchte Geldopfer ein ver-
hältnißmäßig mäßiges sei, die Genehmigung befürwortete, so wurde die beantragte
Bewilligung ohne Debatte ausgesprochen.

II. In einem Schreiben vom 28. März d. J. beantragt der Stadtmagistrat
die Betheiligung der Stadt bei dem behuf Erbauung einer Turnhalle gegründeten
Actien-Unternehmen durch Zeichnung einer Summe von 2000 \mathfrak{f} . Das Schreiben
hebt hervor, daß die Einrichtung einer Turnhalle ganz besonders wünschenswerth sei,
damit das Turnen das ganze Jahr hindurch, und nicht bloß während der Sommer-
monate geübt werden könne, und bezeichnet die aus den Statuten der Gesell-
schaft ersichtlichen Bedingungen als besonders günstige, indem in denselben für die
Amortisation der mit 3 Procent zu verzinsenden Actien und Bildung eines Re-
servefonds hinreichend vorgesorgt, und der Stadt das Recht eingeräumt sei, ein

Mitglied des Gesellschafts-Vorstandes zu bestimmen und für den Fall, daß die Gesellschaft durch Majoritäts-Beschluß oder aber durch Amortisation sämmtlicher Actien ihre Endschafft erreicht haben werde, das gesammte Eigenthum der Gesellschaft einschließlich des angesammelten Reservefonds gegen die Verpflichtung eigenthümlich zu erwerben, die Turnhalle zu ihrem ursprünglichen Zwecke zu erhalten.

Herr Baulter befürwortete den Antrag namens der Finanz-Commission auf's Wärmste. Nachdem Herr Häusler, einer der Gründer der Gesellschaft, noch verschiedene Mittheilungen über dieselbe gemacht hatte, äußerten die Herren Graff und Lissebon das Bedenken, ob durch die Statuten der Gesellschaft auch wohl hinreichend Vorsorge getroffen sei, den städtischen Schulanstalten die Benutzung der Turnhalle unter angemessenen Bedingungen zu sichern. Von verschiedenen Seiten, namentlich der Herren Häusler, Oberbürgermeister Caspari, dem Herren Vorsitzenden und Herrn Niemeyer wurde hierauf erwidert, daß in den Statuten über diesen Punkt keine Bestimmung habe getroffen werden können, weil die Betheiligung der Schulen von den Schulvorständen abhängig sei, und man vor der Erklärung derselben gar nicht habe übersehen können, ob alle Schulen und für wie viel Stunden sie das Local in Anspruch nehmen würden. Die Actien-Gesellschaft werde statutenmäßig die Turnhalle vermietthen, und da sie natürlich vorzugsweise auf die Theilnahme der Schulen angewiesen sei, so könne man schwerlich, namentlich wenn man einen Blick auf die Listen der Actienzeichner werfe, irgend erwarten, daß sie den Schulen ungünstige, deren Betheiligung erschwerende Bedingungen stellen werde.

Die Proposition wurde hierauf von der Versammlung genehmigt.

Ferner erklärte

III. die Versammlung auf den gleichfalls für die Finanz-Commission von Herrn Föbel abgestatteten Bericht ihre Zustimmung zu der von dem Stadtmagistrate in einem Schreiben vom 7. März d. J. beantragten Verwilligung eines Extraordinariums von 25 fl für den an der Bürgerschule westlichen Bezirks beschäftigten Lehrer Winkelmann.

Hierauf berichtete

IV. Herr Bode für die Statuten-Commission über ein Magistrats-Schreiben vom 6. März d. J., durch welches ein von Herzoglicher Polizeidirection hieselbst entworfenes Statut, die Milchverfälschung in der Stadt Braunschweig betreffend, den Stadtverordneten zur Genehmigung vorgelegt wird. Wie das Schreiben ausführt, haben sich die bisher zur Verhinderung des Verkaufs von verfälschter Milch, ergriffenen Maßregeln, welche darin bestanden haben, daß die Milch von Seiten der Polizei mit f. g. Milchmessern untersucht und, falls sie nicht ein Gewichtsminimum von 14 Grad hatte, confiscirt sei, nicht bewährt, und das von Herzoglicher Polizeidirection entworfene Statut beabsichtigt nunmehr dem Uebel dadurch zu steuern, daß es wegen jeder Verdünnung der zum Verlaufe gebrachten Milch oder sonstigen, nicht unter den §. 134 des Polizeistrafgesetzbuchs fallenden Verfälschung eine Strafe von 1 bis 10 fl Geld oder 1 bis 10 Tage Gefängniß androht und die Verhängung dieser Strafe von einer vorausgegangenen chemischen Untersuchung der Milch abhängig macht.

Die Commission, welche die beantragte neue Maßregel für eine zweckmäßige erklärt, empfiehlt die Annahme des aus 4 Paragraphen bestehenden Statuts, giebt jedoch anheim:

- 1) eine Bestimmung hinzuzufügen, nach welcher mit der chemischen Untersuchung der Milch ein für alle Mal ein von dem Magistrate zu ernennender Sachverständiger beauftragt werden soll, und
- 2) an der geeigneten Stelle des Statuts eine Bezugnahme auf die gesetzliche Bestimmung einzuschalten, nach welcher wegen betrügerlicher Fälschung von Lebensmitteln die Gewerbs-Concession entzogen werden kann.

Obwohl von einer Seite Bedenken gegen das Statut erhoben und vorgeschlagen wurde, Alles der Concurrenz zu überlassen, sprach sich doch die Mehrzahl der sich an der Debatte beteiligenden Herren für die Zweckmäßigkeit des vorgelegten Statuts aus, und die Versammlung genehmigte dasselbe mit den von der Commission empfohlenen Zusätzen.

V. Nach einem fernern Magistratschreiben vom 4. April d. J. hat der im Mai 1859 zu Wolfenbüttel verstorbene pensionirte Accise-Inspector Bündiger in seinem Testamente für den Fall des kinderlosen Ablebens seines einzigen Sohnes, des Defonomen Bündiger zu Hannover, verschiedenen milden Stiftungen der hiesigen Stadt und zwar:

- 1) der Armenanstalt 1000 ₰,
- 2) dem städtischen Armenhause 2000 ₰,
- 3) der Armen-Speiseanstalt 500 ₰,
- 4) der Armen-Arbeitsanstalt 500 ₰,
- 5) der Kleinkinder-Bewahranstalt 500 ₰,
- 6) dem Blinden-Institute 250 ₰, und
- 7) dem Taubstumm-Institute 250 ₰

als Legate vermacht, jedoch zugleich bestimmt, daß sein Sohn von jeder Cautionsleistung und Sicherstellung wegen derselben befreiet sein solle, übrigens für den Fall, daß der eingesezte Erbe mit Hinterlassung von Kindern versterben würde, der Armenanstalt ein Legat von 500 ₰ ausgesetzt. Die mit dem Erben, welcher die Erbschaft nur cum beneficio inventarii angetreten hat, stattgehabten Verhandlungen wegen Sicherstellung dieser Legate haben bisher kein genügendes Resultat gehabt. Jetzt hat derselbe den sämmtlichen beteiligten Stiftungen in hiesiger Stadt einen Vergleich dahin vorgeschlagen, daß die von seinem Vater legirten Beträge, obgleich dieselben den Nachlaß seines Vaters um das Doppelte überstiegen, er also eine Reduction derselben rechtlich fordern und noch den Pflichttheil abziehen könnte, 9 Monate nach seinem Tode gezahlt werden sollten, er und seine Ehefrau auch mit ihren eigenen Vermögen für die Erfüllung dieser Uebereinkunft sich verbürgen wollten, wenn die gedachten milden Stiftungen die Verpflichtung übernehmen würden, seiner Ehefrau, falls dieselbe ihn überleben sollte, die empfangenen Gelder bis zu deren Tode mit 4 Procent zu verzinsen. Da nun bei dem im Testamente ausgesprochenen Erlaß jeder Cautionsleistung es immer von dem guten Willen und der Ehrlichkeit des Erben abhängen möchte, ob die gedachten Stiftungen in den Besitz der Vermächtnisse gelangen würden, oder nicht, mithin die Lage derselben durch die Annahme des proponirten Vergleichs nur verbessert werden kann, so beantragt der Stadtmagistrat, ihn zu ermächtigen:

- 1) für die hiesige Armenanstalt und das Armen- und Pflegehaus die vorgeschlagene Uebereinkunft abzuschließen;

2) für die übrigen theilhaftigen Stiftungen die Bürgschaft wegen Bezahlung der Zinsen zu übernehmen.

Die Statuten-Commission hat sich nach dem Berichte des Herrn Aronheim für die Befürwortung des Antrages entschieden, schlägt jedoch vor, dem Stadtmagistrate bemerklich zu machen, daß man einem solchen anderweitigen Abkommen, durch welches schon jetzt die bedachten Anstalten in den Besitz des Capitals, selbst gegen höhere Verzinsung, gelangen könnten, den Vorzug geben würde; und wurde die Proposition mit dieser Modification ohne Debatte von der Versammlung genehmigt.

Nach Erledigung der Tagesordnung beantwortete noch

VI. Herr Overbürgermeister Caspari verschiedene Anfragen wegen rückständiger Statuten dahin: daß das Statut, die Dorf-Controle betreffend, von dem Stadtbaumeister, bei dem es sich gegenwärtig zum Berichte befinde, als unausführbar bezeichnet, und von demselben andere Vorschläge zu erwarten seien; das Statut, die Bauordnung betreffend, liege noch bei Herzoglicher Baudirection, der es zur Begutachtung mitgetheilt sei, und wegen der Krankenpflegerinnen werde, wenn er nicht irre, eine anderweite Mittheilung von Seiten der Herzoglichen Kreisdirection erwartet.

N^o 4.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 131 de 1862 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1862.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 8. Mai 1862.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen: die Herren Fabricius, Helfft, Fiedel und Degener.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10. April dieses Jahrs ertheilte der Herr Vorsitzende zunächst

I. das Wort an Herrn Bautler, welcher vortrug:

Nach einer Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums in N^o 105 der hiesigen Anzeigen, sei der Regierung eine Summe von mehreren tausend Thalern von der Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft zu gemeinnützigen Zwecken überwiesen worden. Es erscheine nun wünschenswerth, wenn der von jener Summe auf die Stadt Braunschweig fallende Antheil zu einem die Absicht der Geberin besonders entsprechenden Zwecke, nämlich zur Verbesserung der Feuerlösch-Anstalten der hiesigen Stadt verwandt werde. In dieser Hinsicht empfehle sich vorzüglich die Anschaffung von kleineren Feuerspritzen, welche bei gleich großer Leistungsfähigkeit nicht so schwerfällig seien, wie die jetzt gebrauchten, und halte er es für zweckmäßig, dergleichen leichtere Spritzen nicht an den bisherigen Aufbewahrungsorten, sondern in Privathäusern, insbesondere in Brennereien, Brauereien, Fabriken, und Gasthäusern aufzustellen. Er richte daher das Ansuchen an den löblichen Stadt-Magistrat:

mit der Herzoglichen Landesregierung dieserhalb sich in Vernehmen zu setzen.

Hieran schloß sich ein Antrag des Herrn Reuter, dahin gehend:

die Versammlung wolle eine Commission von drei Mitgliedern ernennen, welche den Zustand der hiesigen Feuerlösch-Einrichtungen einer Prüfung zu unterwerfen und demnächst der Versammlung Bericht abzustatten und etwaige Verbesserungs-Vorschläge zu machen habe; —

welcher unter allseitiger Zustimmung genehmigt wurde.

Die Versammlung wählte zugleich zu Mitgliedern der Commission die Herren Reuter, Bautler und Häußler.

II. Auf die sodann gestellte Anfrage des Herrn Grass, wie es komme, daß ungeachtet früherer Zusicherungen der Stadtbaumeister nach dem neuen Sections-Kataloge des Collegii Carolini auch noch während des laufenden Sommer-Semesters Unterricht an dieser Anstalt ertheilen werde, erwiederte der Herr Oberbürgermeister Caspari, daß es unzweckmäßig erschienen sei, vor dem Eintritt der Reorganisation des Collegii Carolini, welche sich verzögert habe, einen Wechsel in dem Lehrer-Personale stattfinden zu lassen, und daß der Stadtmagistrat seine Zustimmung zur Fortdauer des frühern Verhältnisses während dieses Sommerhalbjahrs, um so eher geben können, als die städtische Bauordnung bekanntlich ihre Einführung noch erwarten lasse.

Nachdem hierauf die Versammlung, zur Tagesordnung übergehend,

III. in Gemäßheit eines Magistrats-Schreibens vom 22. April d. J. zur Vertretung der hiesigen Stadt bei dem auf den 25., 26., 27. und 28. August o. angelegten Militair-Aushebungs-Termine die Herren Rischbieter und Quenstedt, und als deren Stellvertreter Herrn Nieß deputirt hatte, wandte sie sich

IV. zur Berathung von Wohnorts-Angelegenheiten.

Zuvörderst theilte Herr Cronheim Namens der Commission mit, daß der Stadtmagistrat in Beziehung auf die in der Sitzung vom 6. März d. J. Statt gehabten Verhandlungen über die Zulassung von fremden Arbeitern unterm 4. vor. Mts. ein Schreiben an die Versammlung gerichtet habe, in welchem die Ansicht desselben in ausführlicher Weise motivirt, schließlich aber zur Ausgleichung der obschwebenden Differenzen anheim gegeben werde, als gemeinschaftliches Princip für die Zukunft in der Regel die Forderung aufzustellen, daß fremde Fabrikarbeiter und dergleichen Personen vor ihrer Aufnahme sich acht Jahre lang in hiesiger Stadt aufgehalten haben müßten. Die Commission nun glaube, diesen Vorschlag als ein Provisorium der Versammlung empfehlen zu dürfen, theils um den oft besprochenen Conflicten ein Ende zu machen, theils weil die voraussichtlich bald zu erwartende Einführung der Gewerbefreiheit auch diese Frage definitiv erledigen werde.

Dieser Vorschlag wurde dann auch von der Versammlung ohne Debatte genehmigt, worauf dieselbe sich in vertraulicher Sitzung zur Berathung der einzelnen eingegangenen Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts wandte.

Schließlich wurde wieder in öffentlicher Sitzung,

V. das Wort an Herrn Rischbieter ertheilt, welcher vortrug:

Er vermiße in den §§. 47, 48, 51, 52, 53 u. 55 der Straßen-Polizei-Ordnung die bei ähnlichen Strafbestimmungen hinzugefügte Bedingung, daß Seitens der Polizeibeamten, eine Anzeige an die betr. Hauswirthe und Stellvertreter derselben stattfinden müsse. Da dieser Mangel den betheiligten Personen viel Last, ihnen namentlich meistens den Gegenbeweis, daß sie nicht gegen das Statut gesüßt hätten, unmöglich mache, so beantrage er:

im Wege eines Zusatzes zum Statute die betr. Bestimmung bei den genannten Paragraphen einzuschalten;

sowie ferner,

daß dem §. 56 daselbst folgende Fassung gegeben werden möge:

»Glitschbahnen dürfen weder auf den Fußwegen noch auf den Fahrbahnen geduldet werden und sind von den zur Straßenreinigung verpflichteten Personen auf geschehene polizeiliche Erinnerung sofort zu zersthören.«

Strafe 12 99k.«

Der Herr Vorsitzende überwies diese Anträge der Statuten-Commission und forderte Herrn Rischbieter auf, dieselben vor dieser im Besondern zu motiviren.

Nr. 5.

Sitzung am 5. Juni 1862.

1862.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen: die Herren Degener, Fabricius, Helfft, Kellner, Meyer und Uebe.

Nachdem das Protokoll der Sitzung vom 8. Mai d. J. verlesen und genehmigt war, theilte zunächst

I. Herr Oberbürgermeister Caspari das von Fräulein Luise Pöbbeke eingegangene Dankschreiben für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt mit, worauf

II. Herrn Bantler behuf einer Anfrage an den Stadtmagistrat das Wort ertheilt wurde. Derselbe bemerkte, daß die für dieses Jahr beschlossene Canalisirung der Schuhstraße und der angrenzenden Straßen noch nicht ernstlich in Angriff genommen scheine, daß die Zeit dazu dränge, weil die Messe nahe bevorstehe, und daß es, nach den bis jetzt erkennbaren Vorarbeiten — welche nur in der Anfuhr von Platten zu bestehen schienen — zu urtheilen, schwerlich möglich sein werde, noch vor der Messe damit fertig zu werden. Er erbat sich Aufklärung über die Sachlage und mache darauf aufmerksam, daß nun doch einem früher von der Versammlung geäußerten und vom Stadtmagistrate gebilligten Wunsche zuwider, nicht eirunde, sondern wie die Form der angefahrenen Platten erschen lasse, viereckte Canäle beabsichtigt würden.

Herr Oberbürgermeister Caspari beantwortete diese Anfrage sofort dahin: der Stadtmagistrat habe, dem Verlangen der Versammlung gemäß, zwar der Herzoglichen Bau-Direction den Gebrauch eirunder Canäle empfohlen; da sich aber herausgestellt, daß diese unverhältnißmäßig theurer, als die viereckten gekommen, so habe die Herzogliche Baudirection im Einverständnisse mit dem Magistrate durch den Bauconducteur Graeffen untersuchen lassen, ob die bisher in Wirksamkeit befindlichen viereckten Canäle in der That sich so verschlänmt hätten, wie man besorgt habe. Es habe sich nun bei der Aufgrabung an 12 verschiedenen Stellen nur eine einzige gefunden, wo eine Verschlämmung stattgefunden, und die Untersuchung dieser Stelle (der Mündung des Canals aus der Knochenhauerstraße in die Süßstraße) habe mit Sicherheit ergeben, daß diese Verschlämmung nicht Folge der Gestalt des Canals, sondern bestimm-

ter, theilweise zufälliger lokaler Verhältnisse gewesen. Aus diesen Gründen habe der Magistrat sich für befugt gehalten, auch für die neu beschlossenen Linien die billigeren viereckten Canäle beizubehalten. Inzwischen habe sich die Bestellung der Platten verspäten müssen, und man habe sich entschieden, mit Ausführung der Canalisirung bis zum Ende der Messe zu warten, da die Sachverständigen versichert hätten, daß die gute Jahreszeit auch dann noch zu der projectirten Arbeit ausreichen werde.

Herr Haeusler benutzte diese Gelegenheit, um darauf aufmerksam zu machen, daß bei der Umpflasterung des Platzes vor dem Landschaftlichen Hause die Plattenwege ganz anders und wie ihm scheine, viel unzumuthiger gelegt seien, als sie in dem von der Versammlung genehmigten Plane angegeben gewesen. Es sei dies eine Ueberschreitung der ausführenden Beamten, welche nicht geduldet werden dürfe, und er dringe, mit Bezugnahme auf die bei Pflasterung des Werders gemachten unangenehmen Erfahrungen, auf entschiedenes Einschreiten.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärte, daß ihm zwar der frühere Situationsplan augenblicklich nicht mehr ganz genau erinnerlich, daß derselbe aber, so viel er wisse, bei der Ausführung streng eingehalten sei, und behalte er sich vor, nach genauerer Informirung die gewünschte Auskunft zu ertheilen.

Es kam sodann

III. ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 23. Mai d. Jrs. zur Verlesung, in welchem in Bezug auf das am 17. Juli d. Jrs. bevorstehende 50jährige Dienstjubiläum des Generaldirectors der Herzogl. Eisenbahnen und Posten, Herrn von Amberg, unter Hervorhebung der Verdienste, welche derselbe sich um das ganze Land und insbesondere auch um unsere Stadt erworben habe, vorgeschlagen wird, daß die städtischen Behörden ihre Theilnahme an dem Feste in einem beglückwünschenden Schreiben aussprechen möchten, und daß solches dem Jubilar durch eine aus Mitgliedern des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten bestehende Deputation überreicht werde.

Die Versammlung erklärte sich mit dem Antrage einverstanden und wählte sogleich zu Mitgliedern der betr. Deputation, welche zugleich im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate die Adresse festzustellen habe, — den Vorsitzenden, Herrn Land syndic Desterreich, den Stellvertreter desselben, Herrn Haeusler und den Stadtverordneten Herrn Bautler.

Hierauf ging die Versammlung zur Tagesordnung über, und berichtete zunächst

IV. Herr Südel Namens der Finanz-Commission über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 15. April d. J., die Beleuchtung des das neue Theater umgebenden Platzes betreffend.

Inhalts desselben haben die in dieser Hinsicht gepflogenen Verhandlungen endlich zu einer Verständigung mit der Herzogl. Hoftheater-Intendantur einer- und der Gas-Beleuchtungs-Gesellschaft andererseits geführt. Danach hat die Stadt dafür zu sorgen, daß neben den schon vorhandenen auf dem betreffenden Platze befindlichen 3 Laternen noch eine vierte aufgestellt, und auf der Promenadenstraße nach dem Fallersleberthore, unter Erhöhung der Laternenzahl auf drei, Gasbeleuchtung eingeführt wird. Sie übernimmt die Kosten der Beleuchtung sowohl dieser sämmtlichen Laternen, als ferner, an jedem Theaterabende, von zwei Laternen auf jedem der 6 Gandelaber, wogegen

die Herzogl. Hoftheater-Intendantur die Beleuchtung der beiden andern Laternen auf den 6 Candelabern und außerdem die alleinige Unterhaltung von 3 Laternen zu tragen hat, welche an der Nord- und Südseite des Theatergebäudes aufgestellt und aus dem Innern desselben gespeiset werden sollen. Als der Gas-Gesellschaft zu zahlende Entschädigung ist ferner für die Stadt eine jährliche Aversionalsumme von 250 $\text{\$}$, für die Herzogl. Hoftheater-Intendantur aber, abgesehen von den aus dem Innern des Theaters gespeiseten Laternen, eine solche von 150 $\text{\$}$ vereinbart.

Der Herr Berichterstatter empfahl den gestellten Antrag:

die Versammlung möge sich mit diesen Verträgen einverstanden erklären, zur Annahme, da die Verpflichtung der Stadt, bei vermehrter Frequenz einer bestimmten Gegend im Interesse des Gemeinwohls auch für vermehrte Beleuchtung zu sorgen, unbestreitbar, die getroffenen Vereinbarungen den Verhältnissen entsprechend, und namentlich die der Gas-Gesellschaft zu zahlende Aversionalsumme eine billige sei. Uebrigens verstehe es sich seines Erachtens von selbst, daß eine Ermäßigung des Gaspreises im Allgemeinen demnächst auch eine Ermäßigung jener Aversionalsumme nach sich ziehen werde; eventuell werde dieser Umstand noch dem Stadtmagistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen sein.

Herr Reuter: Bei der aufgestellten Rechnung müsse ein Irrthum untergelaufen sein. Nach der von ihm vorgenommenen Berechnung würde, wenn man 200 Theaterabende des Jahres annehme, bei einer jährlichen Zahlung von 250 $\text{\$}$ jede Laterne der Stadt, pro Stunde nicht 4 $\text{\$}$, sondern 5,7 $\text{\$}$, und wenn man 210 Theaterabende annehmen wolle, etwas weniger kosten. Obenein beruhe aber die Ansicht, daß §. 13 Absatz 2 des mit der Gas-Gesellschaft im Jahre 1860 abgeschlossenen Vertrages, wonach für jede mehr verlangte Brennstunde pro Gas- oder Oelflamme 4 $\text{\$}$ vergütet werden sollen, hier zur Anwendung zu kommen habe, auf einem Irrthume, da nach dem letzten Absätze desselben Paragraphen im vorliegenden Fall nur eine angemessene Erhöhung der von der Stadt jährlich zu zahlenden Aversionalsumme (nach welcher die Laterne pro Stunde nicht 4 $\text{\$}$, sondern nur 2,8 $\text{\$}$ koste) zulässig erscheine. Uebrigens könne er, da die Detail-Berechnung, welche der Vorlage zum Grunde liege, ihm nicht zugänglich gewesen, nicht nachweisen, wo der Fehler derselben zu finden sei. Bei der Wichtigkeit der Sache beantrage er:

wiederum eine Commission für die Gas-Angelegenheiten niederzusetzen, welche diese und ähnliche Gegenstände zu begutachten habe.

Herr Födel entwickelte hierauf die von ihm bei Prüfung des Vertrages vorgenommenen Rechnungen im Detail, bemerkte, daß er dabei als Minimum jährlich 210 Theater-Abende angenommen habe, machte zugleich darauf aufmerksam, daß die Gas-Gesellschaft sich verpflichtet habe, bei Ueberschreitung jener Zahl keine außerordentliche Vergütung zu beanspruchen, und daß dieselbe auch eine Anzahl Nebenausgaben, insbesondere für die Laternen-Anstecker, tragen müsse, und hielt die von der Commission gebilligte Rechnungsweise in allen Punkten aufrecht.

Nachdem noch Herr Reuter erwiedert hatte, daß nach von ihm an kompetenter Stelle eingezogenen Erkundigungen jährlich nur 200 bis 203 Theater-Vorstellungen stattfänden, und daß die Gaslaternen in der Umgebung des Theaters höchst selten bis gegen 10 Uhr brennten, indem sie sofort nach dem Schlusse der Vorstellungen mit überraschender Geschwindigkeit ausgethan würden, beschloß die Versammlung auf den Vorschlag des Herrn Häusler, vor der Beschlußfassung in dieser Sache erst

den Bericht derselben Commission über ein zweites Schreiben des Stadtmagistrats vom 5. Mai d. J. entgegenzunehmen, welches die Beleuchtung der Wall-Promenaden betrifft.

Nach diesem Schreiben hat die Gas-Beleuchtungs-Gesellschaft sich entschlossen, auch auf den Promenaden, und zwar schon innerhalb des laufenden und des nächsten Jahres, Gas-Beleuchtung einzuführen. Es hat sich nun bei den hierüber gepflogenen Unterhandlungen als wünschenswerth herausgestellt, die Zahl der auf den Promenaden befindlichen Gaslaternen um 3 zu vermehren, und außer den in der Nähe des Bahnhofes bereits jetzt befindlichen Nachtlaternen für jetzt etwa 20 andere ebenfalls zu Nachtlaternen zu bestimmen. Während nun jene Vermehrung der Zahl der Laternen keine Kosten verursachen wird, da dagegen drei andere Laternen entbehrlich werden, so wird die Einrichtung jener Nachtlaternen nicht unerhebliche Mehrkosten veranlassen. Die Proposition geht dahin:

die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß zu s. g. Nachtlaternen 18 bis 20 Stück auf den Promenaden verwandt, und die dafür angeforderte Mehrvergütung von 27 ₰ für das Stück aus der Stadtcasse gezahlt werde.

Der Referent, Herr F ü d e l, empfahl auch diesen Antrag zur Annahme, weil die Einrichtung von Nachtlaternen auf den Promenaden äußerstwünschenswerth, und der geforderte Preis in der Billigkeit begründet sei, indem nach der von ihm aufgestellten Rechnung eine Nachtlaterne, welche 3582 Stunden brenne, bei Zugrundelegung des Preises von 4 ₰ pro Stunde, eigentlich $47\frac{3}{4}$ ₰ kosten würde, die Gasgesellschaft aber nur 35 ₰ beanspruche.

Auch gegen diese Rechnungsweise erhob Herr R e u t e r, insbesondere unter Bezugnahme auf den letzten Absatz des §. 13 des Contracts, Ausstellungen. Herr R e u t e r erwähnte ferner, daß eine Herabsetzung des bisherigen Gaspreises, schon wegen der Ermäßigung der Frachten auf den Eisenbahnen, nahe bevorstehend sei, und daß die Einführung der Gasbeleuchtung auf den Promenaden sehr wohl zur Anlegung größerer Röhren benutzt werden könne, vermittelt welcher allein man im Stande sei, den für die ferner gelegenen Stadttheile erforderlichen Druck hervorzubringen; alles Gründe, welche eine sorgfältigere Prüfung der Vorlagen erheischten, als dies im Plenum möglich sei.

Ebenfalls Herr A r o n h e i m erklärte den im §. 13 Absatz 2 des Contracts ausgeworfenen Vierpfennigpreis für die vorliegenden Fälle wegen des letzten Absatzes dieses Paragraphen für unanwendbar und stellte den Antrag:

zur Begutachtung der beiden Propositionen eine besondere Commission zu ernennen, zu welcher die Statuten- und die Finanz-Commission je drei Mitglieder zu deputiren habe, und in welche Herr R e u t e r als 7. stimmführendes Mitglied aufzunehmen sei.

Herr R e u t e r erklärte sich mit diesem Antrage einverstanden, und die Versammlung genehmigte denselben.

Derselben Commission wurde zugleich ein Vorschlag des Herrn F l a g g e, nach welchem auch außerhalb der Promenaden in der Umgebung der großen Fabriken, bis zu welchen bereits Röhrenstränge gelegt worden, Gaslaternen aufgestellt werden sollen, zur Begutachtung übergeben, und auf den Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters C a s p a r i möglichste Beschleunigung ihrer Arbeiten empfohlen.

Der Herr Vorsitzende verlas sodann
 V. ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 19. Mai d. J., in welchem be-
 antragt wird:

die Versammlung möge genehmigen, daß den Erben des seit dem 1. Fe-
 bruar d. J. mit einer jährlichen Pension von 360 fl in den Ruhestand
 versetzten und bereits am 16. Mai c. verstorbenen Cantors Lüddecke der
 Betrag der Pension noch für zwei Gnadenmonate gezahlt werde.

Nach kurzer Besprechung, an welcher die Herren Nieß, Oberbürgermeister
 Caspari und Graß Theil nahmen, wurde die Proposition von der Versammlung
 genehmigt.

VI. Nach einem fernern Schreiben des Stadtmagistrats vom 20. Mai d. J.
 liegt der nun endgiltig aufgestellte Plan zu einer allgemeinen städtischen Wasserleitung
 gegenwärtig dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung vor, und dadieser
 zweifellos erfolgen werde, so hält es der Stadtmagistrat für angemessen, daß sobald
 als möglich, insbesondere auch um die günstigen Eisenpreise zu benutzen, zur Aus-
 führung und namentlich zur Bestellung der Leitungsröhren geschritten werde. Die
 Versammlung habe nun auch bereits am 3. November 1859 ihre Zustimmung zu einer
 Anleihe von 139,000 fl auf den Credit der hiesigen Stadt ertheilt und die Finanz-
 Commission beauftragt, unter Zuziehung des Vorsitzenden des Stadtmagistrats die
 Bedingungen für den Abschluß der Anleihe vorzubereiten. Da indessen bei der Re-
 vision des Planes der frühere Kostenanschlag von 200,000 fl , theilweise in Folge
 einer Ausdehnung des Röhrennetzes, auf 210,000 fl erhöht sei, wovon die Stadt
 145,950 fl zu tragen haben würde, die Erfahrung auch gelehrt habe, daß die ver-
 anschlagten Kosten solcher Unternehmungen immer in etwas überschritten würden, so
 werde beantragt:

die Versammlung möge ihre Zustimmung dazu erklären, daß zu der Ein-
 richtung einer allgemeinen städtischen Wasserleitung auf den Credit der
 hiesigen Stadt-Casse 150,000 fl angeliehen werden.

Zugleich werden als dieser voraussichtlich zu pari auszugebenden Anleihe zum
 Grunde zu legende Bedingungen bezeichnet: daß dieselbe mit 4 Procent zu verzinsen,
 die Zinsen halbjährlich zu berichtigen und die jährliche Amortisation auf 1%, und
 zwar durch Ausloosung von Obligationen, festzusetzen, aber das Recht zur Amorti-
 sation eines größeren Betrages vorzubehalten sei, damit die Schuld schneller getilgt
 werden könne, wenn die Wasserleitung eine Rente gewähren würde.

Der Herr Vorsitzende, welcher diese Proposition durch Vorlesung bekannt
 gemacht hatte, empfahl dieselbe mit dem Bemerken zur Annahme, daß sie im We-
 sentlichen nur als eine Folge bereits früher gefaßter Beschlüsse zu betrachten sei.

Auf Herrn Häusler's Anfrage, welche Bestimmungen über die Vollziehung
 der Obligationen, über die Größe derselben, und ähnliche Detailfragen, getroffen
 seien, erwiderte Herr Oberbürgermeister Caspari, daß hierüber noch kein Beschluß
 gefaßt worden, weil man mit dem Herzoglichen Leihhause wegen Uebnahme der
 ganzen Summe unterhandle; daß indessen diese Fragen, als in den Bereich der Exe-
 cutive gehörig, wohl der Entscheidung des Stadtmagistrats zu überlassen seien.

Die Versammlung genehmigte sodann den im Magistratschreiben gestellten Antrag.

Auf die Bemerkung einiger der Herren Mitglieder, daß sie über den jetzt beab-
 sichtigten Plan der Wasserleitung nicht vollständig instruiert seien, erläuterte denselben

der Herr Vorsitzende, als Mitglied der betreffenden Commission, und Herr Oberbürgermeister Caspari erörterte, daß bestimmte Mittheilungen an die Versammlung früher nicht rathlich gewesen, da die Endentscheidung des Herzoglichen Staatsministerium noch fehle, daß aber dergleichen nach Eingang derselben sofort erfolgen würden.

Schließlich kam

VII. zur Berathung eine Proposition des Stadtmagistrats vom 13. Mai d. J., die städtischen Communalwege betreffend, über welche, bei Abwesenheit des Commissions-Referenten, Herr Oberbürgermeister Caspari die erforderlichen Mittheilungen machte.

Das Schreiben referirt, daß, nachdem der der städtischen Wegebaucasse zur Instandsetzung der Communalwege geleistete Vorschuß am Schlusse des vorigen Jahres bis auf die Summe von 561 fl 6 g abgetragen worden, es zwar möglich sein würde, vom nächsten Jahre ab die Beiträge der Feldmarks-Interessenten, welche sich im verflossenen Jahre auf 1692 fl belaufen, auf die Hälfte herabzusetzen, daß es jedoch wünschenswerth erscheine, noch einige andere Wege, und zwar namentlich:

- 1) den hinter dem Garten des Kreuzklosters durch nach der Goslar'schen Heerstraßeführenden Weg, und
 - 2) den Madamenweg, soweit er zwischen Gärten liege,
- für städtische Communalwege zu erklären und auf Kosten der städtischen Wegebaucasse in Stand zu setzen. Nach einer Darlegung der Gründe, weshalb die beabsichtigte Maßregel gerade bei diesen Wegen für besonders empfehlenswerth zu achten, wird die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung und zugleich beantragt, daß dieselbe die Statuten-Commission ermächtigen möge, über die Fassung des dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung einzusendenden Statuts sich mit dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats zu verständigen.

Wie der Herr Oberbürgermeister Caspari mittheilte, so hatte sich die Finanz-Commission mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt, jedoch den Wunsch hinzugefügt, daß die beabsichtigte Maßregel auch

- 3) auf den von der Hildesheimer-Straße zur Schäferbrücke führenden Weg ausgedehnt werde.

Nachdem die Herren Graß und Flagge sich für die Annahme der Proposition ausgesprochen hatten, erklärte Herr Duensiedt es für erforderlich, den Madamenweg nicht bloß soweit er zwischen Gärten liege, sondern ganz bis zur Willies'schen Fabrik zu chauffiren. Da dies jedoch auf Widerspruch stieß, so stellte Herr Duensiedt keinen bestimmten Antrag, und die Anträge des Stadtmagistrats wurden, mit der von der Commission proponirten Ausdehnung, bei der Abstimmung von der Versammlung genehmigt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 10. Juli 1862.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen, die Herren Bode, Degener, Fabricius, Häusler, Jüdel und Niemeyer.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protocolls der Sitzung vom 5. Juni d. J. richtete

1. zuvörderst Herr Cronheim einige Anfragen an die anwesenden Mitglieder des Stadtmagistrats, und zwar:

- 1) Ob das von Herzogl. Polizei-Direction kürzlich erlassene Verbot des Befahrens des umgepflasterten Plazes vor dem Landschaftlichen Hause mit Genehmigung des Stadtmagistrats erlassen sei?
- 2) Ob der Stadtmagistrat es nicht für angemessen erachten werde, bei Herzogl. Hoftheater-Intendantur anzufragen, wann man werde darauf rechnen können, daß die, keineswegs zur Verschönerung der Stadt dienenden Balkenstützen am alten Theater entfernt würden? und ob eventuell der Stadtmagistrat geneigt sei, selbstständig Schritte in dieser Beziehung zu thun?
- 3) Ob der Stadtmagistrat, im Hinblick auf die bei dem neulichen Feuer wieder gemachten Erfahrungen, nicht geneigt sei, bestimmte Vorschläge für eine, wenn auch kostspielige, Reorganisation des Feuerlöschwesens zu machen?

Herr Overbürgermeister Caspari antwortete hierauf sofort:

ad 1. Das betreffende Verbot sei mit Zustimmung des Stadtmagistrats erlassen, nachdem Herzogl. Bau-Direction die Ansicht ausgesprochen habe, daß die Pflasterung des Plazes für schweres Fuhrwerk nicht ausreiche.

ad 2. Das alte Theatergebäude sei von Herzogl. Hoftheater-Intendantur bereits an Herzogl. Landesregierung abgegeben, indessen noch nicht vollständig geräumt. Bis zu einer definitiven Beschlußfassung über die Zukunft des Gebäudes werde man auf Wegnahme der Stützen kaum bringen können.

ad 3. Nachdem die Versammlung in der Sitzung vom 8. Mai d. J. eine eigene Commission zur Untersuchung des Feuerlöschwesens der hiesigen Stadt eingesetzt habe, finde sich der Magistrat nicht veranlaßt, vor Eingang des Berichts dieser Commission besondere Vorschläge zu machen.

Hierzu bemerkte Herr Reuter als Mitglied der betreffenden Commission, daß der Bericht derselben nur in Folge einer dringenden Behinderung eines der Mitglieder bis jetzt verzögert worden sei.

Auf den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden bewilligte hierauf

II. die Versammlung den in einem Magistrats-Schreiben vom 17. Juni d. J. beantragten Zuschuß von 20 \mathfrak{R} zu den Kosten der Auswanderung eines frühern Sträflings nach Amerika, und erklärte sich

III. damit einverstanden, daß die dem wegen Kränklichkeit pensionirten Schullehrer Salgmann nach den gesetzlichen Vorschriften gebührende Pension auf jährlich 370 \mathfrak{R} festgesetzt und vom 1. Juli d. J. an auf die Schulcasse zur Zahlung angewiesen werde.

IV. Ein ferneres Schreiben des Stadtmagistrats vom 30. Juni d. J., über welches gleichfalls der Herr Vorsitzende berichtete, beantragt die Zustimmung der Versammlung zu dem Verkaufe des an die hiesige Armen-Verwaltung abgetretenen, am Bullenkampe vor dem Wendenthore in der sechsten Wanne sub N 3 belegenen, 1 Morgen großen Ackerstücks zu dem jetzt gebotenen Preise von 130 \mathfrak{R} , mit dem Bemerken, daß das Grundstück, welches bisher für 5 \mathfrak{R} jährlich verpachtet gewesen, von schlechter Beschaffenheit, daß für dasselbe in einem im Jahre 1847 stattgehabten öffentlichen Licitations-Termine nur 90 \mathfrak{R} geboten, und daß die Aufsicht über das Grundstück und seine gehörige Verpachtung mit unverhältnismäßigen Weitläufigkeiten verbunden sei.

Bei der Berathung bezeichneten die Herren Nieß und Bissebon den gebotenen Preis von 130 \mathfrak{R} als offenbar ungenügend und dem seit 1847 beträchtlich gestiegenen Werthe solcher Grundstücke nicht mehr entsprechend, und hielten es für angemessen, die Angelegenheit, welche obenein einen Aufschub sehr wohl zulasse, der Deputation der Wendenthors-Gemeinde zur Begutachtung mitzutheilen.

Da aber Herr Ramdohr aus eigener Anschauung versicherte, daß die Länderei am Bullenkampe außerordentlich schlecht, und der Morgen dort kaum 100 \mathfrak{R} werth sei, und Herr Oberbürgermeister Caspari darauf aufmerksam machte, daß der bisherige Pächter den frühern Pachtzins von 5 \mathfrak{R} nicht mehr zahlen wolle, und andere Pächter sich nicht gefunden hätten, so wurde die Proposition von der Versammlung genehmigt.

Der Herr Vorsitzende verlas hierauf ferner

V. ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 27. Juni d. J., die allgemeine städtische Wasserleitung betreffend. Dasselbe giebt eine Uebersicht über die in Bezug auf die projectirte Wasserleitung seit dem 3. Novbr. 1859 — an welchem Tage die Versammlung über den ursprünglichen Plan verathen hatte — stattgehabten Verhandlungen. Dieselben haben nun, nach Einholung verschiedener Gutachten, dahin geführt, daß durch Verständigung der von der Herzogl. Landes-Regierung eingesetzten Prüfungs-Commission einer- und des von der Stadt gewählten Technikers, Ingenieurs Claus, andererseits ein gemeinschaftlicher Plan festgestellt ist und sowohl die Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums als die Billigung des Stadt-

magistrats und der städtischen Commissionen erhalten hat. Die Grundzüge dieses Planes nun sind die folgenden:

1) Die Wasserkunst soll auf eine regelmäßige Hebung von $1\frac{1}{2}$ Cubikfuß preuß. pro Secunde, täglich 129,600 Cubikfuß eingerichtet werden, welches Quantum aber nach dem Bedürfnisse bis auf das Doppelte gesteigert werden kann.

2) Das Maschinenhaus wird auf der Wiesenfläche zwischen dem vormals Rönndorfschen Garten und Eisenbüttel, und zwar, falls Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction damit, sowie mit der Anlegung eines dorthin führenden Fahrweges sich einverstanden erklärt, unmittelbar hinter dem gedachten Garten, sonst an einer andern möglichst vortheilhaften Stelle erbauet.

3) Als Klärungsbassin wird, sofern Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction solches genehmigt, ein auf dem Bahnhofe befindliches Bassin benutzt, und daneben erforderlichenfalls noch ein Filter angelegt, eventuell werden die nöthigen Filter auf der Wiesenfläche südlich von hiesiger Stadt hergestellt.

4) Statt der früher intendirten Zwillingmaschine wird eine in allen Theilen doppelte Maschine benutzt.

5) Der Druckthurm wird aufgegeben, und statt desselben ein umbauetes Standrohr von genügender Höhe bei dem Maschinenhause vorgerichtet.

6) Die Disposition des Röhrennetzes bleibt im Allgemeinen die früher projectirte, jedoch werden die Röhren von 3" Durchmesser durch solche von 4" Weite ersetzt, und alle Straßen der Stadt mit Röhren vollständig belegt; auch wird darauf Bedacht genommen, daß die Nebenleitungen aus zwei Hauptleitungen gespeiset werden können.

7) Das Hochreservoir wird nicht auf dem Zuckerberge, sondern auf dem Giersberge vor dem Steinhore angelegt und nur als Reserve benutzt, während die Speisung der Röhren regelmäßig unmittelbar durch die Maschine erfolgt. Es soll auch nicht sofort, sondern erst später angelegt werden, um wegen der Nothwendigkeit und der erforderlichen Größe desselben bestimmte Erfahrungen sammeln zu können.

Hinsichtlich des von der Stadt behuf des dieselbe treffenden Kosten-Antheils aufzunehmenden Anlehens von 150,000 fl wird noch bemerkt, daß Herzogl. Staats-Ministerium die Genehmigung desselben bereits zugesichert hat, und daß, nachdem die Verhandlungen mit dem Herzogl. Leihhause gescheitert sind, weil die von diesem gestellten Bedingungen: Vorbehalt sechsmonatlicher Kündigung und Amortisation binnen 30 Jahren, nicht annehmbar erschienen, beabsichtigt wird, Au-porteur-Obligationen in dem betreffenden Betrage auszugeben, welche nach § . 106 der revidirten Städte-Ordnung von dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats unterschrieben und mit dem Stadtsiegel versehen, zu aller Sicherheit aber von dem Stadtrevisor contrasignirt, deren Zinscoupons dagegen auch abgestempelt, aber statt mit der Namensunterschrift mit einem das Facsimile der Unterschrift der beiden genannten Personen darstellenden Stempel unterdrückt werden sollen. Auch hat der Stadtmagistrat mit dem Gesuche der Genehmigung dieser Vorschläge bei Herzogl. Staatsministerium zugleich die Bitte verbunden, die Anlegung von Capitalien der Gemeinheiten, Kirchen und milden Stiftungen, sowie der Vormundschaften und Curatelen in diesem Anlehen zu gestatten. Das Schreiben schließt endlich mit folgender, die f. g. Piepenbrüderschaften betreffenden Bemerkung:

»Schließlich bemerken wir noch, daß mit den Interessenten der f. g. Piepenbrü-

berschaften, wegen ihrer Vereinigung mit der allgemeinen Wasserkunst, specielle Verhandlungen noch nicht stattgefunden haben, da vorher nothwendig die Bedingungen für die Abgabe des Wassers an Privatconsumenten, welche wir binnen Kurzem vorlegen zu können hoffen, feststehen müssen, weil sich sonst gar nicht beurtheilen läßt, ob den Piepenbrüderschaften angemessene Offerten gemacht werden können, daß aber nach unsrem Dafürhalten, wegen der noch nicht erfolgten Erledigung dieser Frage, die Einrichtung der allgemeinen Wasserleitung nicht aufzuhalten ist, weil dieselbe zu Stande kommen kann und muß, auch wenn eine Vereinigung mit den Piepenbrüdern überall nicht gelänge, obgleich solches aus mehrfachen Gründen im beiderseitigen Interesse sehr zu bedauern wäre.« —

Diesen letzten Punkt empfahl nach Eröffnung der Debatte Herr Aronheim zu ganz besonderer Berücksichtigung, und Herr Bautler bemerkte, daß dieser Gegenstand bei den vielfach concurrirenden Interessen mit großer Vorsicht behandelt zu werden verdiene.

Herr Oberbürgermeister Caspari erläuterte, daß jener Passus nur zu einstweiliger Aufklärung dienen solle, und daß für jetzt, wo an eine bestimmte Tarification der Abgabe des Wassers aus der Wasserleitung noch nicht gedacht werden könne, bestimmte Verhandlungen mit den Piepenbrüderschaften erfolglos sein würden, hob aber nochmals hervor, daß die Einrichtung der Wasserleitung als ganz unabhängig von dem Beitritte jener Verbrüderungen betrachtet werden müsse, und diese sehr wohl neben jener fortbestehen bleiben könnten.

Ferner brachte Herr Reuter zur Sprache, wie zweckmäßig es sein würde, wenn man mit der Ausführung der Wasserleitung zugleich die Einrichtung öffentlicher Badeanstalten, namentlich für Frauen, verbinden könnte, und empfahl diese Angelegenheit, welche sich als ganz lucrativ herausstellen werde, von städtischer Seite in die Hand zu nehmen. Bei der Besprechung hierüber, an welcher noch die Herren Aronheim, Bautler und der Herr Vorsitzende sich theilnahmen, stellte Herr Helfft den Antrag, sogleich zu diesem Zwecke eine Commission zu ernennen, zog denselben aber zurück, als ihm erwidert wurde, daß man die Sache vorerst der Privat-Industrie füglich überlassen könne, und daß jetzt, vor Ausführung der Wasserleitung, gemachte Commissions-Vorschläge sich nach Herstellung derselben leicht als unzuweckmäßig herausstellen möchten.

Da im Uebrigen die in dem Magistratschreiben vorgeschlagene Ausführung der zu creirenden Anleihe Billigung fand, und Gegenanträge nicht gestellt wurden, so ging die Versammlung zu dem folgenden Gegenstande der Tagesordnung über, und trug

VI. der Herr Vorsitzende mit Bezugnahme auf den Beschluß in der vorigen Sitzung, durch welchen die Ausdehnung der Qualität von Communalwegen auf drei fernere Wege festgestellt worden war, vor, daß man bei den Verhandlungen über die Fassung des danach nothwendig gewordenen neuen Statutes es für zweckmäßig erkannt habe, durch die Erlassung eines allgemein gefaßten Statutes dem Uebelstande auszuweichen, daß bei der Creirung neuer oder Verlängerung älterer Communalwege bisher jedesmal ein besonderes Statut erforderlich gewesen.

Der Wortlaut des hiernach vorgeschlagenen und von der Statuten-Commission beschworordneten Statutes ist:

S t a t u t

**die Erweiterung des Statuts vom 20. November 1851 über die
Herstellung und Erhaltung der vor den Thoren und innerhalb
der Feldmarken der Stadt Braunschweig belegenen Wege
betreffend.**

Da bei fortschreitender Entwicklung des Verkehrs nächst den in dem Statute vom 20. November 1851 aufgeführten städtischen Communalwegen und dem nachträglich durch das Statut vom 26. April 1860 in die Zahl derselben aufgenommenen, hinter dem Bahnhofs durch auf den Eisenbüttel'schen Weg führenden Wege noch andere städtische Wege im öffentlichen Interesse als städtische Communalwege zu behandeln sind, so wird zur Ergänzung des Statuts vom 20. November 1851 Folgendes bestimmt:

Als städtische Communalwege sind nach den Bestimmungen des Statuts vom 20. November 1851 alle diejenigen innerhalb der städtischen Feldmarken belegenen Wege in Stand zu setzen und zu unterhalten, denen die Eigenschaft eines Communalweges durch übereinstimmenden Beschluß des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten-Versammlung beigelegt wird.

Ein solcher Beschluß soll durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt gemacht und in ein bei dem Stadtmagistrate zu führendes Verzeichniß der Communalwege eingetragen werden.

Das vorstehende Statut wird«¹ r.

Die Versammlung genehmigte diese Proposition ohne Debatte.

VII. Nach einem fernern Schreiben des Stadtmagistrats vom 21. Juni d. J. haben die bei ihrer Mutter erzogenen Herdegenschen Kinder, deren Eltern im November v. J. quoad thorum et mensam auf 3 Jahre geschieden worden, von der Armen-Anstalt unterstützt werden müssen, weil der Vater, Arbeitsmann August Herdeggen die Erfüllung seiner Alimentationspflicht verweigert.

Das Schreiben erklärt es nun, theils um dadurch der Commüne eine Last abzunehmen, zu deren Tragung sie zunächst nicht verpflichtet sei, theils aber auch, um den p. Herdeggen und ähnliche Individuen in ihrer Keintenz nicht zu bestärken, für angemessen, denselben im Wege des Processus zur Alimentation seiner Kinder anzuhalten, entwickelt die rechtlichen Grundsätze, welche der Klage zum Grunde zu legen, und nach denen die Armen-Anstalt zur Klageanstellung legitimirt sei, und giebt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß gegen den p. Herdeggen eine Klage auf Erstattung der seinen Kindern verabreichten Alimente erhoben werde.

Der Herr Vorsitzende, welcher über diese Proposition Bericht erstattete, erklärte sich gegen dieselbe, weil hier ein dauernder Zustand, die Alimentationsbedürftigkeit der Kinder, vorliege, der die Armen-Anstalt, welche nur bereits gegebene Alimente von dem principaliter verpflichteten Vater einklagen könne, nöthigen werde, alle Augenblick Klagen anzustellen. Uebrigens gebe es einen andern Ausweg, indem der Magistrat, welcher ebensowenig wie die Armen-Anstalt als ein zulässiger Vertreter der Kinder gegen ihren Vater angesehen werden könne, nur dafür Sorge zu tragen habe, daß für die Kinder ein Curator behuf selbstständiger Verfolgung der Rechte derselben

bestellt werde, und stelle er den Antrag, in diesem Sinne auf die Proposition zu antworten.

Die Herren Aronheim und Kellner traten dieser Auffassung bei, und Herr Oberbürgermeister Caspari erklärte, daß auch ihm dieser Weg der richtigste und billigste zu sein scheine.

Die Versammlung beschloß daher:

unter Verwerfung der in dem Schreiben vorgeschlagenen Maßregel dem Stadtmagistrate anheimzugeben, dafür Sorge tragen zu wollen, daß für die Herdegen'schen Kinder behuf Geltendmachung ihrer Alimentations-Ansprüche gegen ihren Vater ein Curator bestellt werde.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildeten Wohnorts-Angelegenheiten welche in vertraulicher Sitzung berathen wurden.

Nr. 7.

Sitzung am 4. September 1862.

1862.

Abswesend waren und werden als entschuldigt angenommen die Herren Bartels, Fabricius und Kellner.

Nachdem das Protocoll der Sitzung vom 10. Juli d. J. verlesen und genehmigt war, wurde

I. in vertraulicher Sitzung eine Anzahl Gesuche um Ertheilung des Wohnortszrechts erledigt.

In öffentlicher Sitzung erbat sich sodann

II. zunächst Herr Obergürgermeister Caspary das Wort, um die Mittheilung zu machen, daß, nachdem die Versammlung während der letzten Messe ihre Zustimmung zur Verleihung des Ehrenbürger-Rechts an den Lederfabrikanten Bernhard Heyn aus Quakenbrück, welcher seit 50 Jahren ununterbrochen die hiesige Messe bezogen habe, ertheilt gehabt, zur Kunde des Stadtmagistrats gelangt sei, daß auch der Lederfabrikant G. F. Seiffarth, aus Naumburg, sich ganz in derselben Lage befinde. Da es sich von selbst verstanden, daß auch diesem dieselbe Ehrenbezeugung zu erweisen, die Einholung des Consenses der Stadtverordneten aber wegen Mangels an Zeit unmöglich gewesen, so habe der Stadtmagistrat im Vertrauen auf die Zustimmung der Stadtverordneten auch dem Lederfabrikanten Seiffarth das Ehrenbürger-Recht der Stadt ertheilt und das betreffende Diplom zustellen lassen, und erwarte nunmehr die Genehmigung dieses Verfahrens seitens der Versammlung.

Die Versammlung ertheilte dieselbe hierauf auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden einstimmig und unter Erhebung von ihren Sitzen.

Auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden bewilligte dieselbe ferner

III. den vom Magistrate beantragten Zuschuß von je 25 fl zu den Kosten der Auswanderung zweier Corrigenden nach America.

Sodann kam

IV. der schriftlich abgefaßte Bericht der in der Sitzung vom 5. Juni d. J. zur Prüfung der Propositionen über die Beleuchtung des das neue Theater umgebenden Platzes und der Wallpromenaden niedergesetzten Commission zur Verlesung und wurde von dem Referenten, Herrn Häusler, mit einigen Bemerkungen begleitet.

Inhalts dieses Berichts hat die Commission über die betreffenden Fragen mit einer Deputation des Stadtmagistrats und mit der Direction der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft verhandelt und sich mit derselben über einen dem Berichte angeschlossenen Nachtrag zu dem Vertrage mit dieser Gesellschaft vom 15. Juni 1860 geeinigt, dessen wesentliche Punkte folgende sind:

1. Die Entschädigung für die Beleuchtung der Umgebungen des neuen Theaters wird auf 150 fl jährlich ermäßigt, und nur, wenn das Theater mehr als 210 Mal jährlich

benutzt wird, noch eine Vergütung von 1 ₰ mehr für jeden Abend vorbehalten (§ 1 bis 3 des Vertrages);

2. Die Entschädigung für die Einrichtung einzelner neuer Laternen wird zukünftig für jede neue Abendlaterne auf 7 ₰ , für eine Nachlaterne auf 34 ₰ , und bei Veränderung einer Abendlaterne in eine Nachlaterne auf ein Mehr von 27 ₰ jährlich fixirt — Preise, welche der jetzt gezahlten Aversional-Summe von jährlich 9000 ₰ entsprechen. (§ 6 des Vertrages).

3. Da nach dem Inhalte des §. 5. des Vertrages vom 15. Juni 1860 darüber Zweifel entstehen könnten, welche Anzahl von Nachlaternen die Gesellschaft für die Aversional-Summe von 9000 ₰ zu unterhalten verpflichtet ist, so wird diese Anzahl auf den jetzigen Bestand von 201 Stück festgesetzt (ebendasselbst).

4. Die Stadt übernimmt die Kosten der Vorrichtung der vier einarmigen Candelaber mit Laternen auf dem Platze vor dem Theater und an der Ecke des Steinweges, die übrigen Kosten, namentlich auch die der Röhrenleitungen trägt die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft (§. 4 des Vertrages).

5. Dem Stadtmagistrate wird das Recht vorbehalten, die am Hagenmarke nach Verlegung des Theaters entbehrlich werdenden Laternen an anderen, der Beleuchtung noch bedürftigen, Plätzen der Stadt zu verwenden (§. 5).

6. Beim Eintritt einer Ermäßigung der von der Stadt jährlich zu zahlenden Aversionalsumme von 9000 ₰ bleibt auch wegen der vorerwähnten Entschädigungsgelder eine anderweite Vereinbarung vorbehalten (§. 7 des Vertrages).

7. Auf den Wallpromenaden sollen 18 bis 20 Nachlaternen neu eingerichtet, und die dadurch entstehenden Mehrkosten auf die Stadtcasse übernommen werden.

8. Der Vorschrift des §. 8 des Vertrages vom 15. Juni 1860 zuwider ist der Plan für die Röhrenlegung auf dem Walle dem Stadtmagistrate nicht zur Genehmigung vorgelegt worden. Obgleich die von der Gasdirection zur Erläuterung dieses Verfahrens angeführten Gründe nicht für zutreffend zu halten, so beantragt die Commission doch, nachdem die Röhren einmal gelegt sein, über die Nichtbefolgung jener Bestimmung hinwegzugehen, den Stadtmagistrat jedoch zu ersuchen, auf die Beobachtung jener Vorschrift in Zukunft streng zu halten.

9. Die Commission beantragt schließlich in Beziehung auf den in der Sitzung vom 5. Juni d. J. gestellten Antrag des Herrn Flagge, zu genehmigen, daß für jetzt vor dem Hohen- und Wendenthore aus Kosten der Stadtcasse in einer vom Stadtmagistrate und der Herzoglichen Polizei-Direction zu bestimmenden Zahl Abendlaternen unterhalten werden, wenn die Anlieger sich dazu verstehen, zu den Kosten der Herstellung der nöthigen Candelaber und Laternen ein vom Stadtmagistrat festzusetzendes Aversum zu übernehmen.

Nach Eröffnung der Verhandlung über diese Propositionen machte Herr Reuter die Mittheilung, daß der Privatconsum des Gases die Höhe von 10 Millionen Cubikfuß in nächster Zeit erreichen werde, mithin die Herabsetzung des Gaspreises nahe bevorstehe.

Hierauf wurden die Anträge der Commission einzeln zur Berathung gestellt und von der Versammlung die Propositionen 1, bis incl. 8, ohne Debatte genehmigt. Bei dem letzten Punkte, die Gasbeleuchtung vor den Thoren betreffend, jedoch erklärte Herr Födel es für ungerecht, die beabsichtigte Maßregel auf das Hohe- und Wendenthor zu beschränken, da dieselben Gründe, welche hier die Gasbeleuchtung

münchenswerth machten, auch bei anderen Thorgegenden der Stadt obwalteten. Ehe man daher bei einzelnen Thoren damit vorschreite, halte er es für erforderlich, eine Uebersicht der Kosten, welche die beabsichtigte Maßregel bei den verschiedenen Thoren verursachen werde, aufzustellen, damit man die der Stadt voraussichtlich erwachsenden Kosten übersehen könne.

Indessen machten Herr Kronheim, der Herr Vorsitzende, Herr Overbürgermeister Caspari und Herr Flaggé darauf aufmerksam, daß der Grund weshalb die fragliche Beschränkung beabsichtigt werde, nur der sei, daß vor dem Hohen- und Wendenthore auf Kosten der Anlieger ihrer Privatconsumtion wegen bereits die großen Leitungsröhren gelegt, daß mithin die der Stadt aus der Einrichtung der Gasbeleuchtung erwachsenden Kosten hier verhältnißmäßig gering seien.

Herr Födel, stellte hierauf den bestimmten Antrag:

das Princip aufzustellen, daß vor allen Thoren, wo die Anlieger die Leitungsröhren auf ihre Kosten zu legen bereit sein, die Stadt Gasbeleuchtung auf ihre Kosten einzurichten habe.

Nachdem jedoch noch Herr Häusler hierauf erwiedert hatte, daß die Commission zwar bei ihrem Antrage gerade dieses Princip angewandt habe, daß aber eine allgemeine Ausdehnung desselben, wie sie Herr Födel beantrage, doch gefährlich erscheinen müsse, weil sie leicht zu unnöthigen Beleuchtungs-Einrichtungen an Straßen, wo der Verkehr solche nicht erfordere, führen könnte, nahm die Versammlung, unter Ablehnung des Födel'schen Antrages, auch die Proposition 9 und damit sämtliche Bestimmungen des Nachtrages zum Vertrage vom 15. Juni 1860 an.

Ferner berichtete

V. Herr Födel namens der Finanz-Commission über eine in einem Schreiben vom 5. August d. J. enthaltene fernerweite Proposition des Stadtmagistrats, die Einrichtung einer allgemeinen Wasserleitung betreffend. Das Schreiben theilt mit, daß zufolge Rescripts vom 16. Juni d. J. das Herzogliche Staatsministerium die nach dem Beschlusse der Versammlung vom 10. ejusd. gefaßten Beschlüsse sämtlich genehmigt, aber in Beziehung auf die Erhebung und Verwendung eines Drittels der Service-Abgabe zur Bestreitung der Kosten der Wasserleitung die nach §. 157 der revidirten Städte-Ordnung erforderliche Erlassung eines Statuts verlangt habe, und legt eine, nun nicht bloß diesen Punkt, sondern sämtliche wichtigere Bestimmungen über die Aufbringung jener Kosten umfassende Statut zur Genehmigung vor, dessen Inhalt im Wesentlichen folgender ist:

Der §. 1. enthält die Bestimmung, daß die Kosten der ersten Einrichtung der Wasserleitung, soweit sie von der Stadt zu tragen seien, durch ein Anlehen von 150,000 M aufgebracht werden sollen, dessen nähere Bedingungen den früheren Beschlüssen gemäß aufgeführt werden.

Nach §. 2. soll über die Einnahme und die Betriebs- und Unterhaltungskosten der Wasserleitung bei der Stadtcasse eine besondere Rechnung geführt werden, auf Grund welcher nach Ablauf jeden Jahres, bis wohin die Stadtcasse die Ausgaben vorschussweise deckt, festgestellt wird, welche Summe die Staatscasse, und welche die Stadt zu übernehmen hat.

Der §. 3. setzt fest, daß zur Bestreitung des danach von der Stadt jährlich zu leistenden Zuschusses, sowie der Ausgaben an Zinsen und Amortisation für das Anlehen zunächst von den Hauseigenthümern innerhalb der eigentlichen Stadt ein Drit-

theil der auf den Häusern ruhenden Abgabe für Service und Proviantgeld erhoben und mit dem gewöhnlichen Service ausgeschrieben, die Eigenthümer der vor den Thoren und an den Promenaden gelegenen Häuser aber erst dann zu dieser Abgabe herangezogen werden sollen, wenn die Röhrenleitung sich bis zu ihnen hin erstrecken wird.

Der §. 4. lautet: »Sodann wird am Schlusse jeden Jahrs durch Beschluß des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten festgestellt, wie viel von den Ueberschüssen der Stadtcasse zu den Ausgaben für die Wasserleitung verwandt werden kann«; und §. 5. »Das nach Absatz des besonderen Beitrages der Hauseigenthümer und des Zuschusses aus der Stadtcasse noch Fehlende soll auf die sämmtlichen hiesigen Einwohner nach dem Fuße der Communalsteuer ausgeschrieben werden.«

Der §. 6 enthält die Bestimmung, daß sowohl die von den Hauseigenthümern nach §. 3 zu leistenden besonderen, als die nach §. 5 von sämmtlichen Einwohnern der Stadt zu zahlenden Beiträge den öffentlichen und Gemeinde-Abgaben gleichgesetzt werden sollen; und der nachträglich hinzugefügte §. 7 die Vorschrift, daß der besondere Beitrag der Hauseigenthümer nicht länger gezahlt werden soll, als bis dahin, daß die Einnahmen der Wasserleitung zur Deckung der Betriebs- und Unterhaltungskosten, sowie der Zinsen des Anlage-Capitals ausreichen, so daß die jährliche Amortisation entweder aus den Zuschüssen der Stadtcasse oder durch die nach dem Fuße der Communalsteuer auszuschreibenden Beiträge gedeckt werden soll.

Nach dem Berichte des Herrn Lüdel hat sich die Majorität der Commission mit sämmtlichen Bestimmungen dieses Statut-Entwurfs einverstanden erklärt und empfiehlt die Annahme desselben. Er für seine Person könne dieser Ansicht nicht beitreten, indem er der Meinung sei, daß der §. 4 desselben dem Wortlaute und Sinne des §. 146 der revidirten Städte-Ordnung widerstreite und daher ungesetzlich sei. Der §. 146 gestatte die Einführung von Communalsteuern ausdrücklich nur für den Fall, »wenn das Einkommen der Stadtcasse zu den ihr obliegenden Ausgaben nicht hinreiche«. Man könne daher unter keinen Umständen, wie der §. 4 des Entwurfs festsetze, dem Stadtmagistrate und den Stadtverordneten das Recht zugestehen, zu bestimmen, wie viel von den Ueberschüssen der Stadtcasse zu den Ausgaben für die Wasserleitung verwandt werden solle, weil zunächst sämmtliche Ueberschüsse für diese Ausgabe zu verwenden seien, und erst das dann noch Fehlende durch Steuern aufgebracht werden dürfe. Unmöglich könne er seine Zustimmung zu einem Verfahren geben, welches dahin führen könne, die Bürger ohne Noth zu besteuern, um Vermögen oder Reservefonds anzusammeln, weil es, abgesehen von der Ungesetlichkeit desselben, ebenso unrichtig sei, für die Zukunft durch Steuern Vermögen anzusammeln, als die Nachkommen ohne Noth durch Schuldenmachen zu belasten. Er schlage aus diesen Gründen etwa folgende Fassung des §. 4 vor:

»Die etwaigen Ueberschüsse, welche dadurch entstehen, daß die ausgeschriebene Communalsteuer und Armensteuer nicht absorbiert wird, werden zu den Ausgaben für die Wasserleitung verwandt«.

Indessen fand diese Anschauung auf allen Seiten Widerspruch. Herr Oberbürgermeister Caspari zunächst erinnerte daran, daß der Entwurf lediglich eine Zusammenstellung früherer Beschlüsse, namentlich vom Jahre 1859, enthalte, deren statistische Feststellung, abgesehen vom §. 3, nicht nothwendig sei, und nur der Uebersichtlichkeit wegen hinzugefügt werden solle; daß der Stadtmagistrat daher, wenn die

Ansicht des Herrn Födel durchdringen sollte, den ganzen Entwurf bis auf jenen §. zurückziehen werde; und in der Sache selbst hoben sowohl Herr Oberbürgermeister Caspari, als die Herren Kronheim und Häusler hervor, daß die Bestimmung des §. 146, wenn sie nicht jede Regelmäßigkeit des städtischen Haushalts ausschließen solle, unzweifelhaft so zu verstehen sei, daß die Herstellung eines angemessenen Betriebsfonds, ja selbst die Ansammlung eines Reservefonds für unvorhergesehene Ausgaben zugelassen werde, wogegen die consequente Verfolgung des von Herrn Födel vorgezeichneten Weges dahin führen müßte, daß, wenn Ueberschüsse vorhanden, der entsprechende Theil der bereits erhobenen Communalsteuern an die einzelnen Steuerzahler zurück zu zahlen sein würde, was natürlich unausführbar sei.

Herr Födel erwiderte hierauf, er verlange durchaus nicht die Schmälerung des Betriebsfonds, aber die nothwendige Folge des im §. 146 aufgestellten Satzes sei die, daß so lange und so weit Ueberschüsse aus dem laufenden Jahre vorhanden seien, keine Steuern ausgeschrieben werden dürften, und dieser Folgerung widerstreite die Bestimmung im §. 4.

Der Herr Vorsitzende erkannte die Richtigkeit der Deduction des Herrn Födel im Wesentlichen an, hielt aber ihre Anwendung auf den vorliegenden Fall um deswillen für unangebracht, weil der §. 4 des Entwurfs, wenn er sage: »es solle festgestellt werden, wie viel von den Ueberschüssen der Stadtcasse zu den Ausgaben für die Wasserleitung verwandt werden könne«, offenbar nur die Entscheidung über die Höhe des zu belassenden Betriebsfonds dem Erlassen der beiden städtischen Factoren freigebe, einer solchen Bestimmung aber der §. 146 der Städte-Ordnung entgegenstehe. Nicht allein hätten aber hiernach die Stadtverordneten das Recht, dem §. 4 ihre Zustimmung zu ertheilen, sondern derselbe sei auch außerdem höchst zweckmäßig, weil nach ihm der Versammlung jedes Jahr Gelegenheit gegeben werde, eine Prüfung der Verhältnisse der Wasserleitung vorzunehmen.

Abgesehen von diesem Punkte richtete sich die Debatte noch nach einer anderen Seite hin. Herr Graß machte nämlich darauf aufmerksam, daß die Bestimmung des §. 3., welche die Erhebung von einem Drittel der »auf den Häusern ruhenden« Abgabe für Service und Proviantgeld festsetze, ungenau sei, indem die der Regierung an Service u. zu zahlende Summe nur etwas über 7000 fl betrage, in der That aber unter diesem Titel nahe an 9000 fl von den Hauseigenthümern erhoben würden, es mithin zweifelhaft bleibe, welche dieser beiden Summen bei der Berechnung des Drittel-Zuschlags zum Grunde gelegt werden solle. Herr Graß erklärte sich zugleich mißbilligend über jene Ueberschreitung zum Nachtheile der Hauseigenthümer und Herr Lissbon sprach sich überhaupt gegen die beabsichtigte besondere Besteuerung derselben aus, welche ihm ungerecht dünke. Wenn gleich dieser letztere Punkt unter Hervorhebung der Vortheile, welche die Wasserleitung gerade den Hauseigenthümern gewähren werde, zurückgewiesen, und hinsichtlich der Zuvielerhebung an Service bemerkt wurde, daß diese Frage bei der jetzigen Berathung nicht zur Erledigung kommen könne, so wurde doch die hervorgehobene Ungenauigkeit des Ausdrucks im §. 3. allseits anerkannt, und da man sich dahin erklärte, daß die Erhebung des betreffenden Drittels von der an die Staatscasse abzuliefernden geringeren Summe zu weitläufigen Ermittlungen und Schwierigkeiten führen werde, so fand der Vorschlag des Herrn Häusler, an Stelle der betreffenden Worte im §. 3 zu setzen:

der jedesmal zu erhebenden Abgaben allgemeinen Beifall.

Diese Aenderung wurde daher auch bei der Abstimmung, durch welche der Födel'sche Gegenantrag abgelehnt wurde, beliebt, und in dieser Fassung das ganze Statut angenommen.

Schließlich genehmigte noch

VI. die Versammlung auf den für die Baudeputation von Herrn Graß abge-
statteten Bericht die in einem Magistratschreiben vom 10. August d. J. beantragte
Verwilligung einer Entschädigung von 50 fl an den Schuhmachermeister Winterberg
hieselbst, wegen Wegnahme eines über 3 Fuß in die Straße hineinragenden Vor-
hauses an dem auf der Fallersleberstraße sub N 28 belegenen Hause desselben;

und mußten die noch auf der Tagesordnung befindlichen Gegenstände wegen
Vorgerrücktheit der Zeit auf die nächste Sitzung, welche der Herr Vorsitzende auf über
acht Tage bestimmte, vertagt werden.

N^o 8.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 233 de 1862 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1862.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 11. September 1862.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bartels, Grass, Fabricius und Kellner, abwesend ohne Entschuldigung war Herr Kahler.

Nachdem das Protokoll der Sitzung vom 4. September d. J. verlesen und genehmigt war, und die Versammlung ihre Zustimmung zu der Verwilligung eines Zuschusses von 25 \mathfrak{R} zu den Kosten der Auswanderung eines Corrigenden nach Amerika ertheilt hatte, berichtete

I. der Herr Vorsitzende über ein Magistrats-Schreiben vom 9. d. Mts., in welchem mit der Mittheilung, daß von der Mitte September bis Mitte October d. J. der Director der Königlichen Turnlehrer-Bildungs-Anstalt zu Dresden, Dr. Kloss, unentgeltlich einen Lehrkursus über die Spieß'sche Turnmethode für solche Lehrer, welche sich zu Turnlehrern an öffentlichen Schulen ausbilden wollen, halten werde, der Antrag verbunden wird, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem hiesigen Lehrer Hermann die zu einer Reise nach Dresden und zu einem vierwöchentlichen Aufenthalte daselbst erforderlichen Geldmittel behuf seiner Theilnahme an diesem Unterrichte verwilligt würden.

Der Herr Vorsitzende entwickelte die Motive dieses Antrages, nach welchen die bisherige Instruction der Lehrer, welche sich nach dem Vogel'schen Leitfaden richten, eine mangelhafte ist, und beabsichtigt wird, daß der, hierzu sehr geeignete Lehrer Hermann nach seiner Rückkehr die Lehrer an den hiesigen Gemeindeschulen, insbesondere aber die Präparanden und Seminaristen unterrichten solle; und die Versammlung genehmigte denselben ohne Debatte.

II. In einem fernern Magistrats-Schreiben vom 30. August d. J. wird mit Bezugnahme auf die Verhandlung und den Beschluß der Versammlung vom 20. Februar d. J. der Antrag gestellt, den Schenkwrithen Holst und Meyer, welche bei dem

während des vorjährigen Jubelfestes in der Egidienkirche ausgerichteten Diner einen Schaden von 479 R 4 g 3 A gehabt zu haben behaupten, nunmehr, da die für das Fest verwilligte Summe nicht völlig absorbit, und sonstige Reclamanten nicht aufgetreten seien, im Wege der Güte eine Entschädigung von 200 R aus der Stadt-Casse zu bewilligen.

Der Referent, Herr Häusler, befürwortete diese Verwilligung als eine unter den obwaltenden Umständen billige, da die Supplicanten bei der von ihnen beim Contracts-Abschlusse aufgestellten Berechnung theilweise auf Veranlassung des Comités von Voraussetzungen ausgegangen seien, welche sich nachher als irrig herausgestellt hätten, und keine dringende Besorgniß vorliege, daß noch andere Reclamationen erfolgen würden.

Herr Reuter empfahl, bei Bewilligung dieser größeren Summe auch die geringfügigen Entschädigungs-Ansprüche zu berücksichtigen, wegen derer zwischen den Wirthen, welche zur Zeit des Jubiläums auf dem Exercierplatze Buden errichtet gehabt, und dem Zimmermeister Meyer Differenzen obschwebten.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärte sich dahin, daß der Stadtmagistrat nicht abgeneigt sein werde, auch diese Sache in Güte abzumachen, sobald geeignete Anträge gestellt werden würden, und erwiderte, als Herr Födel solche Nachverwilligungen als bedenklich bezeichnete, weil Mancher in Hinblick auf sie zum Abschluß leichtsinniger Contracte mit der Stadt veranlaßt werden könnte, daß erstens der mit den Schenkwirthen Hofst und Meyer abgeschlossene Vertrag gar nicht vom Stadtmagistrate selbst abgeschlossen sei, und zweitens, daß es nicht Sache des Stadtmagistrats sein könne, etwaige Contrahenten darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Bedingungen für sie zu ungünstig seien.

Auch Herr Kronheim erklärte das Bedenken des Herrn Födel im vorliegenden Falle für unangebracht, weil hier die betreffenden Contrahenten von allerdings irrigen, aber an sich wahrscheinlichen Voraussetzungen ausgegangen seien, und das Comité selbst eine stärkere Betheiligung an dem von ihnen ausgerichteten Diner angenommen habe.

Die Versammlung genehmigte hierauf die beantragte Verwilligung.

Hierauf referirte

III. Herr Födel, für die Finanz-Commission über ein Magistrats-Schreiben vom 7. September d. J., den Verkauf der städtischen Fischhälter betreffend. Das Schreiben erwähnt die früher hierüber gepflogenen Verhandlungen und erklärt es im Interesse der Stadt, die Fischhälter dann zu verkaufen, wenn sie aus den Zinsen der Kaufgelder wenigstens die jetzige Einnahme von denselben ersetzt erhalte, und das Fortbestehen der Fischhälter, so weit dies wünschenswerth sei, gesichert werde. Es sei nämlich sehr zu fürchten, daß beim Mangel der Concurrenz und bei dem ungewissen Stande des Wassers in der Dfer, welcher den Pächter mit Verlusten bedrohe und sehr wesentliche und kostspielige Anlagen über kurz oder lang verursachen werde, das Pachtgeld in der Zukunft sich immer mehr vermindere. Da nun jetzt angemessene Anerbietungen erfolgt seien, so habe der Magistrat durch einen, dem Schreiben beigefügten, vorläufigen Kaufcontract den ersten, östlichen, Fischhälter für 1000 R an den Hofmaurermeister Götter, die drei folgenden und einen Theil des fünften für 2500 R an den bisherigen Pächter, Fischmeister Haase, und den letzten Theil für 1500 R an den Tabacksfabrikanten Blume, unter solidarischer Haftung der Käufer

wegen des Kaufgeldes, verkauft und dem Fischmeister Haase die der Stadt rückfichtlich der Benutzung des Okerflusses und wegen des Zu- und Abflusses der Stadt zustehenden Rechte abgetreten. Dieser Vertrag entspreche dem Interesse der Stadt hinreichend, da einerseits der Fischmeister Haase das, seiner Lage nach kaum anders zu verwendende Hauptgrundstück zur Fortbetreibung seines Gewerbes fernerweit benützen werde, und andererseits die Stadt statt der unsicheren Pacht, welche zuletzt nur 180 fl betragen, eine sichere Rente von 200 fl erlange, übrigens auch noch das Pachtgeld für die wilde Fischerei in der Oker, welches zwischen 30 fl und 40 fl betrage, sich vorbehalten habe und vor jeder Ausgabe geschützt sei.

Der Herr Referent empfahl namens der Commission den gestellten Antrag:

»die Versammlung wolle den definitiven Abschluß des Kaufcontractes genehmigen.«

im Wesentlichen aus den in dem Schreiben bezeichneten Gründen.

Herr Grund bemerkte, daß er in dem Contracte die Bestimmung vermiße, daß dem Fischmeister Haase die Erhaltung der Fischhälter zur Bedingung gemacht werde, und bezeichnete deren Beibehaltung als eine Nothwendigkeit für die größeren Haushaltungen, insbesondere die Gasthäuser.

Indessen erklärten sich die Herren Oberbürgermeister Caspari und Uhde gegen die Auserlegung einer solchen Bedingung, theils weil sie den Abschluß des im Uebrigen günstigen Contractes voraussichtlich verhindern werde, theils weil die Fischhälter würden im Stande erhalten werden, so lange sie dem Besitzer rentirten, und im entgegen gesetzten Falle auch eine contractlich auferlegte Bedingung nicht helfen möchte; worauf die Versammlung die Proposition ohne Aenderung annahm.

IV. Nach einem Magistrats-Schreiben vom 22. April d. J. hat das Herzogl. Staatsministerium in Veranlassung eines von der Landes-Versammlung bei der Landes-Regierung gestellten bezüglichen Antrages auch dem Stadt-Magistrate aufgegeben, über die Frage:

ob nicht die bestehende Gewerbe-Gesetzgebung vom Grundsatz der Gewerbefreiheit aus umzugestalten sei, und über die bei einer solchen Umgestaltung zu befolgenden wesentlichsten Grundsätze,

sich gutachtlich zu äußern, und da dem Stadtmagistrate bei der Wichtigkeit dieser Angelegenheit daran gelegen ist, vor Erstattung des Berichts auch die Ansicht der Stadtverordneten-Versammlung kennen zu lernen, so ersucht derselbe die Letztere, sich über die Frage äußern zu wollen.

Dies Schreiben ist sodann von dem Herrn Vorsitzenden den Vorstehern der einzelnen Schätzungs-Deputationen mit dem Ersuchen mitgetheilt, gemeinschaftliche Sitzungen von je zwei derselben zu veranstalten, in welcher die Frage vorberathen, und womöglich eine Einigung der verschiedenen Ansichten erzielt werden möge.

Solche Berathungen haben denn nun auch, wie der Herr Vorsitzende mittheilte, bei den verschiedenen Deputationen in größerer oder geringerer Ausdehnung stattgefunden, und von Seiten der vereinigten Deputationen des Hohen- und Petrihofs-Bezirks ist ein Antrag eingegangen, welchen der Herr Vorsitzende, beim Mangel sonstiger Anträge, der heutigen Berathung zum Grunde legen zu wollen erklärte.

Dieser Antrag lautet:

»Indem die Versammlung der Stadtverordneten zu Braunschweig die vorgelegte Frage:

ob die Gewerbegesetzgebung vom Standpunkte der Gewerbefreiheit aus umzugestalten sei?

entschieden mit »Ja« beantwortet, bezeichnet sie zugleich folgende Punkte als notwendige Momente einer neuen Gesetzgebung, wenn sie jener Aufgabe entsprechen soll:

1) Die Befugniß zum Betriebe der Gewerbe, (einschließlich des Handels mit eigenen oder fremden Erzeugnissen des betreffenden Gewerbes) ist ohne Unterschied des Geschlechts und der Niederlassung in Stadt- oder Landgemeinden jedem dispositionsfähigen Staatsangehörigen gestattet. Angehörige anderer deutscher Staaten sind jedoch, Reciprocität vorausgesetzt, den Staatsangehörigen gleichgestellt und jedenfalls mit Genehmigung der Gemeindebehörden zuzulassen.

Eine Herabsetzung der Gränze des majorennen Alters ist dringend wünschenswerth.

2) Die Befugniß zum Gewerbebetrieb wird ohne Zwang zur Angehörigkeit einer Gewerbsgenossenschaft, und ohne Controlle der vorhergegangenen Ausbildung und Befähigung oder des Besizes des erforderlichen Vermögens lediglich durch die Anmeldung behuf Lösung eines Gewerbescheins erlangt, welcher von der betreffenden Behörde nicht verweigert werden kann.

3) Nur bei einzelnen geschlechtl. zu bestimmenden Gewerben ist, wo die Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit es mit Nothwendigkeit gebietet, eine Ausnahme zu machen, indem

a. zum Gewerbebetrieb eine Genehmigung der betreffenden Gemeinde- oder Staats-Behörde erfordert wird (Concession), oder

b. der Nachweis der Befähigung und sonstiger persönlicher Qualification verlangt wird.

4) Die Kunstverfassung ist aufzuheben, und an deren Stelle die auf dem freien Willen der Betheiligten beruhende Befugniß zur Bildung gewerblicher Genossenschaften zu setzen, welche einer speciellen Aufsicht oder Einwirkung der Behörden nicht unterworfen sind.

5) Die Gesetzgebung hinsichtlich des Erwerbes des Wohnortsrechtes und des Aufenthalts in fremden Gemeinden ist dahin umzugestalten, daß

a. die Gestattung des Aufenthalts nur verweigert resp. zurückgezogen werden kann, wegen begangener Verbrechen, wegen Bankrotts und wegen Bezug von Armenunterstützungen, oder dauernder Nichtzahlung von Staats- oder Communalsteuern;

b. das Wohnortsrecht, soweit es nicht durch Beschluß der Gemeindebehörden vorher erteilt wird, durch den Ablauf einer bestimmten Aufenthaltszeit erworben wird.

6) Die Herstellung eines Uebergangsstadiums, d. h. die stufenweise Beseitigung der jetzigen Beschränkungen, ist als schädlich zu verwerfen, vielmehr sind die obigen Grundsätze sofort vollständig durchzuführen.

7) Auf den Vorgang der benachbarten Staaten in der Durchführung der Gewerbefreiheit ist mit der hiesigen Gesetzgebung nicht zu warten.

Unterzeichnet von den Herren Quenstedt, Nothdurft, Reuter, Häusler und Aronheim.

Sunächst zeigte Herr Fiedel namens der Deputationen des August- und Wilhelmthor-Districts an, daß dieselben mit diesen Anträgen einverstanden seien, wogegen

die Herren Lisseho n und Nieß für die Deputationen des Wenden- und Steintors-Bezirks erklärten, daß zwar in einer Sitzung über die Frage verhandelt, eine Einigung aber nicht erzielt sei.

Der Herr Vorsitzende stellte hierauf die allgemeine Frage:

ob die Versammlung es für wünschenswerth halte, daß die Gewerbegesetzgebung vom Standpunkte der Gewerbefreiheit aus umgewandelt werde?

zur Debatte und ertheilte zuerst das Wort an Herr Nieß, welcher ein längeres, von ihm ausgearbeitetes Exposé, gegen die Gewerbefreiheit verlas, dessen Grundzüge etwa die folgenden waren:

Die gegenwärtig in Vereinen wie durch die Presse betriebene Agitation für die Gewerbefreiheit rühre zumeist von solchen Personen her, welche den Gewerben ferne ständen, und finde durchaus keinen Anklang bei den Gewerbetreibenden, namentlich den Handwerkern, selbst. Es solle zugegeben werden, daß die Entscheidung darüber, ob Gewerbefreiheit, oder ob Gewerbe-Ordnung das absolut bessere, höchst schwierig sei; seine Ansicht stehe indessen unumstößlich dahin fest, daß die Gewerbefreiheit nicht das Wohl der Völker, sondern ihren Untergang befördere, und er stütze diese Ueberzeugung theils auf eigene Anschauung, theils auf ein sorgfältiges Studium der geschichtlichen Entwicklung dieser Frage. Schon bald nach Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen unter Anderm hätten sich so ungünstige Erfolge gezeigt, daß Männer, wie der Minister von Stein und der Oberpräsident von Vincke die Ansicht ausgesprochen: daß die Gewerbefreiheit zur Unfreiheit der Gewerbetreibenden führe, den Kern des Volkes, den Mittel- und eigentlichen Bürgerstand ruiniere und ein übermäßiges, dem Staate gefährliches Proletariat erzeuge. So habe denn auch im vollsten Einverständniß mit dem Gewerbestande und der Volksvertretung die Preussische Regierung durch die jetzt noch bestehenden Gewerbeetze die Gewerbefreiheit wieder aufheben können, und heute, wo diese Eetze wieder bedrohet würden, erhebe sich derselbe Stand fast einhellig wiederum gegen die Einführung der Gewerbefreiheit.

Diesen Kundgebungen der speciell Betheiligten gegenüber führten nun freilich die Theoretiker Erfahrungen aus anderen Ländern zu Gunsten der Gewerbefreiheit an. Aber sie vergäßen dabei zu bemerken, daß in diesen Ländern, wie in Belgien — wo ziemlich der vierte Theil der Bevölkerung Armen-Unterstützung erhalte — und England das Proletariat zu einer bedrohlichen Größe angewachsen sei, und jede Krisis die furchtbarsten Erscheinungen hervorrufe; sowie das in dem gewerbefreien England die Gewerke freiwillig zu dem corporativen Innungswesen zurückkehrten. Ebenso unbegründet sei die Berufung darauf, daß die Consumenten berechtigt seien, die Einführung der Gewerbefreiheit zu fordern. Denn bei der Erleichterung aller Verkehrs-Verhältnisse und bei der Mannigfaltigkeit der Bezugsquellen werde auch durch die Gewerbefreiheit die Concurrenz kaum noch gesteigert werden können, dann seien ja ferner die meisten Consumenten auch Producenten und würden, was sie hier gewönnet, dort wieder einbüßen; und endlich werde die der Gewerbefreit auf dem Fuße folgende Erhöhung der Armensteuer die etwaigen Ersparnisse der Consumenten wieder aufzehren.

Wenn die Verfechter der Gewerbefreiheit dann ferner den Lehrzwang, die Gesellenprüfungen und die Wanderjahre verwürfen, so übersähen sie, daß es für junge Leute eines Ansporns zum Fleiße bedürfe, und daß die Wanderjahre für die Handwerker von demselben bildenden Einflusse seien, wie die Universitätsjahre für die ge-

lehrten Stände. Das alte Innungswesen habe in seiner geläuterten Gestalt einen geregelten Zustand zwischen Meister, Gesellen und Lehrling eingeführt, der nur Segen bringe; die Prüfungen dienten dazu, dem Handwerkerstande die Ehre und den Werth seiner Arbeit zu erhalten, und sollten das Arbeitsgebiet sicher stellen vor der Concurrenz des Capitals, damit demjenigen die Früchte der Arbeit zu Gute kämen, der sie im Schweiße seines Angesichts verdiene. Man scheue sich, an diesem Zustande zu rütteln, durch waghalsige Experimente einen ganzen Stand der Uebermacht des Capitals zu opfern, und bedenke, daß der Staat ein lebendiger Organismus sei, dessen ganzer Körper beim Absterben eines seiner Glieder erkranken müsse.

Herr Nieß wendete sich nochmals zu den preussischen Zuständen zurück und verlas eine Denkschrift der Berliner Stadtverordneten aus dem Jahre 1840, in der die Aufhebung der Gewerbefreiheit und Einführung einer zeitgemäßen Gewerbe-Ordnung ausführlich motivirt und beantragt wird, und welche wesentlich zu der nachherigen Gewerbe-Gesetzgebung beigetragen habe; er verwies auf statistische Aufstellungen, nach denen während der Periode der Gewerbefreiheit die Zahl der Armen in der Stadt Berlin in erschreckender Progression gestiegen sei, ihre Beschränkung im Jahre 1849 aber sofort einen Stillstand herbeigeführt habe, und nahm schließlich Bezug auf die aus den Städten Hannover, Hildesheim, Osnabrück und Lüneburg im Frühjahr 1861 von den Zünften gegen die Einführung der Gewerbefreiheit in Hannover einstimmig eingereichten Vorstellungen.

Herr Duenstedt: Auch er gehöre, wie Herr Nieß, dem Gewerbestande an, und könne aus eigener Erfahrung bestätigen, daß derselbe eine große Scheu vor der Einführung der Gewerbefreiheit zeige, wie sich denn auch der Gewerberath kürzlich gegen dieselbe ausgesprochen habe. Nachdem er sich indeß in die Frage gründlicher hineingearbeitet habe, sei er zu Gunsten der Gewerbefreiheit umgestimmt worden. Richtig sei, daß der kleinere Handwerker zum gewöhnlichen Arbeiter herabsinken werde, aber der gebildete und wohlhabendere werde sich emporheben. Mehr Gefahr scheine ihm dem Handelsstande zu drohen; denn da Handel treiben bequemer sei, als Arbeiten, so möchten sich bei der Freiegebung gar viele auf diesen Erwerbszweig werfen.

Herr Kronheim: Er wolle nicht versuchen, die Gegner der Gewerbefreiheit umzustimmen; er müsse sich begnügen, sein Votum, welches das des überreichten Antrages sei, zu rechtfertigen und sich, weil er nicht den vorzüglich theilnehmenden Ständen angehöre, den Vorwurf der Unberufenheit, welchen Herr Nieß gegen sein Votum im Voraus, geschleudert habe, gefallen lassen. Von seinem, dem demokratischen, Standpunkte aus sei indeß die Entscheidung der Frage nicht zweifelhaft. Kein Mensch verlange die Aufhebung des genossenschaftlichen Verbandes der Handwerker. Nur solle die Theilnahme an ihm freie Selbstbestimmung derselben, nicht eine Folge staatlicher Polizei-Vorschrift sein; und darauf antworteten sie: wir können uns in der Freiheit nicht gestalten, nicht einengen; zwingt uns zur Gestalt, zur Einigung! Der Stand der diese Antwort gebe, der sich der eisernen Hand des Staats aus eigener Schwäche unterwerfe, erscheine würdig unterzugehen. Wie viel verlorene Leben seien dieser eisernen Hand des Staats zum Opfer gefallen; welche Grausamkeit liege darin, den in einem Fache besonders befähigten Arbeiter bei einem andern gewaltsam festzuhalten, das er ohne Lust und Liebe nothdürftig habe lernen müssen! Er leugne, daß die Einführung der Gewerbefreiheit in nothwendigem Zusammenhange mit der Ver-

mehrung des Proletariats siehe, und würde, selbst wenn dies der Fall sein sollte, die Wahl nicht schwer finden den durch das Zunftwesen verursachten Uebel- und Nothständen gegenüber.

Herr Lissebon: Er könne sich für seine Person nicht für die Gewerbefreiheit des Herrn Aronheim begeistern. Die Zustände hier zu Lande, wo kein eigentlicher Gewerbszwang existire, seien ganz gedeihliche, die man durch Einführung einzelner Erleichterungen noch heben möge; er habe nicht bemerkt, daß Braunschweig vor anderen Gegenden, wo größere Freiheit herrsche, erheblich zurückgeblieben sei. Der von Herrn Aronheim besonders hervorgehobene, aus dem Verfehlen der Berufswahl hergenommene Uebelstand sei von demselben zu schwarz geschildert, komme bei allen Ständen vor und werde vorkommen gleichviel ohne oder bei Gewerbefreiheit.

Herr Meyer: Er wie sämtliche Mitglieder der Wilhelmitthors-Deputation seien einstimmig für Einführung der Gewerbefreiheit im vollsten Umfange und ohne Uebergangsstadium. Der Unfleißige werde beim Zunftzwange wie bei der Gewerbefreiheit es zu nichts bringen; den Fleißigen ruinire der Zunftzwang. Dieser Satz sei unzweifelbar, weil erfahrungsmäßig von zehn Kindern neun in einen Stand hineingezwängt würden, für den sie weder Lust noch Anlage zeigten, woher es denn komme, daß tüchtige Menschen so häufig in ihrem eigentlichen Fache schwach, bedeutend aber in einem beliebigen Steckenpferde seien.

Zwischen Herrn Aronheim und Herrn Nieß wurde hierauf noch darüber gestritten, ob in der That der Gewerbestand so entschieden gegen die Gewerbefreiheit sei, wie der Letztere behauptet hatte. Während Herr Aronheim festzustellen suchte, daß mindestens die ganze liberale, namentlich die demokratische Partei für die Gewerbefreiheit sich ausspreche, beharrte Herr Nieß bei seiner Ansicht und wollte nachweisen können, daß von hundert Gewerbetreibenden mindestens neunzig gegen die Einführung derselben seien.

Herr Reuter: Als dem hiesigen Kaufmanns-Vorstande die Frage zur Begutachtung vorgelegt sei, hätten einige Mitglieder in der Gewerbefreiheit Gefahr für den Detailhandel besorgt. Der Kaufmanns-Vorstand habe sich daher an die Handelskammern zu Magdeburg, Halberstadt, Halle und Erfurt um Auskunft gewendet, und diese hätten sich übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß das Ausblühen des Handels in diesen Städten als eine Folge der (für den Handelsstand in Preußen noch fortbestehenden) Gewerbefreiheit anzusehen sei. So habe sich denn der Kaufmanns-Vorstand mit allen gegen eine Stimme für die Einführung der Gewerbefreiheit ausgesprochen. Der Redner verwies ferner auf die für die Gewerbefreiheit günstigen Erfahrungen in Bremen und machte noch darauf aufmerksam, daß ihre Einführung die Behörden aus der sehr unangenehmen Lage herausbringen werde, daß man ihren Zulassungen einer- und ihren Versagungen andrerseits nicht selten unlautere Motive unterlege.

Herr Lissebon wiederholte, daß Braunschweig schwerlich gegen andere, ähnlich situierte Städte zurückgeblieben sei, und bemerkte, daß er unmöglich glauben könne, daß das Ausblühen des Handels eine Folge nur der Gewerbefreiheit sei; wenigstens habe z. B. die Blüthe des Kornhandels und die Zucker-Industrie schwerlich mit der Gewerbefreiheit etwas zu thun.

Herr Bantler: Er sei im Stande, Herrn Quenstedt wegen der nach demselben für den Handelsstand durch die Einführung der Gewerbefreiheit drohenden

Gefahr zu beruhigen, um so mehr, als jetzt schon die Gewerke sich auch hier mannigfach der Betriebsweise des Fabrik- und Handelsstandes genähert hätten. So sei der von den Gegnern der Gewerbefreiheit geforderte Uebergangspunkt eigentlich schon vorhanden, und nach den eigenen Ausführungen derselben scheine sich der Handwerkerstand recht gut dabei zu stehen.

Herr Niemeyer, welcher sich im Allgemeinen im Sinne der Herren Aronheim und Meyer aussprach, bestritt die Richtigkeit der Darstellung, welche Herr Nieß über die Zustände in Preußen gegeben habe. Seines Wissens habe die Umkehr im Jahre 1849 dort mehr politische Gründe gehabt und sei nicht vom Gewerbestande ausgegangen, dieser vielmehr damals wie jetzt der großen Mehrzahl nach für die Gewerbefreiheit.

Auch die Herren Degener und Uhde schlossen sich dem Antrage an.

Herr Födel: Der Standpunkt des Herrn Nieß, welcher nur die Interessen des Handwerkerstandes im Auge habe, scheine ihm zu beschränkt, da die Frage die Interessen aller Stände, wie des ganzen staatlichen Lebens berühre. Aber auch im Einzelnen seien die Ausführungen desselben nicht zu billigen. So sei der Sporn zum Fleiße nicht in der Furcht vor den Prüfungen, sondern überhaupt in dem Bestreben zu finden, seinen Gang durchs Leben zu machen. Dann sei das Wandern der Gesellen jetzt schon aus dem Grunde häufig nachtheilig, weil dieselben, wenn sie auswärts in Fabriken arbeiteten, meist nur eine bestimmte Branche ihres Geschäfts gründlich erlernten, was ihnen in der Heimath dann das Meisterwerden erschwere. Ein Tischler, der bloß Stühle anzufertigen gelernt habe, werde schwerlich ein Meisterstück anfertigen können, während er bei Gewerbefreiheit durch jene Fertigkeit leicht selbstständig seinen Lebensunterhalt erwerben würde. Unbegründet sei ferner der Vorwurf, daß die Vermehrung des Proletariats Folge der Gewerbefreiheit sei; wir hätten sie nicht, und doch sei das Proletariat auch hier im Steigen; suche man lieber die Ursache in der gesteigerten Genusssucht, darin, daß man mehr auszugeben sich gewöhnt habe, als man einnehme. Endlich, und das sei einer der schlagendsten Gründe, helfe alles sich Sträuben nichts, da ein so kleines Land nicht gegen den Strom, der alle seine Nachbarn mit sich fortreißt, allein ankämpfen könne, und er begrüße diese Strömung freudig, weil sie zu größerer Freiheit führen müsse.

Herr Nieß recapitulirte; er habe sich nicht auf die Verhältnisse des Handwerks beschränkt, seine Ausführungen seien giltig für alle Gewerbe-Verhältnisse; die Bemerkungen des Herrn Niemeyer über die Stimmung im Preussischen Gewerbestande würden durch die neuesten Vorgänge widerlegt; es sei unrichtig, unsere Gewerbe-Gesetze einer Zwangsjacke zu vergleichen, und das unglückliche, an das Gewerke gefesselte Opfer, welches Herr Aronheim beklage, existire nur in der Einbildung. Er glaube, die ihm gemachten Einwürfe sämmtlich im Voraus widerlegt zu haben, und würden seine Gründe um so schlagender in's Gewicht gefallen sein, wenn er zuletzt und nicht zuerst zum Worte gekommen wäre.

Hiermit war die allgemeine Debatte geschlossen, und die Versammlung wandte sich bei der Special-Berathung zuerst zu den Positionen 1. und 2. des Antrages, welche Herr Häusler, einer der Antragssteller, im Besondern motivirte.

Wegen der Fassung der Nebenbestimmung:

»Eine Herabsetzung der Grenze des majorennnen Alters ist dringend wünschenswerth.«

äußerte namentlich Herr Bode Bedenken, weil die Majorennität bekanntlich bei uns mit dem vollendeten 21. Lebensjahre beginne, die Herabsetzung der Gränze auf ein noch früheres Alter aber nicht zuträglich erscheine. Sei dagegen der Antrag gegen die, nach dem Erreichen des 21. Jahres eintretende, s. g. unvollkommene Majorennität gerichtet, so könne er demselben nur beistimmen, weil diese ein, aus dem Jahre 1814 herstammendes, Institut ohne rechten Sinn und Verstand sei.

Herr Häusler erläuterte, daß die Antragsteller allerdings gerade dies Institut vor Augen gehabt hätten, und schlug die Aenderung vor, statt:

»des majorennen Alters« zu sagen — »des vollständig majorennen Alters.«

Nachdem noch Herr Helfft diesen Theil des Antrages unterstützt, sich auch für Aufhebung der Beschränkung hinsichtlich des Alters zum Heirathen, sowie gegen die Meisterprüfungen erklärt hatte, stellte Herr Lissebon den präjudicialen Antrag, die Detailberathung auszusetzen, weil die Anträge von größter Tragweite, aber erst heute den meisten Mitgliedern der Versammlung bekannt geworden seien.

Da diese Ansicht vielfache Zustimmung fand, so beschloß die Versammlung die Aussetzung der Detail-Berathung bis auf die nächste Sitzung, und wurde angeordnet, daß den Vorstehern der verschiedenen Deputationen Abschriften des Antrages zugestellt werden sollten.

Herr Reuter empfahl bei dieser Gelegenheit dem Stadtmagistrat die Anschaffung einer kleinen autographischen Presse, durch welche in dergleichen Fällen für schleunige Bervielfältigung ohne beträchtliche Kosten gesorgt werden könne. —

Nr. 9.

Sitzung am 18. September 1862.

1862.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bartels, Graß, Fabricius, Fudel, Lissebon und Quenstedt.

Nachdem das Protokoll der Sitzung vom 11. September d. J. verlesen und genehmigt war, ertheilte der Herr Vorsitzende das Wort zunächst

I. an Herrn Helfft. Derselbe kam auf seinen bereits in der Sitzung vom 10. Juli d. J. gemachten Vorschlag zurück, nach welchem schon jetzt eine Commission ernannt werden soll, um über die mit der allgemeinen Wasserleitung etwa zu verbindende Einrichtung von öffentlichen Badeanstalten Vorschläge zu machen. Herr Helfft motivirte die Wiederaufnahme seines Antrages damit, daß die Angelegenheit von großer Wichtigkeit sei, und daß sich eine Anzahl der dabei in Betracht kommenden Fragen schon jetzt, noch ehe die Wasserleitung in's Leben getreten sei, beurtheilen lasse.

Die Versammlung erklärte sich mit dem Antrage einverstanden und überwies denselben auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden der für die Berathung von Gas-Angelegenheiten constituirten und für diese Frage durch Herrn Helfft zu ergänzenden Commission zum Berichte.

Zur Tagesordnung übergehend, setzte die Versammlung II. die in der vorigen Sitzung abgebrochene Detail-Berathung über die Gewerbe-frage fort.

Zu Position 1, und 2, erklärte zunächst namens der Antragsteller Herr Häusler, daß dieselben den Passus, in welchem die Herabsetzung der Grenze des majorenren Alters empfohlen werde, zurückzögen, weil er Bedenken erregt habe, und statt desselben vorschlugen zu sagen:

»Eine Revision der gesetzlichen Bestimmungen über das dispositionsfähige Alter ist wünschenswerth.«

Bei der Abstimmung wurden Positionen 1, und 2, mit dieser Aenderung fast einstimmig genehmigt.

Jedoch wurde auf den Vorschlag der Herren Bode und Flaggge, denen die Herren Aronheim und Häusler beistimmten, beschlossen, in dem Satze:

»Angehörige anderer Deutscher Staaten sind jedoch, Reciprocität vorausgesetzt« u.

das Wort »Deutscher« wegzulassen.

Bei Position 3, erinnerte Herr Helfft an die Badstuben-Gerechtigkeiten in hiesiger Stadt, für welche noch jetzt beträchtliche Summen gezahlt würden, und durch welche eine Solidarität der Interessen der Besitzer dem Publikum sowohl, wie den Barbiergehülften gegenüber herbeigeführt sei, welche höchst unangemessene Folgen habe. Die Herren Bantler, Aronheim und Häusler erklärten es für selbstverständlich, daß solche Abnormitäten neben der Gewerbefreiheit nicht ferner bestehen bleiben könnten, daß es indessen Sache lediglich der Gesetzgebung sein werde, über die Ablösung derartiger — im hiesigen Lande glücklicher Weise nicht zahlreichen — Bannrechte in geeigneter Weise Bestimmung zu treffen, worauf auch diese Position angenommen wurde.

Zu Position 4, erläuterte Herr Aronheim, daß die Antragsteller über die Regelung der Vermögens-Verhältnisse der jetzt bestehenden Gilden bei Gelegenheit ihrer demnächstigen Auflösung hier keine Bemerkung hinzugefügt hätten, weil auch dies eine nur von der gesetzgebenden Gewalt zu regelnde, übrigens sehr schwierige und verwickelte Frage sei, insbesondere weil an eine Uebertragung des bisherigen Gilden-Vermögens auf die etwa sich bildenden freien Genossenschaften ohne Weiteres nicht gedacht werden könne. Auch der Herr Vorsitzende bezeichnete die Lösung dieser Frage als eine höchst schwierige, über die bei der Verschiedenheit der Rechts-Verhältnisse generelle Sätze sich nicht aufstellen ließen, die aber, wenigstens in der Stadt Braunschweig, doch nicht von sehr erheblicher Bedeutung sei, weil, leider! die meisten Gilden ohne bedeutendes Vermögen seien.

Auch Position 4, wurde sodann von der Versammlung genehmigt.

Die Position 5, wurde von Herrn Häusler mit einigen Worten befürwortet. Die hier beantragte Freizügigkeit sei eine notwendige Consequenz der Gewerbefreiheit und die Letztere ohne die Erstere ein Fluch; um die Gewerbefreiheit segensreich zu machen, sei die Erweiterung des Kreises erforderlich, innerhalb dessen der Arbeiter

seine Arbeit zu verwerthen berechtigt sei, und wenn sich schon der Staat Braunschweig wegen seiner Kleinheit in dieser Hinsicht in ungünstiger Lage befinde, so sei die Gewerbefreiheit ein Umding vollends, wo sich Gemeinde von Gemeinde abschließen dürfe. Beschränkung bedürfe die Freizügigkeit nur hinsichtlich der Sicherstellung gegen verarmte oder der Verarmung nahe Subjecte.

Ohne daß sich Widerspruch erhob, wurde auch dieser Punkt genehmigt. Auch zu Position 6, machte Herr Häusler einige erläuternde Bemerkungen. Gerade dieser Punkt, der beabsichtigte sofortige Uebergang zu voller Gewerbefreiheit, habe, unter Anderen bei dem Gewerberathe, die meisten Bedenken erregt. Indessen müsse die von den Antragstellern vertretene Ansicht vorzugsweise im Interesse der Gewerbetreibenden befürwortet werden.

Da bei jeder Aenderung des Gewerbebetriebes Lehrgeld gezahlt werden müsse, so werde ein allmählicher, stufenweiser Uebergang von Gewerbezwang zur Gewerbefreiheit ziemlich auf jeder einzelnen Stufe die Opfer verlangen, welche bei plötzlichem Uebergange zur Gewerbefreiheit nur ein einziges Mal zu bringen seien.

Auch hier erhob sich kein Widerspruch, und diese Bestimmung sowohl, wie Position 7, wurden, letztere ohne alle Besprechung, von der Versammlung genehmigt. Hiernach wurde zur Hauptabstimmung geschritten, die der Versammlung vorgelegte Frage:

ob die Gewerbegesetzgebung vom Standpunkte der Gewerbefreiheit aus umzugestalten sei, mit allen gegen eine Stimme bejahet, und die ganze Vorlage in der durch die Einzelbeschlüsse modificirten Fassung angenommen.

Es berichtete hierauf III. Herr Vo de namens der Schul-Commission über ein Magistrate-Schreiben vom 12. September d. J. Nach demselben hat die Zahl der Schüler und Schülerinnen in den beiden hiesigen Bürgerschulen, welche seit 1856 von 1243 auf 1954 gestiegen ist, eine solche Ueberfüllung der Klassen herbeigeführt, daß nothwendig eine Abhilfe getroffen werden muß, wenn die städtischen Schulbehörden nicht in die Lage gebracht werden sollen, die schulpflichtigen Kinder wegen Mangels an Raum zurückweisen zu müssen. Weil die Einrichtung neuer Klassen, als siebenter Klassenstufen, an und für sich nicht thunlich sei, und die Gründung von Parallelklassen in der einen oder andern Schule an dem Mangel an Raum scheitern würde, so bezeichnet das Schreiben als den einzigen Ausweg die Einrichtung einer neuen, dritten, Bürgerschule, empfiehlt aber auf Grund der vom Consistorium genehmigten Vorschläge des Schulvorstandes für jezt folgende provisorische Maßregeln. Da in der Bürgerschule westlichen Bezirks die neuen Schülerinnen der untersten Klassenstufe noch in der sechsten Klasse Platz finden können, so sollen hier nur die Schüler der sechsten Klasse in zwei Abtheilungen getrennt, in der Bürgerschule östlichen Bezirks aber, wo jenes nicht der Fall, die der untersten Klasse zugehenden Schüler und Schülerinnen in einer combinirten Klasse, getrennt von den bleibenden Schulkindern der untersten Klasse, unterrichtet werden, wobei der Unterricht den jetzigen Lehrern der 6. Klasse gegen eine besondere Gratification übertragen, die Stundenzahl aber, um den Lehrern die erforderliche Zeit zu gewähren, bei den bleibenden Schülern der 6. Klassen von 24 auf 20 Stunden reducirt und bei den neu hinzukommenden Schülern auf 16 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden soll. Die hierdurch veranlaßten Kosten

bestehen nun in einer Remuneration für die in den neu einzurichtenden untersten Klassen unterrichtenden Lehrer von 120 $\text{\$}$ für den einen und von je 60 $\text{\$}$ für zwei andere Lehrer, wenn für jede wöchentliche Stunde monatlich 1 $\text{\$}$ gezahlt wird, im Ganzen also in 240 $\text{\$}$. Da es nun aber erforderlich sei, dieser Berechnung entsprechend auch die Remuneration für die beiden Lehrer an den niederen Volksschulen, welche die combinirten Klassen in den Freischulen unterrichten, um 20 $\text{\$}$ für einen Jeden zu erhöhen, so wird beantragt:

die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß zu dem angegebenen Zwecke von Michaelis d. J. an bis auf Weiteres jährlich 280 $\text{\$}$ aus der Gemeindeschulkasse gezahlt werden.

Nach dem Berichte des Herrn Bode kennt die Commission ebenfalls kein anderes Auskunftsmittel, um den entstandenen Mißverhältnisse für den Augenblick abzuheben; und empfiehlt daher die Genehmigung der Proposition. Sie beantragt aber zugleich:

die Versammlung wolle das Ersuchen an den Stadt-Magistrat richten, die von ihm in Aussicht gestellte Errichtung einer dritten Bürgerschule sofort in die Hand zu nehmen.

Herr Häusler: Die Vereinigung von Kindern beider Geschlechter in einer Klasse erscheine ihm absolut unzulässig. Da wohl nur der Kostenpunkt Ursache der beabsichtigten Maßregel sei, so schlage er vor, auch in der Bürgerschule des östlichen Bezirks Trennung der Knaben und Mädchen einzuführen und die Mehrkosten, welche nach seiner Rechnung 120 $\text{\$}$ betrügen, zu verwilligen.

Herr Bode: Diese Maßregel würde nicht 120, sondern 160 $\text{\$}$ Mehrkosten veranlassen. Aber abgesehen hiervon so sei die beabsichtigte provisorische Maßregel nothwendig, weil weder Platz in den alten Klassen, noch Raum zur Anlegung neuer Klassen vorhanden sei.

Herr Oberbürgermeister Caspary: Die Entscheidung über die von Herrn Häusler angeregte technische Frage, ob Combination der beiden Geschlechter zulässig sei, habe man dem Schulvorstande überlassen zu können geglaubt. Bei so kleinen Kindern, wie in den untersten Classen, erscheine sie als Aushilfs-Maßregel unbedenklich, wie sie denn auch bis vor nicht gar zu langer Zeit in allen Schulen stattgefunden habe. Der Stadtmagistrat sei nun der Meinung, daß die Einrichtung einer dritten Bürgerschule nicht mehr zu umgehen sei; aber das helfe für den Augenblick nicht, und man scheue sich auch, sofort mit der Etablierung einer solchen vorzugehen, theils weil man Hoffnung habe, das durch den Bau eines neuen Gymnasiums verfügbar werdende Martineum zu diesem Zwecke zu acquiriren, theils und hauptsächlich, weil ein absoluter Mangel an Lehrern vorhanden sei; ein Uebelstand, dem erst nach und nach, besonders nachdem die städtische Präparanden-Anstalt Früchte zu tragen begonnen habe, abgeholfen werden könne. Die Versammlung möge übrigens versichert sein, daß der Magistrat Alles anbieten werde, was in seinen Kräfte stehe, um die Errichtung einer dritten Bürgerschule zu beschleunigen.

Herr Bode: Wenn denn besonders der Mangel an Lehrern Schuld des Aufschubs sei, so empfehle er als probates Mittel zur Abhilfe: bessere Bezahlung derselben; eventuell auch Uebertragung der Lehrerstellen in den unteren Classen durch Frauenzimmer.

Herr Uhde: Man werde nicht umhin können, der Vorlage seine Zustimmung

zu ertheilen, weil sie für die jetzige Sachlage nothwendig sei. Er müsse aber darauf aufmerksam machen, daß, wenn der Volksunterricht gedeihen solle, der Lehrer auch in den Stand gesetzt werden müsse, die Schüler übersehen und geistig beschäftigen zu können. Deshalb sei erforderlich, die Zahl der Schüler in den einzelnen Klassen zu beschränken, vor Allen aber: die Belastung der Lehrer mit so zahlreichen Stunden, wie die Vorlage sie ersehen lasse, abzustellen. Da fast jeder Lehrer noch auf Privatstunden, angewiesen sei, so seien 36 Schulstunden wöchentlich zu viel; sie müßten körperliche wie geistige Ermüdung und Erschlaffung der Lehrer herbeiführen. Er gebe daher anheim: die vorgeschlagene Remuneration anständig zu erhöhen, dann aber den betreffenden Lehrern jeden Privat-Unterricht zu untersagen.

Der Herr Vorsitzende trat diesem Vorschlage entgegen, theils weil mancher Privatunterricht dem Lehrer gerade zur geistigen Erfrischung dienen könne, theils weil ein solches absolute Verbot doch nicht ohne Härten sein würde.

Auch Herr Oberbürgermeister Caspari bezeichnete den Antrag als unangemessen, weil schon nach der Instruction für die städtischen Lehrer der Schuldirektor berechtigt sei, dem Privat-Unterrichte der Lehrer da angemessene Schranken zu setzen, wo deren Lehrfähigkeit beim Schulunterrichte durch zu große Häufung des Privatunterrichtes bedrohet erscheine, und weil die Verschiedenheit der körperlichen wie geistigen Verhältnisse der einzelnen Lehrer doch immer Dispensationen veranlassen würde.

Nachdem Herr U h d e hierauf seinen Antrag zurückgezogen hatte, nahm die Versammlung die Proposition des Magistrates nebst dem Antrage der Commission an.

Sodann verlas

IV. Herr Reuter einen ausführlichen Bericht der in der Sitzung vom 8. Mai dieses Jahrs beauftragten Prüfung des Zustandes der hiesigen Feuerlösch-Einrichtungen niedergelegten Commission.

Dieser Bericht untersucht zunächst, woher es komme, daß Feuersbrünste, namentlich nach längerer Dürre, rasch große Dimensionen einnehmen, wirft sodann die Frage auf, wie man am Besten verhindern könne, daß ein entstehendes Feuer große Dimensionen erreiche, und knüpft daran die Erörterung folgender Punkte:

1. Die möglichst zeitige Entdeckung eines ausbrechenden Feuers werde am Leichtesten durch auf einem hochgelegenen Punkte aufgestellte Wächter herbeigeführt. Der St. Catharinenthurm, auf welchem sich von Alters her ein Wachtlocal befinde, eigne sich hierzu besonders.

2. Auch die sodann erforderliche Alarmirung der Stadt werde am Schnellsten und Sichersten durch Signale von Thürmen aus beschafft, da ein solches von allen Wächtern wiederholt, gleichzeitig Alles auf die Beine bringe.

3. Der dritte Punkt, wie man am Schnellsten und Sichersten die Spritzen zur Brandstelle schaffe, gewinne ebenfalls durch die Anstellung von Thurmwächtern, wenn eine von diesen nach der Richtung des Feuers ausgehängte rothe Fahne (bei Tage) und rothe Laterne (bei Nacht) das bisher nur zu häufige Umherirren der Spritzen verhindern werde. Die Prämüirung der Fuhrleute, welche die ersten Spritzen zur Brandstelle geschafft, erscheine dagegen nicht durchaus zweckmäßig, weil Spritzen, welche ohne Wasser und Bedienungsmannschaft anlangten, nichts nützten, und das zu rasche Zagen um den Preis die Spritzen leicht in unbrauchbaren Zustand versetze. Eine Remedur in dieser Hinsicht werde jedoch dem Ermessen des nach §. 37 der Feuerlösch-Ordnung gebildeten Ausschusses am Besten zu überlassen sein.

Die Commission beantragt nun rücksichtlich dieser drei Punkte:
 A. Die Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, für das vorhandene Wachtlokal auf dem St. Catharinen-Thurme zwei zuverlässige Wächter zu engagiren.

Dieser Antrag sei bereits zweimal von dem ebenerwähnten Ausschusse, jedoch vergeblich, gestellt und vom Stadtmagistrate zuletzt deshalb abgelehnt, weil die Kosten eines Thurmwächters nicht mit dem davon zu hoffenden Nutzen im Verhältniß zu stehen schienen. Diese Kosten möchten nun allerdings sich jährlich auf 400 fl belaufen. Die Commission sei jedoch der Ansicht, daß die betreffende Summe durch Verringerung der Zahl der Straßenwächter gedeckt werden könne. Der Dienst letzterer bestehe vorzugsweise in der Bewachung des Eigenthums gegen Einbruch und in dem Vigiliren auf entstehende Feuer. In ersterer Beziehung beweiße die nachlassende Vorsicht des Publikums, daß, Dank der zunehmenden Bildung und des erleichterten Verdienstes der arbeitenden Classe, die Gefahr geringer geworden, und in letzterer Beziehung ersetze der Thurmwächter offenbar eine größere Anzahl Straßenwächter.

Jedenfalls könne der jetzige Dienst der Straßenwächter auch mit geringerer Mannschaft ebenso gut versehen werden, wenn eine angemessene Controlle derselben eingeführt werde. Es werde daher beantragt:

B. den Stadtmagistrat zu ersuchen, in Gemeinschaft mit Herzogl. Polizei-Direction eine neue Eintheilung der Stadt und Promenaden in 14 Bezirke vorzunehmen, für diese die 28 rüstigsten Wächter, mit einem um 4 fl jährlich erhöhten Gehalte, beizubehalten, die anderen 14 zu entlassen, und durch Einrichtung von Wächterubun in den Bezirken eine zweckmäßige Controlle der Wächter herbeizuführen.

Bei Ausführung dieser Maßregel erwache eine Ersparnis von jährlich 392 fl , auch würden durch die bei strengerer Controlle steigende Sicherheit des Publikums eine Anzahl Privatnachtswächter entbehrlich werden.

Ein vierter mit den angeregten Fragen in Verbindung stehender Punkt sei: wie man die Spritzen am Raschesten in Wirksamkeit zu bringen habe.

Abgesehen davon, daß nach Einrichtung der allgemeinen Wasserleitung die Spritzen leichter mit Wasser versorgt werden würden, sei ein Hauptmangel durch Einführung besserer Bedienung derselben zu heben.

Ein Theil sowohl der Mitglieder des Löschvereins als der besoldeten Bedienungsmannschaft lasse in seinem Eifer zur sofortigen Bekämpfung des Feuers sehr viel zu wünschen übrig.

Da jetzt eine Spritze neuerer Construction für die Stadt bestellt sei, so beantrage die Commission, mit Rücksicht auf die an anderen Orten gemachten Erfahrungen,

C. den Stadtmagistrat zu ersuchen, diese neue Spritze dem Steiger- oder Turnercorps zur Bedienung durch Freiwillige zu überweisen, und den Anführern des Löschvereins aufgeben zu lassen, denjenigen Mitgliedern, welche entweder regelmäßig nicht kämen oder nicht arbeiteten, die Zeichen abzunehmen und diese an solche junge und rüstige Leute zu vertheilen, von denen anzunehmen stehe, daß sie thätig zugreifen würden.

Endlich müsse die Commission noch auf den Uebelstand aufmerksam machen, der durch die Anhäufung leicht brennbarer Stoffe in großen Quantitäten an solchen Stellen entstehe, wo bei eintretender Feuersgefahr die Begrenzung des Feuers mit großen Schwierigkeiten verknüpft sei, wie dies der Fall sei z. B. bei den auf dem Wollmarke nahe bei einander belegenen beiden Fourage-Magazinen. Die Commission gebe daher anheim:

D. den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Hoher Herzoglicher Landesregierung die geeigneten Schritte zu thun, um den aus der Lagerung sehr feuergefährlicher Stoffe entstehenden Gefahren zu begegnen.

Der Bericht erwähnt schließlich, daß die Commission, um sich von der Wirksamkeit der jetzt vorhandenen Spritzen zu überzeugen, der letzten Probe derselben beigewohnt, aber leider eine befriedigende Ueberzeugung von ihrer Tüchtigkeit trotz ihrer Größe nicht habe erlangen können. Sie behalte sich indessen in Bezug auf die Anschaffung wirksamere Spritzen einen weiteren Antrag in der Voraussetzung vor, daß die von ihr beantragten Vorkehrungen gegen die größere Ausdehnung eines entstandenen Feuers möglichst ungesäumt getroffen werden würden. Auch behalte sie sich weiteren Bericht vor, wenn erst die für die Stadt bestellte, leichter zu transportirende und doch größere Spritze hinsichtlich ihrer Wirksamkeit im Vergleich zu den bereits von mehreren Fabrikbesitzern angeschafften kleineren Spritzen ähnlicher Construction einer Prüfung unterworfen sein werde. —

Bei der Debatte sprachen sich

ad A., die Herren Kellner, Bantler, Reuter und Meyer aus den im Berichte ausgeführten Gründen für den Antrag aus, in dem sie auf den Vorgang vieler anderer bedeutender Städte und darauf hinwiesen, daß die zeitigere Entdeckung eines einzigen Feuers leicht so viel Schaden ersparen könne, als die Kosten der ganzen Einrichtung betrügen.

Anderer Meinung waren die Herren Nieß, welcher die Kosten für zu groß im Verhältniß zu dem zu erwartenden Nutzen erklärte und darauf aufmerksam machte, daß der Nutzen der ganzen Landes-Brandversicherungs-Gesellschaft zu Gute komme, während die Kosten allein unserer Stadt zur Last fallen würden, und Kahler, welcher als wahrhaft werthvolle Neuerung die Anschaffung kleiner, in der ganzen Stadt zu vertheilender Handspitzen mit Windkessel empfahl.

Nachdem noch der Herr Vorsitzende auf die Einwendungen des Herrn Nieß erwidert hatte, daß, wenn das Princip des Herrn Nieß zur Anwendung gebracht werden sollte, schwerlich überhaupt eine Verbesserung erzielt werden würde, und daß in unserer Stadt Vorsichtsmaßregeln auch im Interesse des ganzen Landes doppelt nothwendig seien, weil in Folge eines großen, die Stadt Braunschweig verheerenden Brandes leicht die ganze Brandversicherungs-Anstalt zu Grunde gehen könne, wurde der erste Antrag der Commission von der Versammlung genehmigt.

Dagegen erhob sich gegen den zweiten Antrag vielfacher Widerspruch. Namentlich die Herren Meyer, Aronheim, Niemeyer und Grund sprachen die Meinung aus, daß derselbe unzeitgemäß sei und leicht Anstoß bei der Bevölkerung erregen werde. Beweis, daß nicht einmal die bisherige Anzahl der Straßenwächter für genügend angesehen werde, sei die große Anzahl von Privatnachtswächtern; auch sei immer zu beachten, daß bei mehr Wächtern eher ein Feuer entdeckt werden würde, als bei einer geringern Anzahl, wie denn ferner die Thätigkeit der Nachtwächter auch

während eines Feuers, z. B. durch Heraus klopfen der Einwohner, besonders der Nachbarn, nicht zu entbehren sei.

Auch Herr Oberbürgermeister Caspari sprach sich gegen den Antrag ad B. aus. Derselbe scheine ausschließlich durch den Kostenpunkt veranlaßt und sei gar nicht so leicht ausführbar, da die Eintheilung der Nachwächter-Bezirke, welche der Antrag aufheben wolle, auf den sorgfältigsten Berechnungen beruhe. Man möge sich begnügen, den Stadtmagistrat, der doch bestimmte Anträge bei der Versammlung stellen werde, auf diesen Punkt aufmerksam gemacht zu haben.

Von Seiten der Commission erklärten hierauf die Herren Reuter und Häusler, daß sie, obwohl sie ihre Ansicht, daß die Zahl der Nachwächter an sich zu groß sei, und den Erfordernissen einer gehörigen Nachtwache in den Straßen eher durch eine strengere Controлле genügt werden könne, aufrecht erhielten, doch den Antrag ad B., der allerdings hauptsächlich mit Rücksicht auf den Kostenpunkt gestellt sei, im Vertrauen, daß von Seiten des Magistrats auch dieser Punkt einer Prüfung unterzogen werden würde, für heute fallen lassen wollten.

Die Anträge C. und D. wurden sodann fast ohne Debatte von der Versammlung angenommen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 30. October 1862.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bartels, Degener, Fabricius, Helfft und Nieß; abwesend ohne Entschuldigung war Herr Grund.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18. September d. J. machte der Herr Vorsitzende die Mittheilung, daß Herr Fabricius zwar wieder in die hiesige Stadt zurückgekehrt sei, aber bitte, ihn für die wenigen Sitzungen dieses Jahres auch ferner zu entschuldigen, insbesondere da er doch zu Ende d. J. aus der Versammlung ausscheiden und eine Wiederwahl seiner Gesundheit wegen nicht annehmen würde; worauf die Versammlung die erbetene Dispensation ertheilte.

I. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 30. September d. J. ist mit dem Schlusse d. J. derjenige Zeitraum abgelaufen, für welchen die Herren Rittmeyer und Bardenwerper zu unbesoldeten Mitgliedern des Stadtmagistrats gewählt sind. Die Versammlung erklärte sich mit dem im Schreiben gemachten Vorschlage: — die auf die heutige folgende Sitzung als eine gemeinschaftliche anzuberaumen, um in ihr die neuen Wahlen vornehmen zu können — einverstanden.

Der Herr Vorsitzende berichtete sodann

II. über ein ferneres Schreiben des Stadtmagistrats vom 4. October d. J., das disponibel gebliebene Areal der vorlängst zur Erweiterung der Süßstraße angekauften und abgebrochenen Häuser betreffend.

Aus dem Schreiben ist zu ersehen, daß diese Bauplätze an den Zimmermeister Meyer unter der Verpflichtung zur Wiederbebauung verkauft sind, daß derselbe nach längeren Verzögerungen am 20. September v. J. sich zu Protokoll verpflichtet hat, den Grund des dort zu errichtenden Gebäudes noch im Herbst v. J. vollständig

ausgraben und ausmauern zu lassen und dafür zu sorgen, daß das Gebäude selbst bis Ostern d. J. gerichtet und bis Michaelis d. J. vollständig hergestellt werde, widrigenfalls er den Bauplatz unentgeltlich herausgeben, die gezahlten Kaufgelder verlieren und die gemachten Verwendungen der Stadt unentgeltlich überlassen wolle; sowie daß, als zu Ostern d. J. der erste Theil dieses Versprechens nicht erfüllt gewesen, dem Käufer endlich eine letzte Frist bis diese Michaelis ertheilt worden sei. Da indessen dennoch Alles beim Alten geblieben, und es scheine, daß ohne ernstliche Maßregeln der Bau nicht zur Ausführung kommen werde, so beantragt das Schreiben: sich damit einverstanden zu erklären, daß der p. Meyer im processualischen Wege zur unentgeltlichen Herausgabe des fraglichen Platzes angehalten werde.

Der Herr Vorsitzende erklärte sich mit diesem Antrage einverstanden; da jedoch, wie der Augenschein lehre, der Zimmermeister Meyer jetzt ernstliche Anstalten getroffen habe, seinen Verpflichtungen nachträglich zu genügen, so gebe er den Beschluß anheim: es lediglich dem Ermessen des Stadtmagistrats zu überlassen, ob er von der ihm zu ertheilenden Ermächtigung zur Klageerhebung noch bei der jetzigen Sachlage Gebrauch machen wolle.

Bei der Debatte, an der sich noch die Herren Meyer, Flagge und Bautler beteiligten, sprach man sich im Ganzen in demselben Sinne aus, und die Versammlung genehmigte die Proposition des Stadtmagistrats sowie den vom Herrn Vorsitzenden gestellten Zusatz-Antrag.

III. Nach einem von Herrn Haeusler für die zur Prüfung von Gas-Angelegenheiten niedergesetzte Commission abgestatteten Berichte haben verschiedene vor dem Wilhelmithore angelegene Einwohner der hiesigen Stadt beantragt, daß der vom Wilhelmithore ab nach dem Brendekeschen Garten führende Fußweg mittelst zweier Gaslaternen beleuchtet werde, sich zur Uebernahme der Kosten der Gaslaternen verpflichtet und gebeten, daß die Kosten dieser Beleuchtung, welche jährlich 7 fl pro Laterne betragen, auf die Stadtcasse übernommen werden möchten. Dieser vom Stadtmagistrate mittelst Schreibens vom 25. October d. J. zur Genehmigung empfohlene Antrag wird auch von der Commission befürwortet, indem die hinsichtlich der Gasbeleuchtung vor den Thoren aufgestellten Vorbedingungen hier sämmtlich vorlägen; weshalb denn auch die Versammlung die beantragte Genehmigung ertheilte.

IV. Ein anderes Schreiben des Stadtmagistrats vom 25. October d. J. macht die Mittheilung, daß, nachdem derjenige offene, hinter den an der Südseite des Markstalls belegenen Häusern befindliche Graben, welcher bisher das von der Packhofstraße herkommende Wasser in einen unter dem Ruhfäutchenplatze liegenden Graben und durch diesen zur Pfer geführt hat, bei der neuen Canalisirung dieses Stadttheils entbehrlich geworden ist, die Eigenthümer der betreffenden Häuser den Wunsch für die unentgeltliche Ueberlassung desselben ausgesprochen haben. Da es sehr zweifelhaft sei, heißt es im Schreiben, ob der fragl. Graben als Eigenthum der Stadt zu betrachten, und diese also dafür eine Entschädigung fordern könne, jedenfalls die Grundfläche der Stadt keinen Nutzen gewähren, auch nicht auf andere Weise verwerthet werden könne, und die Anlieger den Werth durch die zu machenden Vorrichtungen schon hinreichend hoch bezahlen müßten, so habe der Magistrat durch den Stadtbaumeister Tappe einen vorläufigen Contract im obigen Sinne unterm 7. October d. J. abgeschlossen, dessen Genehmigung anheim gegeben werde.

Herr Grass, welcher für die Baudeputation über die Proposition berichtete, empfahl die Genehmigung derselben aus den im Schreiben angeführten Gründen.

Bei der Besprechung wurde namentlich von den Herren Haeußler, Kronheim und dem Herrn Vorsitzenden das Bedenken erhoben, ob nicht aus dem fragl. Contracte eine Verpflichtung der Stadt zur Erwirkung der gerichtlichen Verlassung der betreffenden Grundfläche an die neuen Eigenthümer derselben hergeleitet werden könne. Daß eine solche gerichtliche Verlassung von den Erwerbern beabsichtigt werde, sei schon deshalb wahrscheinlich, weil im Contracte seitens einiger derselben anderen von ihnen Servituten bestellt würden. Bei der Zweifelhaftigkeit des Eigenthums an dem fraglichen Graben werde die Verlassung des betreffenden, im Hypothekenbuche schwerlich eingetragenen, Areal's nur nach vorgängiger Erlassung von Edictalien zu ermöglichen sein, und der Contract weise nicht deutlich genug jede Verpflichtung der Stadt, diese auf ihre Kosten zu veranlassen, von der Hand.

Da Herr Oberbürgermeister Caspari sich im Ganzen mit diesen Bemerkungen einverstanden erklärte, so verzichtete man auf Stellung eines besondern Antrages in der Erwägung, daß der Stadtmagistrat das erhobene Bedenken bei dem definitiven Contracts-Abschlusse berücksichtigen werde; worauf die Proposition von der Versammlung genehmigt wurde.

V. Für dieselbe Deputation berichtete ferner Herr Grass über ein Magistrats-Schreiben vom 30. September d. J., den von dem Stadtbaumeister Tappe am Collegio Carolino ertheilten Unterricht betreffend. Obwohl es Absicht gewesen, heißt es in dem Schreiben, daß dieser Unterricht mit der zu Michaelis d. J. in's Leben tretenden neuen Organisation der Anstalt aufhören solle, so sei doch vom Directorium derselben der Wunsch geäußert, dem Stadtbaumeister die Fortsetzung des bisher ertheilten Unterrichts zu gestatten, weil es noch nicht möglich gewesen, einen passenden Ersatz für denselben zu finden, und es für die Anstalt von großem Nachtheile sein würde, wenn jener Unterrichtszweig ausfallen müßte. Der Stadtmagistrat habe nun auch hiezu seine Genehmigung ertheilt, jedoch unter der vom Stadtbaumeister selbst gewünschten Bedingung, daß das fragliche Verhältniß mit Oftern k. J. ein Ende nehmen müsse.

Da sich gegen diese Anordnung in der Versammlung kein Widerspruch erhob, so ging dieselbe in vertraulicher Sitzung

VI. zur Berathung von Wohnorts- und verwandten Angelegenheiten über.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten
am 27. November 1862.

Gegenwärtig: sämtliche Mitglieder des Stadtmagistrats, und von den Stadtverordneten der Vorsitzende, Herr Land Syndicus Desterreich, und die Herren Bartels, Bantler, Bode, Flagge, Grass, Grund, Häusler, Jüdel, Kahlert, Kellner, Kloss, Lissebon, Mattenklott, Niemeier, Rieß, Rothdurft, Quenstedt, Ramdohr, Reuter und Uhde.

Gegenstand der Tagesordnung war die Neuwahl zweier Stadträthe an die Stelle der ausscheidenden Herren Rittmeyer und Bardenwerper.

Unter dem Voritze des Herrn Overbürgermeister Caspari wurde zur Wahlhandlung geschritten, und stellte sich als Resultat derselben heraus, das Herr Rittmeyer mit allen Stimmen, gegen eine, und Herr Bardenwerper mit allen Stimmen gegen zwei Stimmen wieder gewählt war.

N. 12.

1862

Sitzung der Stadtverordneten an demselben Tage.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen: die Herren Aronheim, Degener, Fabricius, Helfft und Meyer, abwesend ohne Entschuldigung war Herr Rischbieter.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30. October d. J. theilte der Herr Vorsitzende

- I. ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 21. November d. J. mit, inhalts dessen bei den am 4., 11. und 18. d. Mts. geschehenen Neuwahlen für die am Schlusse dieses Jahres austretenden Stadtverordneten die Herren Grass, Häusler, Südel Kellner und Lissebon wiedergewählt, statt der Herren Fabricius, Helfft, Niemeyer und Meyer aber die Herren

Sattlermeister Leonhard Ding,
Buchhändler Georg Westermann,
Advokat-Anwalt Leiste und
Glasermeister Haars

gewählt worden sind.

Sodann kamen

- II. die über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen vom Jahre 1861, welche durch Magistrats-Schreiben vom 19. September d. Jrs. communicirt waren, zur Berathung.

Da jedoch Herr Südel namens der Finanz-Commission bemerkte, daß dieselbe keine Erinnerungen zu machen habe, und aus der Versammlung selbst verglichen nicht erhoben wurden, so wurde ohne Debatte über die Ablegung der städtischen Haushalts-Rechnungen vom Jahre 1861 von der Versammlung Decharge ertheilt.

Ebenfalls Herr Südel referirte

- III. über den mittelfst Magistrats-Schreibens vom 24. October d. J. zur Genehmigung mitgetheilten Stadtcassen-Etat für das Jahr 1863.

Derfelbe begleitete die einzelnen Einnahme- und Ausgabe-Positionen mit den erforderlichen Erläuterungen und Nachweisungen.

Folgende Positionen gaben zu einer Debatte Veranlassung.

In Bezug auf die mit 8200 R veranschlagte Einnahme vom Service (Cap. VII. des Stats) war ein besonderes Schreiben des Stadtmagistrats vom 1. Novem. ber d. J. eingegangen. Dasselbe entwickelt historisch die hinsichtlich dieser Steuer angewendeten Grundsätze. Nach einem von einer städtischen Deputation in Folge von Beschwerden vieler Hausbesitzer im Jahre 1848 abgestatteten Berichte habe die Stadt damals allerdings statt der an die Staats-Casse abzuliefernden 6971 R 11 gr 9 d und der auf etwa 560 R sich belaufenden Erhebungskosten an Service und Proviantgeld 11,136 R 16 gr erhoben. In Folge dieses Berichtes sei nun das, vom Staatsministerium genehmigte, Princip aufgestellt, an Service nicht mehr zu erheben, als an die Staats-Casse abgeliefert werden müsse und die Erhebungskosten betragen, und als zu erhebende Summe der Betrag von 8000 R angenommen, auch eine neue Abschätzung der sämtlichen Häuser im Stadtbezirke unter Aufstellung einer Classifications-Tabelle beschafft werden. Wenn nun auch nach der vorjährigen Rechnung die Einnahme von der betreffenden Steuer 8478 R 9 gr , also etwa 500 R mehr betragen habe, als die im Jahre 1848 festgesetzte Summe, so müsse bemerkt werden, daß diese Mehreinnahme nicht etwa durch eine Erhöhung der Classensätze, sondern lediglich dadurch entstanden sei, daß seit dem Jahre 1849 eine große Anzahl von Häusern theils ganz neu erbaut, theils aber ausgebaut und dadurch im Miet-ertrage höher gegangen und natürlich auch in eine höhere Steuerklasse gesetzt seien. Mit Bezugnahme auf die bei den neulichen Verhandlungen über die Aufbringung der Kosten der einzurichtenden neuen Wasserleitung in der Versammlung vorgekommenen Aeußerungen über die Nothwendigkeit der Herabsetzung der Service-Abgabe spricht das Schreiben schließlich das dringende Ersuchen aus, einer so geringen, wie der obigen, Differenz wegen eine Veränderung in der gegenwärtigen Besteuerung nicht eintreten zu lassen, da die Aufstellung neuer Repartitionslisten immer mit vielen Schwierigkeiten verbunden sei, die Ermäßigung, welche jedem einzelnen Hausbesitzer zu Theil werden könnte, doch nur unerheblich sein würde, es auch gewiß als eine Unbilligkeit nicht zu betrachten sei, wenn die sämtlichen Hauseigenthümer des Stadtbezirks eine Summe von 500 R oder selbst 1000 R , zu den Kosten der Stadtverwaltung zunächst beitrügen, da doch in allen anderen Orten verhältnißmäßig viel bedeutendere Lasten auf denselben ruheten.

Nach dem Berichte des Herrn Födel hat die Commission sich aus den im Schreiben entwickelten Gründen ebenfalls gegen jede Aenderung hinsichtlich der Erhebung der Service-Abgabe ausgesprochen.

Herr Grass erklärte dagegen, daß er bei seiner neulich geäußerten Ansicht, nach welcher die ungünstige Lage der Hauseigenthümer die Beschränkung der Abgabe auf die an die Staatscasse abzuliefernde Summe erfordere, beharren müsse, um so mehr als solche keine Weitläufigkeiten in der Verwaltung machen werde, wenn man z. B. statt für 12 Monate nur für 11 Monat das Service erhebe.

Die Herren Uhde und Häusler sprachen sich dagegen entschieden für die vom Stadtmagistrate geäußerte Ansicht aus, indem sie dieselbe sowohl vom Rechts- als Zweckmäßigkeits-Standpunkte aus vertheidigten. Berechtigt sei die Stadt zu der angeregten Mehrerhebung, weil nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung ein Theil des Bedarfs durch Grundsteuern gedeckt werden dürfe; berücksichtige man den Ursprung der Steuer, welche die Einquartierungslast ersetze, so werde man auch zweckmäßig finden, daß sie insbesondere die Hauseigenthümer treffe, welche allen anderen Städten gegenüber hier so außerordentlich bevorzugt seien. Endlich sei die zu viel erhobene Summe doch in der That zu geringfügig im Vergleich zu der großen Last und Mühe, die eine neue Regulirung machen würde.

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnerte, indem er aus den früheren Verhandlungen Erläuterung machte, daran, daß zur Zeit der letzten Feststellung dieses Verhältnisses die Lage der Hauseigenthümer eine viel ungünstigere gewesen sei, als gegenwärtig, daß die beabsichtigte Beschränkung der Steuer für die meisten Häuser kaum einige Groschen betragen würde, daß auch das Auskunftsmittel des Herrn Grass nicht genügen möchte, da schon der Absatz auch nur eines Monats zu viel betragen würde, und daß die Stadt eine Verkürzung ihrer Einnahmen gerade jetzt, im Angesichte verschiedener sehr bedeutender Ausgaben, nicht wohl ertragen könne; erklärte jedoch namens des Magistrats, daß derselbe demnächst, wenn die Differenz eine beträchtlichere werden sollte, auf eine neue Regulirung der Service-Abgabe einzugehen bereit sei.

Mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit der zu viel zu erhebenden Summe erklärten sich auch die Herren Nieß und Lissebon, obwohl im Principe Gegner solcher Ueberschreitungen, für die Billigung der im neuen Etat veranschlagten Summe und Herr Grass ließ, mit Rücksicht auf die vom Herrn Oberbürgermeister gegebene Verheißung, seinen Widerspruch fallen; worauf die Versammlung in besonderer Abstimmung diese Etats-Position genehmigte.

Ferner beschloß die Versammlung zu Cap. IV. der Ausgabe-Positionen die beantragte Erhöhung der Gehalte

- 1) des Registrators Gerloff von 300 auf 350 ₧,
- 2) des Stadtcassen-Controllieurs Schmidt von 300 auf 350 ₧,
- 3) der Schreiber Kuhlmann und Spinti von 100 auf 144 ₧,
- 4) des Schreibers Gramm von 180 auf 200 ₧ und
- 5) (zu dem Armen-cassen-Etat) des Schreibers Gerloff von 180 auf 200 ₧.

Sodann kam ein zu diesem Gegenstande der Tagesordnung gestellter Antrag des Herrn Häusler zur Berathung, dahin gehend:

die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen:

»In den Etat wird

- 1) ein neues Einnahmepapitel: »Betriebsfonds der Stadt-Casse«,
- 2) ein neues Ausgabenkapitel: »Betriebsfonds der Stadt-Casse«,

aufgenommen, und der Betrag beider Capitel auf je 30,000 ₡ festgestellt.«

Herr Häusler motivirte diese Proposition ungefähr folgendermaßen: Wenn dieselbe gleiche Positionen im Einnahme- wie Ausgabe-Etat ansehe, so erscheine sie ziemlich überflüssig; sie habe aber den tiefer liegenden Zweck, die Einrichtung der Verwaltung des städtischen Haushalts in möglichste Uebereinstimmung mit den Vorschriften des §. 146 der revidirten Städte-Ordnung zu bringen, nach welchem die Städte zur Besteuerung ihrer Einwohner nur dann schreiten dürften, wenn das sonstige Einkommen nicht ausreiche. Mit Recht habe neulich Herr Fudel bei einer andern Gelegenheit ein besonderes Gewicht auf diese Bestimmung gelegt. Bei der jetzigen Einrichtung sei eine Controlle darüber, ob die Vorschrift jenes Paragraphen gewahrt werde, nicht wohl möglich, und das allmähliche aber stetige Anwachsen des an jedem Jahreschlusse verbleibenden Cassenvorrathes, welcher von 15,482 ₡ im Jahre 1851 auf 35—45,000 ₡ in den letzten vier Jahren, 1858 bis 1861 gestiegen sei, lasse die Muthmaßung zu, daß in der That ein erheblich größerer Betrag an Communalsteuer erhoben werde, als erforderlich und mithin nach §. 146 der Städte-Ordnung erlaubt sei. Nun müsse allerdings ein angemessener Betriebsfonds — und zu diesem Zwecke werde der jedesmalige Cassenbestand benutzt — vorhanden sein; da aber ein ungemessenes Anwachsen desselben unnöthig, ja schädlich sei und jede Uebersicht erschwere, so müsse derselbe auf ein bestimmtes, dem wirklichen Bedarfe entsprechendes Maaß beschränkt werden, wie sein Vorschlag es beabsichtige. Sein Antrag schliesse also die wichtige Folge in sich, daß an jedem Jahreschlusse der Betriebsfonds und der Ueberschuß aus dem Cassenvorrathe gesondert werden müßten, und bei der Prüfung der Frage, woher der verbleibende Ueberschuß stamme, und wie er zu verwenden, insbesondere ob er zu dem Grundvermögen der Stadt zu schlagen sei, auch die Prüfung der Frage ermöglicht werde, ob die jetzige Höhe der Communalsteuer wirklich den wahren Bedarf nicht überschreite.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärte, daß er bei der Wichtigkeit und Un-erwartetheit der angeregten Frage im Augenblick weder für den Stadtmagistrat noch für seine Person sich über den Antrag aussprechen könne; er bitte aber dringend, den Antrag nicht schon in Bezug auf den vorliegenden Etat für 1863 zu stellen, da dieser noch heute genehmigt werden müsse, damit er rechtzeitig dem Herzogl. Staatsministerium zur Genehmigung vorgelegt werden könne.

Nach einer kurzen Besprechung, an der der Herr Antragsteller, der Herr Vorsitzende und Herr Oberbürgermeister Caspari Theil nahmen, zog Ersterer seinen Antrag, insoweit er im Zusammenhange mit der Abstimmung über den nächstjährigen Etat stehe, zurück und beschränkte denselben dahin:

die Versammlung wolle beschließen, daß der Betriebsfonds der Stadtcasse auf 30000 ₡ , und zwar schon für das Jahr 1863 festgestellt, dieser Antrag aber zunächst der Finanz-Commission zur Berichterstattung überwiesen werde.

Hierauf schritt die Versammlung zur Abstimmung über den Voranschlag für das Jahr 1863, genehmigte denselben und erklärte sich damit einverstanden, daß das Deficit der Stadt-Casse im Betrage von 55000 M durch eine nach den bisherigen Grundsätzen auszufreibende Communalsteuer gedeckt werde.

Nachdem noch Herr Lüdel sich über den Häusler'schen Antrag dahin geäußert hatte, daß auch dieser schwerlich zum Ziele führen würde, daß vielmehr ein ganz anderes System der Rechnungsführung, namentlich Trennung der Rechnung über das Vermögen von der Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt erforderlich sei, und daß die von Herrn Häusler angegebenen Zahlen nichts bewiesen, da die jedesmalige Höhe des Cassenvorrathes von Zufälligkeiten abhängt, überwies der Herr Vorsitzende den Antrag der Finanz-Commission zum Berichte, mit dem Ersuchen, Herrn Häusler zu ihren desfallsigen Berathungen zuzuziehen. —

Die Versammlung ging sodann zur Berathung der Nebenetats über. Bei dem Etat der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde und insbesondere bei der zur Befreiung der Kosten der Unterhaltung der öffentlichen Badeanstalt ausgeworfenen Position von 300 M , erhoben die Herren Häusler und Reuter Beschwerde über einige Punkte der Einrichtung dieser Anstalt und bezeichneten als vorzügliches Mißverhältniß, daß die Benutzung dieser angeblich »freien« Badeanstalt in Folge unnöthiger, wie es scheine, polizeilicher Anordnungen höher komme, als die abonnementsmäßige Benutzung der daran stoßenden Civil-Badeanstalt, welche denselben Vorsteher habe. Unter diesen Umständen müßten sie jede weitere Verwendung für eine so wenig zweckentsprechende Anstalt für bedenklich halten und wollten ihre Vorstellungen dem verehrlichen Stadtmagistrat zur Prüfung empfohlen haben.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärte die Vorstellungen der Vorredner wohl für übertrieben. Als im ersten Jahre nach Einrichtung der öffentlichen Badeanstalt Beschwerden über die Leitung derselben zur Kunde des Magistrats gekommen, habe die angeordnete Untersuchung die völlige Grundlosigkeit derselben ergeben. Jedoch solle weitere Untersuchung angestellt, und der Versammlung demnächst das Resultat derselben mitgetheilt werden. Uebrigens würden die Herren Häusler und Reuter gewiß am wenigsten das Unterbleiben des Zuschusses und damit das Eingehen der Anstalt herbeiwünschen. —

Bei dem Etat der Wegebau-casse war im Schreiben die Mittheilung gemacht, daß der Weg hinter dem Rosse, dessen Chaussirung kürzlich beschlossen worden, noch nicht mit in Ansatz habe gebracht werden könne, weil es nicht möglich sei, für alle drei Wege, deren Chaussirung genehmigt worden, das Material im nächsten Jahre von Harzburg zu erhalten.

Herr Uhde hielt bei diesem Punkte dafür, daß die Chaussirung dieses Weges, der ein Communicationsweg und jetzt auch der Weg zu der neuen Landesbaumschule sei, wohl eher in Angriff zu nehmen sein möchte, als die des Weges hinter dem Kreuzkloster, zog aber seinen Vorschlag zurück, als Herr Oberbürgermeister Caspari

darauf aufmerksam machte, daß letzterer Weg, als ein zu einem Kirchhofe führender, den Vorzug verdiene. —

Hierauf genehmigte die Versammlung auch diesen Etat, so wie die sämmtlichen Nebenetats, ohne weitere Debatte.

Ferner genehmigte dieselbe

IV. auf die in zwei Magistratschreiben vom 30. September d. J. enthaltenen Anträge wiederum,

daß dem Rendanten bei der Armenkasse, dem Stadtregistrator, dem Stadtcassen-Controleur und den bei den städtischen Büreaux beschäftigten Schreibern, so wie den Magistratsdienern, insofern sie verheirathet, eine extraordinäre Unterstützung von 20 \mathfrak{f} , den unverheiratheten aber eine solche von 10 \mathfrak{f} , und jedem der vier Schulpedellen an den hiesigen Gemeindeschulen ein Extraordinarium von 10 \mathfrak{f} aus der Stadt-Casse gezahlt werde.

V. Nach einem andern Schreiben des Stadtmagistrats vom 25. October c. über welches Herr Kloss für die Salzvertheilungs-Commission berichtete, beträgt das von der hiesigen Commüne zu entnehmende Salz-Quantum, nachdem die Volkszählung im Jahre 1861 eine Einwohnerzahl von 42,209 ergeben hat, 4727 \mathfrak{C} 40 \mathfrak{A} 8 Loth für das Jahr. Da die Herabsetzung des bisher auf den Kopf kommenden Salzquantums zu 10 \mathfrak{A} auf 8 \mathfrak{A} einen Zuschuß aus der Stadtcasse zur Folge haben mußte, so wird beantragt,

das Salzabnahme-Quantum auch für das Jahr 1863 wiederum auf 10 \mathfrak{A} pro Kopf der hiesigen Einwohnerzahl zu veranlassen.

Auf den Vorschlag des Herrn Referenten erklärte sich die Versammlung auch mit dieser Proposition einverstanden.

Schließlich kam zur Berathung

VI. eine vom Stadtmagistrate der Versammlung zur Begutachtung mitgetheilte Petition vieler Einwohner des Augustthor-Districts, in welcher beantragt wird, den §. 1 der Wochenmarkts-Ordnung vom 25. August 1852 dahin zu ändern, daß in der Zukunft für die Abhaltung der Wochenmärkte auf dem Egidienmarkte nicht Mittwoch und Sonnabend, sondern Dienstag und Sonnabend bestimmt werden, und zugleich anzuordnen, daß dem Hagenmarkte der Dienstag als Markttag entzogen werde.

Die Petition setzt auseinander, daß der Augustthor-District durch mannigfache ihm nachtheilige Umstände, z. B. die in Folge der Eisenbahn-Anlagen eingetretene Verödung der Leipziger-Straße und die Aufhebung der Egidien-Kaserne, in gewerblicher Beziehung Rückschritte gethan habe. In dieser Hinsicht könne ihm vorzugs-

weise durch die nachgesuchte Aenderung der Wochenmarkts-Ordnung wieder aufgehoben werden. Bis zu der Aufhebung in der Westphälischen Zeit habe auch auf dem Egidienmarkte der Wochenmarkt geblüht; die Wiederverleihung desselben durch die jetzt geltende Wochenmarkts-Ordnung aber habe nichts nützen können, weil er an beiden ihm gewährten Tagen, sowohl am Mittwoch als am Sonnabend, die Concurrenz einmal des Altstadtmarktes allein, das andere Mal sogar beider anderen Märkte zu bestehen habe. Die Billigkeit erfordere daher, wenn man das Wiederaufblühen des Marktverkehrs auch in dieser Gegend ernstlich wolle, daß man einen Theil der vorhandenen Concurrenz abschneide, und dies werde am ersten möglich sein, wenn man dem Hagenmarkte, der allein im Besitze dreier Wochenmarkts-Tage sei, einen derselben nehme und diesen dem Egidienmarkte überweise!

Nach dem Berichte, den Herr Häusler namens der Statuten-Commission über dieses Gesuch abstattete, hat sich die Letztere mit Entschiedenheit gegen dasselbe ausgesprochen. Herr Häusler theilte zunächst aus den früheren Berathungen über die Wochenmarkts-Ordnung mit, daß der jetzt gestellte Antrag bereits damals vorgelegen habe, aber abgelehnt sei. Die Stadtverordneten-Versammlung sei damals der Ansicht gewesen, daß zur Hebung und Belebung des Marktverkehrs die Centralisirung desselben auf einem Marktplatze, wozu sich der Hagenmarkt am Besten eigne, zweckmäßig sei, habe aber den hierauf gefaßten Beschluß, nachdem gegen denselben durch Petitionen der Anwohner der anderen Märkte agitirt sei, ausgegeben und die jetzt vorliegende Bestimmung der Wochenmarkts-Ordnung angenommen. Auf den auf damals von den Einwohnern des Augustthor-Districts gestellten Antrag, dem Hagenmarkte den Dinstag zu nehmen, sei die Versammlung nicht eingegangen, sie habe aber einem eventuell ausgesprochenen Wunsche der Petenten gemäß dem Egidienmarkte statt des Dinstags den Mittwoch gegeben. — Die Statuten-Commission halte nun noch jetzt die damals geltend gemachten Gründe für zutreffend. Der dem Augustthor-Districte concedirte Versuch, auf dem Egidienmarkte einen Wochenmarkt zu schaffen, sei gescheitert; denn selbst in der Meßzeit, wo derselbe die Concurrenz des Altstadtmarktes nicht zu bestehen habe, sei er nur durch polizeilichen Zwang aufrecht zu erhalten. Um so weniger Grund liege vor, zu Gunsten eines nicht lebensfähigen Marktes in den seit langen Jahren bestehenden Verhältnissen des Hagenwochenmarktes eine Aenderung zu treffen. Die Commission sei im Gegentheil der Ansicht, daß eine sich bietende Gelegenheit, den Verkehr auf diesem zu einem großartigeren Markte am Meisten geeigneten Platze zu befördern, nicht dürfe vorübergelassen werden. Da das alte Theatergebäude disponibel geworden und zum Abbruch bestimmt sei, so liege die Möglichkeit vor, den dadurch frei werdenden Platz zu acquiriren, um auf demselben eine bedeckte Markthalle, wie sie die meisten größeren Städte bereits hätten, zu errichten. Die Commission beantrage daher:

- 1) die Versammlung möge sich über die vorliegende Petition gutachtlich dahin äußern, daß sie eine Aenderung des Statuts nicht für wünschenswerth halte, und
- 2) die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die Frage einer

Prüfung zu unterwerfen, ob es nicht zweckmäßig sei, an die Stelle des alten Theaters ein Markthalle einzurichten.

Herr Kellner sprach sich gegen den Commissions-Antrag und für die Petition aus, indem er die in derselben angeführten Gründe des Weitern entwickelte und ausführte, daß die Commüne, nachdem sie einmal den Markt verliehen, auch die Verpflichtung habe, denselben lebensfähig zu machen; daß dies nur geschehen könne, wenn man einen Theil der ihm schadenden Concurrenz forträume; daß der Hagenmarkt, der so schon bevorzugt sei, am Ersten einen, und zwar den am Wenigsten belebten, seiner drei Tage entbehren könne; und daß die Erfahrung während der Messzeit gelehrt habe, daß bei verminderter Concurrenz auch der Marktverkehr auf dem Egidienmarkte gedeihen könne.

Herr Reuter für die Commissions-Anträge: Nach seiner Ansicht sei die Petition in ihrer Richtung auf die Hebung und Vermehrung des Verkehrs vollkommen berechtigt; unberechtigt aber sei sie, wenn sie den bereits an einem Punkte ausgeblühten Verkehr an einen andern Punkt durch Zwang verlegen wolle, von dem die Erfahrung gelehrt habe, daß er eines erheblichen Aufschwungs unfähig sei. Die Gründe dieser Erscheinung nun seien mit Leichtigkeit nachzuweisen. Einestheils habe der Hagenmarkt, welcher nur halb so weit von dem Centrum der Stadt entfernt sei, als der Egidienmarkt, und auf den eine Anzahl der belebtesten Straßen münde, die günstigere Lage gegen den Letztern voraus; dazu komme, daß vor dem Augustthore nur sehr wenige Dörfer lägen, welche auf den Marktverkehr unsrer Stadt angewiesen seien, und daß dort die Nähe der größern Stadt Wolfenbüttel mit ihren Märkten die entfernteren Dörfer anziehe, während vor den auf den Hagenmarkt angewiesenen Thoren eine große Anzahl Dörfer, und erst in weiterer Ferne einige kleinere Städte, wie Gifhorn, Fallersleben, Königslutter, lägen, deren Märkte unbedeutend seien. Andernthells fehlten am Egidienmarkte die meisten Geschäftsbranchen, die zum Marktverkehr unentbehrlich seien; hier sei keine Eisencfactorie, kein Hutmacher, kein Seifensieder, kein N Adler, und nur einige Materialwaarenhandlungen; wogegen am Hagenmarkte und in seiner nächsten Umgebung allein 8 Ellenwaaren- und wenigstens 12 Materialwaarenhandlungen, Schuhfabriken für Landleute, Delikatesseentladen und dergleichen sich befänden, und alle sonstigen Gewerbe, welche der Landmann in der Stadt auffuche, reichlich vertreten seien. Hiernach sei voraus zusehen, daß, wenn dem Hagenmarkte ein Tag werde genommen werden, die Verkäufer vom Lande sich nicht zwangsweise nach einem andern Marktplatz, wo für ihre Einkäufe nicht vorgesorgt sei, und der abseits von ihren gewöhnlichen Verkehrsorten liege, würden verweisen lassen, sondern an diesem Tage vielleicht lieber gar nicht nach Braunschweig kommen würden; daß mithin die beantragte Maaßregel dem hiesigen Marktverkehre im Allgemeinen schädlich sein werde. Liege demnach den Petenten an einem andern Tage etwas, z. B. eben dem Dinstage, so sei ihnen nach seiner Meinung gern zu willfahren; nicht aber, wenn sie verlangten, daß ein bereits eingelebter und naturwüchsiger

Verkehr polizeilich unterdrückt werde. Was den zweiten Antrag der Commission betreffe, so müsse er denselben aufs Dringendste empfehlen. Markthallen, an sich eine große Wohlthat, seien am Hagenmarkte, wo sich der Markt-Verkehr nicht mehr auf den Platz beschränke, sondern weit in die benachbarten Straßen eingedrungen sei, eine Nothwendigkeit geworden; eine solche Anlage werde aber auch durch die zu erhebenden Stellgelder, sowie durch die für Auffpeicherung nicht verkaufter Waaren zu zahlenden Miethgelder, die Zinsen des Anlage-Capitals und die Erhaltungskosten zu decken im Stande sein.

Herr Bantler: Von dem völlig unparteiischen Standpunkte, auf dem er sich befinde, aus, käme es darauf an, die Frage zu entscheiden, ob die nachgesuchte Verlegung des Dinstags-Marktes lebensfähig sein werde, oder nicht. Nun beweise freilich das eine Argument des Herrn Reuter, daß in der Nähe des Egidienmarktes Mangel an den meisten zur Belebung des Marktes nothwendigen Verkaufsläden sei, nicht eben viel, da die Ansiedelung solcher Gewerbetreibender in der Regel erst Folge eines zu erwartenden Absatzes sei und daher eintreten werde, wenn der betreffende Platz einen belebten Marktverkehr erhalten würde. Allein die Erfahrung habe es mit Evidenz herausgestellt, daß der Egidienmarkt auf einen solchen nicht zu rechnen habe. Es sei dies freilich ein großer Uebelstand für jene Gegend, aber ein politischer Fehler würde es sein, um voraussichtlich geringer Erfolge willen den bereits vorhandenen beträchtlichen Verkehr eines andern Stadttheils zu untergraben.

Dagegen sprach sich Herr Niemeyer für die Petition aus, weil die Centralisation des Verkehrs nachtheilig wirke, und die Vertheilung desselben in der Stadt auch die Nahrung derselben vertheile und vermehre.

Herr Kellner suchte nochmals die für den Commissions-Antrag geltend gemachten Gründe zu widerlegen. So ungünstig, wie Herr Reuter sie schildere, sei die Lage des Egidienmarktes denn doch nicht; insbesondere gelangten die Einwohner einer großen Anzahl Dörfer, z. B. vor dem Steinthore, mit eben der Leichtigkeit nach dem Egidien-, wie nach dem Hagenmarkte; und Kaufläden würden schon entstehen, wenn die Verkäufer vom Lande ihren Absatz des Dinstags nur in dieser Gegend finden könnten. Die Gegner der Petenten hätten nicht zu bestreiten vermocht, daß der Augustthor-Bezirk den übrigen Gegenden der Stadt gegenüber benachtheiligt sei. Eine Abhilfe sei nur möglich auf dem vorgeschlagenen Wege. Wenn dadurch der Hagenmarkt auch Einbußen erleiden sollte, so möge man bedenken, daß er das Gute lange genug genossen habe und mit den ihm verbleibenden zwei Tagen sich wohl genügen lassen könne.

Herr Bissebon für den Commissions-Antrag: Marktverkehr könne ebensowenig wie Messverkehr künstlich hervorgebracht werden. Der Marktverkehr, namentlich der kleinere, jekt überhaupt mehr und mehr im Sinken, habe übrigens nie auf dem Egidienmarkte geblüht, sondern nur ein ausgedehnter Kornhandel, der sich aber in Folge der Verkehrs-Erleichterungen, und seit fast in jedem Dorfe ein Kornhändler fähe,

überhaupt andere Wege gesucht habe. Auch er besorge, daß, wenn man von den Bauern nach stundenlanger Fahrt auch noch weite Wege in der Stadt verlange, sie lieber ganz wegbleiben würden.

Herr Reuter hob schließlich nochmals seine Auffassung hervor. Stelle man dem Augustthor-Bezirk die Wahl jedes beliebigen Wochentages, auch des Dinstages frei, aber nur unter der Voraussetzung, daß der an diesem Wochenmarkts-Tage anderwärts bereits blühende Marktverkehr nicht zugleich untersagt werde.

Hiermit war die Berathung geschlossen, und die Majorität der Versammlung genehmigte bei der Abstimmung beide Commissions-Anträge.

Wegen Vorgerücktheit der Zeit mußte die Sitzung geschlossen werden.

(Beilage zum 30. Stücke der Braunschw. Anzeigen)

N. 13.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 12 de 1863 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1862.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 18. December 1862.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen: die Herren Degener, Fabricius, Helfft und Niemeyer; abwesend ohne Entschuldigung waren die Herren Kahlerl und Meyer.

Im Nachdem die Protokolle der gemeinschaftlichen Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten vom 27. November d. J. und der Sitzung der Stadtverordneten von demselben Tage verlesen und genehmigt waren, referirte

I. der Herr Vorsitzende über ein Magistrats Schreiben vom 15. dies. Mts., das Seebode'sche Testament betreffend.

Nach diesem Schreiben hat die Ehegattin des Rath's Seebode, geb. Brückmann, in ihrem im Jahre 1840 publicirten Testamente ihr Vermögen an diejenigen drei Beguinen-Anstalten in hiesiger Stadt vermacht, welche am schlechtesten dotirt seien, und die der Stadtmagistrat namhaft zu machen habe. Nachdem nun der Stadtmagistrat die, vom Herzogl. Staatsministerium genehmigte Entscheidung getroffen habe, daß von dem in etwa 5500 fl bestehenden Nachlasse die Akerdsche Stiftung $\frac{2}{3}$ und der Pessen- und der combinirte Convent je $\frac{1}{3}$ haben sollten, hat der Testaments-Executor, Dr. jur. du Roi, sich nur dann bereit erklärt, Zahlung zu leisten, wenn er gegen alle Ansprüche dritter, besser Berechtigter gerichtlich gestellt werde. Die damals vom Magistrat bei den Stadtverordneten nachgesuchte Garantie-Üebnahme ist von denselben abgelehnt, weil die Angelegenheit keine städtische sei, und daher der Ausweg

getroffen, daß die Provisoren der genannten Stiftungen sich und ihre Nachfolger durch einen Revers verpflichteten, den empfangenen Betrag zurückzuzahlen, wenn eine andere hiesige Stiftung ein Näherrecht erstreiten sollte, und dafür mit den betreffenden Stiftungsgebäuden dem Testaments-Executor Hypothek bestellten.

Netzt nun, wo das bisherige Gebäude des Lessen-Convents verkauft werden soll, wird die Löschung dieser Hypothek nothwendig, was wegen der concurrirenden Vormundtschaft über die Kinder des Dr. jur. du Roi Schwierigkeiten macht. Da nun überdies der Wunsch, über andere der verpfändeten Stiftungsgebäude disponiren zu können, sich wiederholen können, so hält es der Stadtmagistrat für das Zweckmäßigste, wenn die Hypothek-Bestellungen sämmtlich beseitigt, und die Stadt die Garantie für die eventuelle Rückzahlung übernehmen würde, wobei bemerkt wird, daß die Stadt dabei nie in Gefahr kommen könne, da die drei Stiftungen immer im Stande sein würden, die empfangenen Gelder zurückzuzahlen, und bei der Uebernahme jener Garantie selbstverständlich nicht die Absicht sei, die betreffenden Stiftungen von ihrer eventuellen Zahlungsverbindlichkeit zu befreien, wie dieses denn auch durch die Fassung des auszustellenden Documentes unzweifelhaft gemacht werden solle.

Der Herr Berichtsrat schloß sich den im Schreiben enthaltenen Ausführungen an, erklärte die Uebernahme der Garantie um so mehr für unbedenklich, als nun bereits seit einigen zwanzig Jahren die Sache geordnet sei, ohne daß Prioritäts-Ansprüche erhoben worden, welche nach dem im Testamente dem Magistrate gewährten Entscheidungs-Rechte kaum möglich seien, und gab die Genehmigung der Proposition, jedoch unter der Voraussetzung anheim,

daß in dem auszustellenden Documente die principale Verpflichtung der betreffenden drei Stiftungen, die empfangenen Gelder eventuell zurückzuzahlen, unzweifelhaft ausgedrückt werde;

und ertheilte die Versammlung bei der Abstimmung die beantragte Zustimmung mit dieser Modification.

Es wurde hiernächst

II. Herrn Oberbürgermeister Caspari das Wort ertheilt, welcher vortrug:

Der Pächter der einen städtischen Weinschanks-Gerechtigkeit, Weinhändler Görig, sei mit der Zahlung der Pacht im Rückstand geblieben und bereits wegen einer Rate derselben, bisher ohne Erfolg, verklagt worden. Bei den nunmehr von anderer Seite zur Abwendung des Concurres gemachten Vergleichs-Vorschlägen werde es nicht wohl möglich sein, die Genehmigung der Versammlung einzuholen, wenn kein Zeitverlust eintreten solle. Der Stadtmagistrat ersuche daher dieselbe,

die Statuten-Commission zu ermächtigen, in Gemeinschaft mit dem Magistrate über die Annehmbarkeit der zu erwartenden Vergleichs-Propositionen entgeltlich zu entscheiden.

Die Versammlung nahm auch diesen Antrag ohne Debatte an und ging hierauf

III. zur Schlussberathung über den Entwurf der Bau-Ordnung für die Haupt- und Residenzstadt Braunschweig über.

Der Herr Vorsitzende, welcher für die Statuten-Commission die Berichtserstattung übernommen hatte, bemerkte zuvörderst, daß der von den städtischen Verwaltungs-Organen zu Ende des Jahres 1860 festgestellte Entwurf der Bau-Ordnung, welcher mittelst Berichts vom 2. April 1861 dem Herzogl. Staatsministerium zur Genehmigung vorgelegt sei, nimmehr mit einigen, namentlich auf dem Gutachten der Herzogl. Bau-Direction stehenden Bemerkungen zurückgelangt sei, über welche dießseits Beschluß gefaßt werden müsse. Im Ganzen seien dieselben indessen der Art, daß die in Folge derselben erforderlichen Aenderungen weder bei dem Stadtmagistrate noch bei der Commission Anstand gefunden hätten, und daß sie daher von der Letztern zur Annahme empfohlen werden könnten.

Die einzelnen Punkte, auf welche sich der Bericht und die Berathung erstreckte, sind nun die Folgenden:

1. Zu §. 1 des Entwurfs hat das Herzogl. Staatsministerium die Erklärung abgegeben: Die Ansicht des Stadtmagistrats, daß die Bau-Ordnung auch auf die Bauten an den Wallpromenaden anzuwenden sei, könne zwar um so weniger getheilt werden, als man in dem bestehenden, constant gehandhabten Wohnheitsrecht eine gesicherte Grundlage für die Einwirkung der Herzogl. Bau-Direction auf diese Bauten besitze, und diese Einwirkung von den sonstigen Rechten und Functionen der Herzogl. Bau-Direction in Bezug auf die Wallpromenaden und deren Behandlung ohne Inconvenienzen nicht abgetrennt werden können; indessen solle gegen die Beibehaltung der bezüglichen Vorschrift im §. 1 des Entwurfs nichts erinnert werden, wenn, etwa zwischen §. 11 und 12 des Entwurfs, ein besonderer Paragraph mit nachstehenden Bestimmungen eingeschaltet werde:

»Zu Neubauten an dem Walle und an den Promenaden, zu wesentlichen Reparaturen und Veränderungen an dortigen Gebäuden (§. 2), sowie zur Herstellung neuer Befriedigungen daselbst (§. 16) ist die Genehmigung (§. §. 19 und 20) von dem Stadtbauamte resp. von dem Stadtbaumeister (§. §. 4, 5 und 6) erst zu ertheilen, nachdem die ressortmäßige Herzogliche Behörde für die Wallpromenaden, jetzt Herzogl. Bau-Direction, auf die ihr von dem Stadtbauamte resp. von dem Stadtbaumeister gemachte Vorlage ihr Einverständnis erklärt haben wird.

In diesen Fällen ist die Entscheidung der Herzogl. Landesregierung einzuholen.

Auf gleiche Weise ist in Betreff derartiger Neubauten, Reparaturen und Veränderungen bei Dispensationen von den Vorschriften dieser Bau-Ordnung — §. 7, N^o 3 — zu verfahren.

Sind aber auf ergriffene Recurse, welche auf Neubauten, Reparaturen oder Veränderungen der vorgedachten Art sich beziehen, Entscheidungen von dem Stadtbauamte (§. 7, N^o 5) oder von dem Stadtmagistrate

(§. 11) abzugeben, so ist die Herzogl. Bau-Direction zuvor zu hören; die abgegebene Entscheidung kann von ihr durch einen Recurs an Herzogl. Staatsministerium, welcher binnen 8 Tagen nach Mittheilung der Entscheidung zu verfolgen ist, angefochten werden.« —

Das diese Bemerkungen begleitende Schreiben des Stadtmagistrats vom 26. October d. J. spricht die Ansicht aus, daß zwar die Entscheidung über die Bauten an den Wallpromenaden unbedenklich dem Stadtbauamte habe überlassen werden können; daß aber für die aufgestellte Forderung, daß dabei auch die Herzogl. Bau-Direction einwirken solle, geltend gemacht werden könne, daß bei der Genehmigung solcher Bauten auch auf die Promenaden Rücksicht zu nehmen sei; jedenfalls werde, auch mit dem verlangten Zusatz, das Verhältniß besser wie jetzt, indem auch danach das Stadtbauamt einen Einfluß auf die Bauten an den Promenaden gewinne.

Auch der Herr Berichterstatter schloß sich dieser Auffassung an und beantragte die Annahme des geforderten Zusatz-Paragraphen, um so mehr, als bei der Ablehnung desselben schwerlich die Genehmigung des Statuts seitens der Herzogl. Landesregierung zu erwarten sei.

Die Versammlung erklärte sich auch ohne weitere Verhandlung für die Annahme des Zusatzes.

2. Zum §. 7 N 2 bezeichnet das Ministerial-Rescript die Worte:

»baupolizeiliche Streitigkeiten entscheidet«

als nicht präcise genug. Die verlangte Aenderung, statt jener Worte zu sagen:

»über baupolizeilich zu erledigende Streitigkeiten Bestimmung trifft«

wurde ebenfalls ohne Debatte genehmigt.

3. Zum §. 8 heißt es im Ministerial-Rescript: »Um den bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen, halten wir für erforderlich, daß dem §. 8 folgende Fassung gegeben werde:

»Das Stadt-Bauamt ist bei Anlegung neuer Straßen und öffentlicher Plätze, bei beabsichtigten Veränderungen derselben und bei Veränderungen an dem Bette und den Kanälen der Oker innerhalb der Stadt vor endlicher Feststellung des Plans gutachtlich zu hören.

Bei Veränderungen an den Umsluthgräben und an den Promenaden findet diese Begutachtung nur statt, wenn sie von der Herzoglichen Behörde, zu deren Ressort die Ausführung gehört, für nöthig erachtet wird.«

Ebenso wird (N 7 des Rescripts) zum §. 64 die Einschaltung des folgenden Zusatzes verlangt:

»Auch darf durch dergleichen Anlagen so wenig die Richtung des Wasserlaufs in den Kanälen, als deren Profilweite beeinträchtigt werden,

und hat hierüber allein diejenige Herzogliche Behörde zu entscheiden, unter deren Leitung und Beaufsichtigung die Wasserverhältnisse in hiesiger Stadt stehen.«

Das Magistrats-Schreiben bemerkt hierzu, daß sich unter den obwaltenden Verhältnissen gegen die verlangten Zusätze nicht wohl etwas einwenden lasse, sich auch wohl annehmen lassen werde, daß das Stadtbauamt bei jeder erheblichen Veränderung an den Promenaden und Umsluthgräben werde zu Rathe gezogen werden, und daß der Zusatz im §. 64 seine Begründung darin finde, daß allerdings die Aufsicht über den Okerstrom nicht zum Ressort des Stadtmagistrats, sondern zu dem der Herzoglichen Baudirection gehöre.

Auch die Commission hat sich mit der Aufnahme dieser beiden Zusätze einverstanden erklärt. Da dieselben jedoch auf Bestimmung solcher Verhältnisse hinauszgingen, welche zwischen der Landesregierung und der Stadt noch streitig seien, so hält es die Commission für erforderlich, eine Verwahrung dahin abzugeben, daß in der Annahme der verlangten Zusätze kein Zugeständniß liegen solle:

daß die Herzogliche Landesregierung befugt sei, ausschließlich und ohne Zuziehung der städtischen Behörden über die Umsluthgräben und die Promenaden der hiesigen Stadt Bestimmung zu treffen.

Auch beantragt die Commission zum §. 64 noch den fernern Zusatz:

»In dergleichen Fällen ist, wie im §. 11 a (dem heute ad 1 genehmigten Zusatz-Paragraphen) vorgeschrieben, zu verfahren.«

Ueber diese Punkte entspann sich eine längere Debatte.

Herr B a u t l e r erinnerte daran, daß er vor fast zwei Jahren die Verhältnisse des Wasserlaufes in der hiesigen Stadt zum Gegenstande eines besondern Antrages gemacht habe, über den indessen aus dem Schooße der betreffenden Commission noch nichts verlautet habe, und machte darauf aufmerksam, daß die endliche Regulirung der betreffenden Rechtsverhältnisse, welche im Laufe der Zeit sich immer mehr verdunkelten, dringend Noth thue, weil die Entscheidung derselben für die Anlieger der Okerkanäle von größter Wichtigkeit sei, und die tägliche Erfahrung lehre, daß von Seiten der betreffenden Behörde Anordnungen getroffen würden, die schwerlich beanspruchten, gerade im Interesse der Betheiligten erlassen zu sein.

Auch Herr B o d e erklärte es für eine Widersinnigkeit, wenn der Regierung das Recht zugesprochen werde, über die in Frage stehenden von der Stadt und für die Stadt gemachten künstlichen Anlagen ausschließlich zu verfügen; es sei unzweifelhaft, daß sich das Recht der Stadt an den Okerkanälen noch feststellen lassen werde; und da die Stadt unmöglich von einer einzigen Mühle, selbst wenn diese von der Regierung relevire, abhängig gemacht werden könne, so gebe er anheim,

den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Rechte der Stadt an den Okerkanälen prüfen und feststellen zu lassen, und dieselben, eventuell durch Klageerhebung, durchzusetzen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erläuterte hinsichtlich der kürzlich von der betreffenden Landesbehörde im Bette der Oker-Kanäle getroffenen Anlagen, daß dem Stadtmagistrate, als er beim Bekanntwerden des ersten Fälle bei Herzoglicher Bau-Direction protestirt habe, erwidert sei, jene ersten Anlagen seien nur versuchsweise getroffen. Die bei Wiederholung jener Vorrichtungen erlassene Remonstrations habe nun auch zur Folge gehabt, daß Herzogliches Staatsministerium eine Commission zur Regelung dieser Angelegenheit ernannt habe, deren eines Mitglied er selbst sei, und welche sofort die Sistirung jener Arbeiten, so wie die Ausarbeitung eines Regulirungs-Plans der Okerkanäle angeordnet habe. Auch stehe zu erwarten, daß durch die Arbeiten dieser Commission die ganze Angelegenheit ihrer endgiltigen Regelung werde näher geführt werden.

Herr Aronheim erklärte den von der Commission vorgeschlagenen Protest für nichts sagend, weil die ihn begleitenden Facta, die Annahme der von der Regierung verlangten Aenderungen, ihm direct widersprechen.

Herr Haessler erwiederte darauf, daß, wie auch das Ministerial-Rescript zum §. 8 selber andeute, es sich nur um die augenblicklich factisch bestehenden Zustände, um Provisoria, nicht um die Regelung eines rechtlich streitigen Verhältnisses handle.

Herr Reuter fand das Bedenklichste der vorgeschlagenen Zusätze in dem Umstande, daß die Entscheidung in Bauangelegenheiten der betreffenden Art in Zukunft von verschiedenen Baubehörden abhängig gemacht werden solle. Er selbst sei übrigens, da er den Detail-Berathungen über den Entwurf nicht beigewohnt, auch ein Exemplar desselben nicht habe erlangen können, außer der Lage, die Tragweite der von der Regierung verlangten Aenderungen übersehen zu können. Ihm persönlich scheine es am Angemessensten, in dem zu erlassenden Statute Alles, was auf die streitige Rechtsfrage Bezug habe, vollständig offen zu lassen.

Der Herr Vorsitzende bemerkte hierauf, daß man schon bei der Berathung des Entwurfes sich nicht verhehlt habe, daß die Regierung auf die betreffenden Bestimmungen desselben nicht ohne Weiteres werde eingehen wollen und können; man sei aber schon damals der Ueberzeugung gewesen, daß auch im Fall einer ablehnenden Erklärung des Herzoglichen Staatsministeriums die Bau-Ordnung nicht fallen gelassen werden dürfe. Selbst die von demselben getroffene Modification sei aber als ein Fortschritt zum Besserwerden schon deshalb anzusehen, weil bei Conflicten der beiden concurrirenden Bau-Behörden die Endentscheidung nicht der Baudirection, sondern dem Herzoglichen Staatsministerium zufalle.

Herr Oberbürgermeister Caspari: Es handle sich hier wesentlich um zwei Punkte, einmal die Promenaden und dann die Okerkanäle. Es sei bekannt, daß die Anordnungen über dieselben bisher ausschließlich von der Bau-Direction, ohne Zuziehung der städtischen Behörden ausgegangen seien. Der Entwurf der Bau-Ordnung habe dies zu modificiren gesucht, und man müsse anerkennen, daß die Regierung im Wesentlichen auf die diesseits gemachten Vorschläge eingegangen sei. Wenn sie aber für

die Gebäude an den Promenaden die Mitwirkung der Bau-Direction vorbehalte, so habe dies seinen guten Grund darin, daß zum Ressort dieser Behörde die Promenaden gehörten, daß die Behörde, welche die Letzteren anzulegen habe auch nothwendig ein Wort mitzusprechen haben müsse über die an denselben zu erbauenden Häuser. Was ferner die Oker betreffe, so habe der Entwurf nicht mehr verlangt, als daß das Stadtbauamt hinsichtlich dieser gehört werde, und auch dieses sei im Wesentlichen erreicht. Es würde mithin, da man diese Vortheile erlangen könne, unpolitisch sein, wenn man die in Frage stehenden Bestimmungen ganz aus dem Statute entferne, um so mehr, als jedes Präjudiz hinsichtlich der Rechtsfrage durch den von der Commission vorgeschlagenen Vorbehalt ausgeschlossen werde.

Herr Haeusler äußerte sich in ähnlichem Sinne. Er machte darauf aufmerksam, daß der große Vortheil, den das Statut auch nach Annahme der verlangten Zusätze gewähre, besonders darin bestehe, daß die Bauten an den Promenaden in Zukunft unter die Bestimmungen der Bau-Ordnung fielen; auch hinsichtlich der Okerkanäle erlange die Stadt mehr Rechte, nicht als ihr gebührten, aber mehr als sie factisch besitze. Zu beklagen sei nur die durch die Concurrenz zweier Baubehörden vermehrte Vielschreiberei und Vielberichterlei.

Herr Bode meinte, daß die erlangten Rechte, äußerst winziger Natur seien, und schlug vor, des Nachdrucks wegen den von der Commission vorgeschlagenen Protest dem Texte des Statutes auf schickliche Weise einzufügen.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari noch auf diese letzte Bemerkung erwiedert hatte, daß die erlangten Mehrrechte denn doch nicht so unbedeutend seien, weil die städtischen Behörden von nun an vor jeder Veränderung gehört werden müßten, nahm die Versammlung die Commissions-Vorschläge und damit die von der Herzoglichen Landes-Regierung verlangten Zusätze an und beschloß zugleich, daß der von der Commission proponirte Protest wenn thunlich in den Text des Statuts aufzunehmen sei.

4. Der §. 10 des Entwurfs enthält die Bestimmung, daß Pläne zu Bauten des Herzoglichen Hofes und der Herzoglichen Baubehörden dem Stadtbauamte zur Einsicht vorzulegen sind, »um ihre Uebereinstimmung mit den bestehenden ortspolizeilichen Bauvorschriften prüfen zu können.«

Diesen Schlusssatz will die Herzogl. Landes-Regierung gestrichen haben, »weil einestheils bei den mit Anfertigung der betreffenden Pläne beauftragten Baubeamten, sowie bei der mit der Feststellung dieser Pläne betraueten Oberbehörde die Beobachtung der ortspolizeilichen Bauvorschriften selbstverständlich vorausgesetzt werden müsse, und andernteils auch ohne jenen Zusatz Erinnerungen gegen die Ausführung einzelner, mit den ortspolizeilichen Vorschriften etwa im Widerspruch stehenden Bauten nicht ausgeschlossen seien.«

Der Stadtmagistrat sowohl wie die Commission haben sich einverstanden erklärt, und die Versammlung genehmigte die Streichung des fr. Satzes.

5. Das Herzogliche Staatsministerium hat auf Grund eines Vorschlages der Herzoglichen Bau-Direction die Aufnahme folgender Zusatzbestimmung zum §. 17 anheim gegeben:

»Bei Projecten zu industriellen Bauten soll es jedoch ausnahmsweise gestattet sein, denjenigen Maßstab zur Anwendung zu bringen, wonach die in den Bauwerken zu benutzenden Arbeits-Maschinen construirt sind. In einem solchen Falle ist aber unter den fremdländischen Maßstab auch der Landesmaßstab zu setzen.«

Da der Magistrat sowohl, wie die Commission diesen Zusatz für unbedenklich und zweckmäßig erklärt haben, so wurde derselbe ohne Debatte angenommen.

6. Zu §. 37. des Entwurfs bemerkt das Ministerial-Rescript: »Die Herzogliche Baudirection hält die Wiederherstellung der ursprünglichen Eingangsbestimmung dieses Paragraphen in nachstehender, durch den Zusatz »in der Regel« beschränkten, Fassung:

»Die lichte Höhe der Hauptstockwerke der Wohngebäude darf in der Regel nicht unter 10 Fuß betragen« —

aus dem Grunde für wünschenswerth, um nicht Gebäude entstehen zu lassen, welche mit den Nachbarhäusern durch geringere Etagenhöhe derartig in Contrast treten, daß das äußere Ansehen der letzteren darunter leidet.«

Der Stadtmagistrat ist einverstanden, da der Vorschlag mit seinen früher ausgesprochenen Ansichten übereinstimme, und der Zusatz »in der Regel« sowie das Dispenisationsrecht des Stadtbauamtes jedes Bedenken einer zu großen Härte beseitigen dürfte.

Auch der Herr Referent erklärte, daß die Commission nichts dagegen einzuwenden habe, und die Versammlung genehmigte den Aenderungs-Vorschlag.

7. Ist schon bei 3 erledigt.

8. Zum §. 65., Absatz 2 ist von der Herzogl. Baudirection erinnert, daß darin Bestimmungen über die Höhe der Befriedigungen enthalten seien, welche mit dem §. 57 der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 nicht in Uebereinstimmung ständen.

Das Begleitschreiben des Stadtmagistrats bemerkt dagegen:

Der §. 57 der Wegeordnung sagt, daß lebendige Hecken an den Wegen dergestalt im Schnitte gehalten werden sollen, daß sie außerhalb der Ortschaften nicht über 4 Fuß, innerhalb der Ortschaften aber nicht über 5 Fuß hoch sein dürfen. Hiemit stimmt es nun allerdings nicht vollständig überein, wenn hier für geschlossene Befriedigungen eine Höhe von 8 Fuß gestattet wird; allein dennoch müssen wir uns für die Beibehaltung dieser Bestimmung erklären, da die Erfahrung gelehrt hat, daß

die Durchführung der Bestimmungen der Wegeordnung innerhalb der hiesigen Feldmark durchaus unmöglich, jene Bestimmung aber auch für die hiesigen Verhältnisse durchaus unzweckmäßig ist, da eine Befriedigung von 4 Fuß nicht den geringsten Schutz gegen heimliches Eindringen in die Gärten und gegen Beraubungen derselben giebt. — Da der §. 37 cit. von Hecken handelt, hier aber von geschlossenen Befriedigungen die Rede ist, so dürfte damit auch über das Bedenken hinwegzukommen sein, daß die Statuten nichts den Landesgesetzen Widersprechendes enthalten sollen, und geben wir deshalb anheim, die Beibehaltung der Bestimmungen des Statuts zu beschließen.«

Da die Statuten-Commission sich mit dem Magistrats-Antrage einverstanden erklärt hat, so genehmigte denselben die Versammlung ohne Debatte.

9. Zum §. 68 Absatz 2 heißt es im Rückschreiben des Herzoglichen Staatsministeriums:

»Für die Anordnung des Expropriationsverfahrens zur Beseitigung der Einbaue in die Nachbargebäude, sowie der Kelleranlagen unter denselben scheinen die im §. 33 der Neuen Landschafts-Ordnung festgestellten Vorbedingungen einer Expropriation nicht vorzuliegen. Jedenfalls wird näher zu erörtern sein, ob und welche »dringende Nothwendigkeit« im Interesse der Gemeinde eine Maßregel erheischt, durch welche von der Gemeinde, ohne daß diese die Kosten trägt, nicht nur die Hingabe, sondern auch die Erwerbung eines Eigenthumsobjects gegen die Betheiligten erzwungen werden soll. Ist diese dringende Nothwendigkeit nicht vorhanden, so würde der zweite Absatz des §. 68 von den Worten an: »und müssen bei Neubauten beseitigt werden« zu streichen, und dafür etwa folgende Bestimmung aufzunehmen sein:

— »und hat der Stadtbaumeister bei Neubauten thunlichst darauf hinzuwirken, daß behuf Beseitigung von jezt bereits vorhandenen Baulichkeiten der gedachten Art eine Verständigung unter den betheiligten Hauseigenthümern erreicht wird.«

Sowohl der Stadtmagistrat als die Commission haben diese Bemerkung für richtig erklärt, und die Versammlung genehmigte die Aenderung.

10. Zum §. 91 des Entwurfs hat sich schließlich das Herzogliche Staatsministerium dahin erklärt, daß es zweckmäßiger erscheine, in Betreff der Verjährung, ebenso wie in der Straßen-Polizei-Ordnung §. 86 geschehen, auf die Bestimmungen der §§. 44 und 45 des Polizei-Strafgesetzbuchs zu verweisen.

Mit Berücksichtigung dieser Bemerkung giebt der Stadtmagistrat anheim, den §. 91 folgendermaßen zu fassen:

»In Beziehung auf die Tilgung der Strafbarkeit eines Vergehens gegen die Bau-Ordnung kommen die Bestimmungen der §§. 44 und 45 des Polizei-Strafgesetzbuchs vom 18. August 1855 zur Anwendung. Die Verbindlichkeit zur Erfüllung der baupolizeilichen Vorschriften dieses Statuts wird aber dadurch nicht aufgehoben.«

Auf den Antrag der Commission erklärte sich die Versammlung auch mit dieser Aenderung einverstanden.

Dieselbe beschäftigte sich hierauf, auf den Antrag des Herrn Oberbürgermeisters Caspari mit der Frage, wann die Bau-Ordnung, deren Genehmigung in nächster Frist nach den heutigen Beschlüssen nicht zu bezweifeln stehe, in's Leben treten solle.

In dieser Hinsicht wurden verschiedene Meinungen laut; doch einigte man sich schließlich zu dem vom Herrn Vorsitzenden proponirten Beschlusse:

daß dem Stadtmagistrate die Bestimmung des Tages, an welchem das Statut in's Leben treten solle, überlassen werde; daß die Versammlung aber dabei voraussetze, daß zwischen dem Tage der Publication und dem Tage des Inkrafttretens der Bau-Ordnung mindestens vier Wochen liegen würden.

Es berichtete ferner

IV. Herr Südel namens der Finanz-Commission über die in zwei Schreiben des Stadtmagistrats vom 8. und 16. December d. J. beantragte Verwilligung von Extraordinarien für das laufende Jahr, und genehmigte die Versammlung den Anträgen der Commission gemäß, daß:

- 1) dem städtischen Gas-Controllleur Stübing und
- 2) den fünf städtischen Armenboten, jedem ein Extraordinarium von zehn Thalern aus der Stadt- und resp. Armentasse ausgezahlt werde.

Gleichfalls Herr Südel berichtete sodann

V. ebenfalls namens der Finanz-Commission, über den in der vorigen Sitzung derselben überwiesenen Antrag des Herrn Haeusler, den beim Abschluß der Jahresrechnung verbleibenden Cassenvorrath der Stadtcasse betreffend, etwa wie folgt:

Die Commission habe diesem Antrage in der gestellten Weise nicht ohne Weiteres ihre Zustimmung geben können, insbesondere weil die Aufnahme eines für unbestimmte Zeit festgesetzten bestimmten Betriebsfonds in den Etat der Stadtcasse unpraktisch sein würde. Auch könne sie die Erwartung, welche Herr Haeusler hinsichtlich der Vortheile der von ihm beantragten Maßregel hege, nicht in dem Maße theilen. Die Commission habe sich namentlich nicht verhehlen können, daß die Höhe des jedesmaligen Cassenvorrathes, schon weil bald mehr bald weniger Steuern und sonstige Einnahmen erst im Laufe des nächsten Jahres eingingen, sehr von zufälligen Umständen abhängen, und daß daher solche Anordnungen für die weitere Zukunft, welche auf der einmaligen Höhe des Cassenvorrathes basirten, in hohem Grade gefährlich sein würden. Man brauche nur darauf aufmerksam zu machen, daß zwar die auf Grund eines zufälligerweise hohen Cassenvorrathes vorgenommene Ermäßigung der Communalsteuer von der Bevölkerung mit Befriedigung aufgenommen werden, daß aber die vielleicht schon im nächsten Jahre erforderlich werdende Wiedererhöhung derselben auf die größten Widerwillen stoßen würde. Andererseits sei denn aber auch das von Herrn Haeusler gerügte Anwachsen des Cassenvorrathes in's Unbegrenzte in keiner Weise zu billigen,

und müsse hier in jedem Falle, wo der Cassenvorrath den erweislich erforderlichen Betriebsfonds übersteige, auf der gesetzmäßigen Mitwirkung dieser Versammlung bestanden werden.

Die Commission habe sich dem entsprechend zu folgendem Antrage, dem sich Herr Haeusler angeschlossen, und mit dem sich auch der Herr Vorsitzende des Stadtmagistrats einverstanden erklärt habe, geeinigt:

»Die Stadtverordneten-Versammlung in der Ueberzeugung, daß die Stadtcasse, um vor allen Verlegenheiten im Anfange des Jahres gesichert zu sein, eines größern Betriebsfonds als 30,000 ₰ jedenfalls nicht bedarf, beschließt zur Wahrung der ihr in Beziehung auf die Geldmittel der Stadtcasse gesetzlich zustehenden Rechte, den Magistrat aufzufordern, alljährlich, falls der Cassenvorrath der Stadtcasse am Schlusse der Jahresrechnung mehr als 30,000 ₰ beträgt, über die Verwendung der überschießenden Summe der Stadtverordneten-Versammlung, zur Ertheilung der ihr gesetzlich zukommenden Genehmigung, bestimmte Vorschläge zu machen.

Nachdem noch Herr Haeusler sich für die Annahme dieser Proposition, welche das Wesentliche des von ihm gestellten Antrages enthalte, ausgesprochen hatte, wurde dieselbe von der Versammlung ohne weitere Verhandlung genehmigt.

Schließlich beschäftigte die Versammlung sich

VI. in vertraulicher Sitzung mit verschiedenen Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts.